

MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Der Spirit von Europa

Wie Europäische Betriebsräte die Mitbestimmung über Grenzen hinweg stärken



Ducatis neue Dialogkultur

Eine deutsch-italienische Gewerkschaftskooperation trägt Früchte



Studium an der Oder

Euro-Skepsis und das Hochschulleben an der Europa-Universität Viadrina

WIE INVESTOREN TICKEN



Christoph Scheuplein:

Private Equity Monitor 2018

Die aktuelle Tätigkeit von Finanzinvestoren in Deutschland. Mitbestimmungsreport, Nr. 49

Februar 2019

Zum kostenlosen Download:

boeckler.de/pdf/p_mbf_report_2019_49.pdf

Die Geschäfte von Finanzinvestoren – wissenschaftlich erklärt

Der aktuelle „Private Equity Monitor 2018“ gibt einen tiefen Einblick in die Geschäfte von Finanzinvestoren in Deutschland. Private-Equity-Gesellschaften (PE) haben 2017 insgesamt 274 Unternehmen übernommen – rund 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Auch das Transaktionsvolumen erreichte mit bis zu 24,5 Milliarden Euro einen Höchststand. Von den 131 PE-Fonds, die 2017 in Deutschland Unternehmen kauften und identifizierbar waren, hatten 63 Prozent ihren Rechtssitz an einem Offshore-Standort. Besonders aktiv waren die Investoren in der Gesundheitsbranche.

Alles zum Geschäftsgebaren von PE lässt sich im „Private Equity Monitor 2018“ nachlesen, den Christoph Scheuplein vom Institut Arbeit und Technik (IAT), gefördert vom I.M.U. der Hans-Böckler-Stiftung, erstellt hat.

Die jährliche Auswertung ist die einzige regelmäßig erscheinende wissenschaftliche Berichterstattung zu Aktivitäten von PE in Deutschland. Erstmals wird in dieser Ausgabe die Vermeidung der Mitbestimmung in Unternehmen mit über 2000 Beschäftigten betrachtet.

**MIT BLICK AUF DIE
MITBESTIMMUNG**

Foto: Karsten Schöne



LIEBE LESERINNEN UND LESER!

Am 26. Mai sind wir alle aufgerufen, das Europäische Parlament zu wählen. Doch Europa ist in einem traurigen Zustand – nicht nur wegen des Brexits, sondern vor allem wegen der Verzagtheit von Entscheidungsträgern. Alle Reformvorschläge aus Frankreich versinken im deutschen Treibsand Merkelscher Prägung. Für viele Menschen wurde aus der europäischen Hoffnung eine bürokratische Bedrohung. In diesem Heft zeigen wir: Europa ist mehr, Europa kann mehr. Die Eurobetriebsräte von BASF und Bosch machen klar: Wir sind Europa. Für unsere Stipendiaten an der Viadrina im brandenburgischen Frankfurt, die täglich die Oderbrücke nach Słubice überqueren, steht außer Frage: Wir sind Europa. Die Demonstranten, die in Ungarn gegen die nationalistische Regierung protestieren, signalisieren: Wir sind Europa. Und wir überlassen Europa nicht den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, ob sie nun wie in Ungarn Fidesz, in Polen PiS oder in Deutschland AfD heißen – deshalb gehen wir wählen.

Michael Guggemos,
Geschäftsführer



michael-guggemos@boeckler.de

Mein Lesetipp

Unser Kollege Andy Watt arbeitet seit vielen Jahren in Europa – in Brüssel und in Düsseldorf. Andy ist Europäer durch und durch, und sein britischer Pass war unwichtig. Er schildert auf Seite 44/45 seine „Verarbeitung“ des Austritts seines Geburtslandes aus der EU. Wie gut, dass Andy bei uns in Düsseldorf bleibt.

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: EUROPA STÄRKEN

10 Ein ganz besonderer Spirit

Bei BASF und Bosch funktionieren die Europabetriebsräte gut. So können sie konzernweit etwas bewegen. Von Andreas Kraft

16 Positionen zur Europawahl

Wofür setzen sich die EU-Wahlkandidaten von CDU/CSU, SPD, den Grünen, der Linken und der FDP ein? Von Susanne Kailitz

22 „Lohndrucker müssen ihr Geschäftsmodell verlieren“

Rolf Schmachtenberg bereitet die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 vor. Welche Rolle spielen Arbeitnehmerthemen? Von Ines Gollnick

26 Eine neue letzte Chance

Die EU muss ihr Politikverständnis ändern, sonst verliert sie die Jungen. Kolumne von Henning Meyer

ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

28 Der Frieden nach dem Seifenstreik

Der Motorradhersteller Ducati probt mithilfe der IG Metall eine eigene Mitbestimmungskultur auf Italienisch. Von Michaela Namuth

32 Ein Chor aus vielen Solisten

Das Projekt Workers' Voice zeigt: Die Vielfalt der Mitbestimmungsformen in Europa ist ihre Stärke. Von Joachim F. Tornau

POLITIK UND GESELLSCHAFT

35 Studieren links und rechts der Oder

Die Europa-Universität Viadrina galt lange als das Eingangstor osteuropäischer Studierender in die EU. Ein Ortsbesuch. Von Gunnar Hinck

40 Gebrochene Versprechen

Rechtspopulisten geben oft vor, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. In Ungarn und Polen entpuppen sie sich als Neoliberale. Von Silviu Mihai

44 Mein persönlicher Brexit

Warum ich deutscher Staatsbürger wurde. Von Andrew Watt

46 Emotionen für Europa

IMK-Forum diskutierte Europa am Scheideweg. Mit dabei: Vizekanzler Olaf Scholz und Justizministerin Katarina Barley. Von Gunnar Hinck



IMMER IM HEFT ...

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Experten

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böttcher-Institute, Böttcher-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Zukunft Europas



52

Porträt

Altstipendiat Dirk Buda arbeitet als Desk Manager im Europäischen Auswärtigen Dienst in Brüssel.

54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Norbert Kluge über Arbeitnehmerrechte in der EU

MEDIEN

58 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs

61 DAS POLITISCHE LIED Bilderbuch: Europa 22



66

RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ

WAS
SONST NOCH
GESCHAH



Foto: Wolfgang Kumm/dpa

Noch viel zu tun

Am 12. März bin ich in Berlin auf dem 100. Geburtstag der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Inszenierung ist perfekt. Pünktlich fährt der Bundespräsident in seiner Limousine vor, spricht darüber, wie „unerhört fortschrittlich“ der Gedanke war, 1919, in Versailles, weltweit menschenwürdige Arbeitsbedingungen entwickeln zu wollen. Als der Arbeitgeberpräsident und der DGB-Vorsitzende auf dem Podium reden, bin ich mit den Gedanken woanders. Ich denke an Menschen, denen ich auf Reisen begegnet bin. Ich sehe den Bäckergehilfen in Kabul, die Hände voller Brandspuren, der sagt: „Ich denke nicht an die Zukunft, nur an diesen Tag.“ Ich sehe das Mädchen in Accra, das seiner Mutter auf dem Markt hilft, Kokoswasser in meine Flasche zu füllen, aber heimlich davon träumt, zur Schule zu gehen. Normen setzen ist eine Sache, sie durchsetzen eine andere. Afghanistan ist seit 1934 in der ILO, Ghana seit 1957. Als ich im Zug nach Hause sitze, lese ich auf der ILO-Website, dass die Organisation ihre 187 Mitglieder auffordert, zum Jubiläum „mindestens ein zusätzliches ILO-Übereinkommen oder -Protokoll zu ratifizieren.“ Normen brauchen viele Unterstützer, die sie einfordern. Überall auf der Welt. ■

Foto: Karsten Schöne



KAY MEINERS ist Redakteur des Magazins Mitbestimmung.



Foto: Stefan Boness/VISUM

„Equal Pay Day“ in Berlin

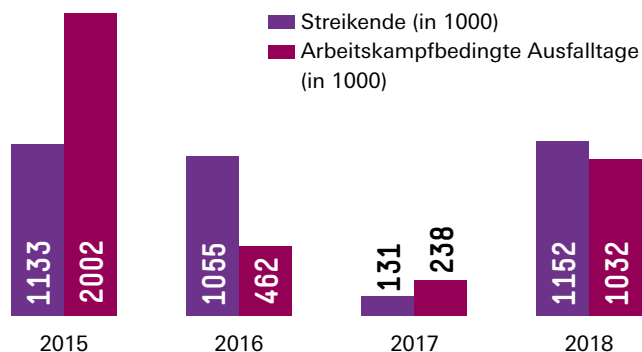
Auf der Kundgebung am 18. März in Berlin, die der DGB, der Deutsche Frauenrat, der Sozialverband Deutschland und die SPD organisiert haben, hat sich viel Prominenz versammelt: Andrea Nahles, SPD-Vorsitzende, Katarina Barley, Bundesjustizministerin SPD, Olaf Scholz, Bundesfinanzminister und Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-

Pfalz. Die Demonstration fordert die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern. Der Equal Pay Day ist der Tag des Jahres, der symbolisch die Grenze markiert, bis zu der Frauen hierzulande umsonst arbeiten. Frauen verdienen im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer – eine Differenz, die überwiegend strukturelle Gründe hat. ■

ARBEITSKÄMPFE

2018 viermal mehr Streiks als 2017

Ausschlaggebend war die Metall-Tarifrunde 2018, in deren Zusammenhang rund 60 Prozent aller Ausfalltage entstanden sind.



Quelle: WSI-Arbeitskampfbilanz 2018

UNION BUSTING

Feste Ansprechpartner vereinbart

Fast jede sechste Betriebsratswahl bei Neugründung wird behindert. Das ergab 2016 eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Darauf steht zwar laut § 119 des Betriebsverfassungsgesetzes eine Freiheits- oder Geldstrafe, doch bisher wird kaum jemand dazu verurteilt. Um diese Straftaten gezielter zu bekämpfen, fordert der DGB Schwerpunktstaatsanwaltschaften. In Augsburg haben Vertreterinnen und Vertreter der DGB-Region Schwaben sowie von IG Metall, IG BCE und ver.di Augsburg das Gespräch mit der örtlichen Staatsanwaltschaft gesucht. Hier gibt es jetzt Fortschritte: Zwar ist eine eigene Schwerpunktstaatsanwaltschaft noch nicht erreicht, allerdings erhalten betroffene Betriebsräte bei der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität einen festen Ansprechpartner. ■

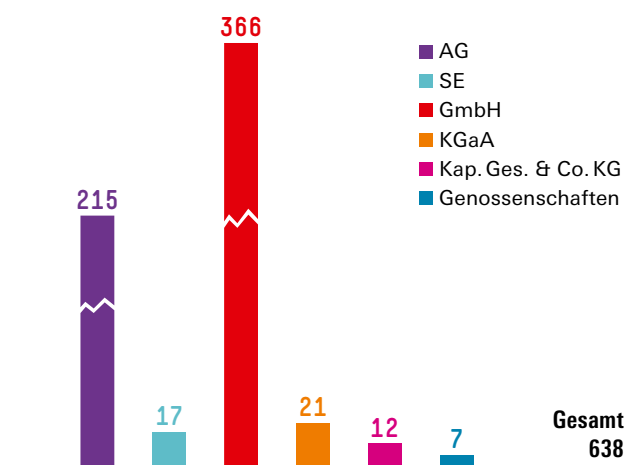
MITBESTIMMUNGSSTATISTIK 2018

Konzerntöchter fallen oft aus der Mitbestimmung

Die Anzahl der paritätisch mitbestimmten Unternehmen blieb 2018 mit 638 Unternehmen gegenüber dem Vorjahr (635 Unternehmen) nahezu unverändert. Ihre Zusammensetzung hat sich gleichwohl verändert. Bei den paritätisch mitbestimmten Europäischen Gesellschaften (Societas Europaea, SE) kam die B. Braun SE als neue Dachgesellschaft hinzu. In der B.-Braun-Unternehmensgruppe ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer schon lange verankert, in ihrer SE wird es künftig ein 16-köpfiges Gremium geben. Im Gegensatz dazu wurde im zweiten paritätisch mitbestimmten Neuzugang 2018, der Delivery Hero SE, die Mitbestimmung im künftig sechsköpfigen Aufsichtsrat erst durch einen Rechtsstreit erreicht. Andernorts hat die Rechtsform SE negative Folgen für die Mitbestimmung: So verlor die Voith Turbo GmbH & Co. KG durch Einbau einer SE in den deutschen Konzern ihren Aufsichtsrat. Der Pumpenspezialist KSB aus Frankenthal wählte den Weg der Umwandlung aus einer AG zu einer SE & Co. KGaA, bei der der Aufsichtsrat deutlich weniger Rechte hat. Nach längerem Rechtsstreit führten die zwei neu hinzugekommenen Aktiengesellschaften Indus Holding und Deutsche Börse die Mitbestimmung im Aufsichtsrat ein. Insgesamt sank die Anzahl der mitbestimmten Aktiengesellschaften seit 25 Jahren kontinuierlich. Im Jahr 1994 gab es noch 404 AGs, 2018 hatte sich ihre Zahl fast halbiert (215). Gleichzeitig ist die Anzahl der mitbestimmten GmbHs gewachsen: von 281 im Jahr 1994 auf 366 im Jahr 2018. Die meisten Unternehmen, die 2018 aus der Mitbestimmung herausgefallen sind, waren Konzerntöchter.

Unternehmen nach 76er-Mitbestimmungsgesetz

Stand 31.12.2018, in absoluten Zahlen



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

30,4%

betrug der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der 160 Unternehmen aus den Börsenindizes DAX, MDAX und SDAX im Jahr 2018.

2005 waren es noch 10,2 Prozent. Einen Beitrag dazu leistete die sogenannte Geschlechterquote: Seit 2016 müssen 30 Prozent der Aufsichtsratsmandate von Frauen übernommen werden, allerdings nur in den 107 Kapitalgesellschaften, die börsennotiert und paritätisch mitbestimmt sind.

Quelle: „Quötschen“ verschiebt nur die gläserne Decke und ist strahlungsarm. Die Geschlechterverteilung im Aufsichtsrat und Vorstand 2019. Mitbestimmungsreport, Nr. 48, 2019

WISSEN SIE ...

... dass weder Mütter noch Väter durch flexible Arbeitszeiten mehr Freizeit haben? Eltern nutzen flexible Arbeitsmodelle wie Gleitzeit und Homeoffice unterschiedlich: Während die Väter sehr viel mehr Zeit in den Job stecken, nehmen sich Mütter mehr Zeit für die Kinderbetreuung. Damit hilft flexibles Arbeiten zwar bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, kann aber auch die klassische Rollenverteilung festigen.

Quelle: Yvonne Lott: Mehr Arbeit, weniger Freizeit? WSI Report, Nr. 47, 2019

EINE FRAGE, DOROTHEA VOSS



Foto: David Ausserhofer

Was sorgt für Frust bei ausländischen Pflegekräften?

Die Personalsituation in der Pflege ist chronisch angespannt. Wenn ausländische Pflegekräfte neu ins Team kommen, ist kaum Zeit für Austausch. Der wäre aber besonders notwendig, weil ausländische Pflegefachkräfte in der Regel viele Informationen benötigen, wer im deutschen Pflegealltag welche Aufgaben übernimmt und wer wofür zuständig ist. Auch die Leitbilder von professioneller Pflege sind länderspezifisch. Zu wenig Information über die Arbeitsteilung und unterschiedliche Vorstellungen von Fachlichkeit führen dann im Alltag zu Missverständnissen, die nicht selten stereotyp mit „kulturellen Unterschieden“ erklärt werden. Das erschwert die Integration von ausländischen Pflegekräften, obwohl zusätzliche Fachkräfte eigentlich hochwillkommen sind.

DOROTHEA VOSS leitet die Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Download der aktuellen FoFö-Studie zum Thema: www.boeckler.de/pdf/p_study_hbs_416.pdf

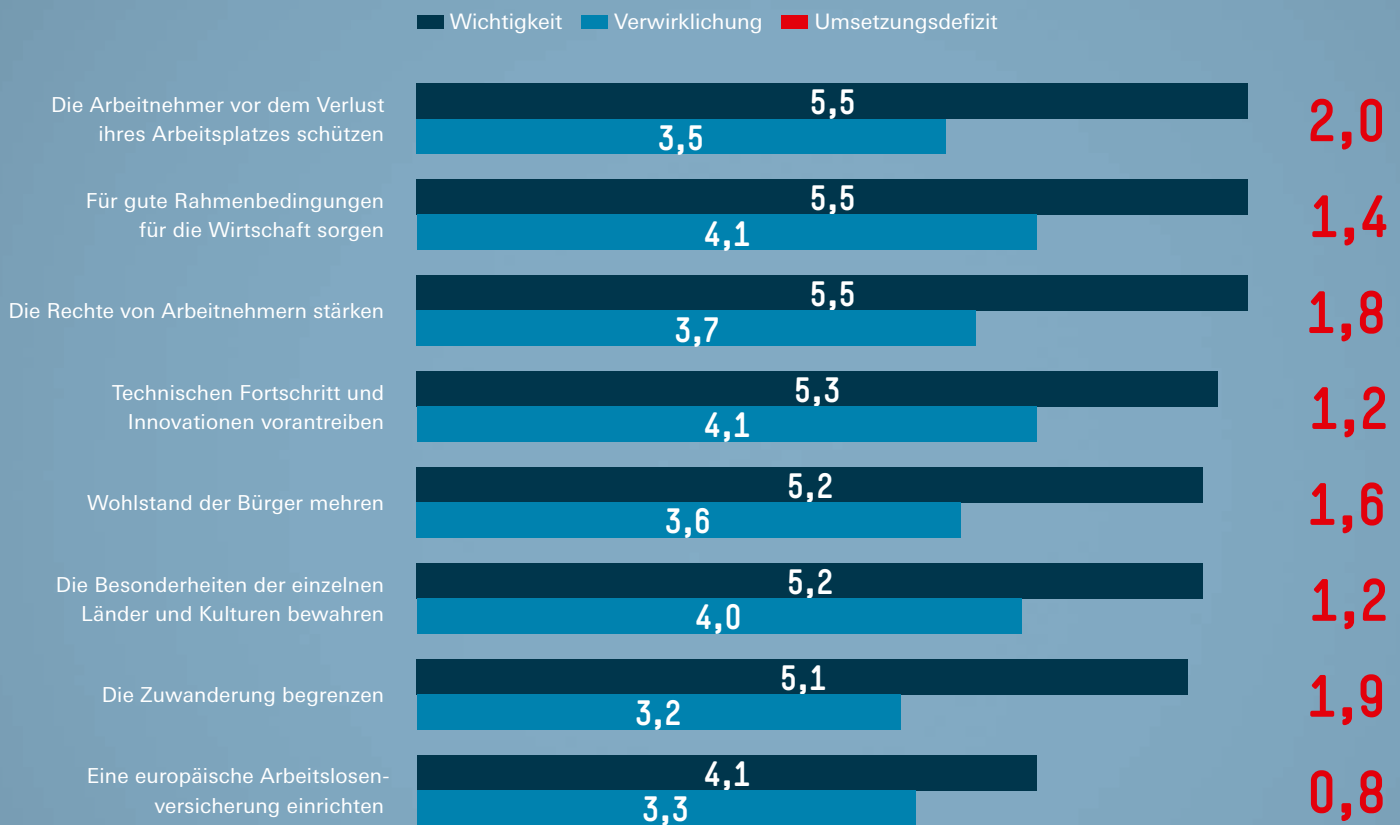
Europa steht für Gute Arbeit

DEMOSKOPIE Deutsche Arbeitnehmer haben hohe Erwartungen an die EU. Allerdings gibt es Diskrepanzen zwischen dem Soll- und dem Ist-Zustand.

Von Kay Meiners, Redakteur des Magazins Mitbestimmung

Wichtige Aufgaben in der EU aus Arbeitnehmersicht

Welche Aufgaben sind wichtig? Und inwieweit erfüllt die EU diese Aufgaben?



Deutsche Arbeitnehmer erwarten von der EU, dass diese ihre Rechte stärkt und sie vor dem Verlust des Arbeitsplatzes schützt. Sie bewerten die Wichtigkeit dieser Ziele auf einer Skala von 1 bis 7 mit 5,5 (rechte Spalte). Die Frage, ob die EU auch genug für diese Ziele getan hat, wird mit Werten von 3,5 bzw. 3,7 kritischer

gesehen. Bei anderen Zielen, etwa guten Rahmenbedingungen für die Wirtschaft oder für den technischen Fortschritt, wird der EU mehr Erfolg attestiert. Zustimmung findet auch die Forderung, Zuwanderung zu begrenzen. Als weniger wichtig wird eine europäische Arbeitslosenversicherung angesehen.

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2019/policy matters

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI EXPERTEN

Brauchen wir einen europäischen Mindestlohn?



Foto: Karsten Schöne

JA.

Dieser Lohn kann natürlich kein nominal einheitlicher Mindestlohn sein. Aber eine koordinierte Mindestlohnpolitik in der EU ist absolut sinnvoll. Laut dem jüngsten WSI-Mindestlohnbericht bewegen sich die nationalen Mindestlöhne innerhalb der EU derzeit zwischen knapp zwölf Euro in Luxemburg und weniger als zwei Euro in Bulgarien. Das ist eine extrem große Spanne. Vielmehr geht es darum, dass nach der Europäischen Säule sozialer Rechte Mindestlöhne allen Beschäftigten in der Union einen „angemessenen Lebensstandard“ ermöglichen sollen. Denn die nationalen Mindestlöhne in vielen EU-Staaten liegen unterhalb des Existenzminimums. Damit sind sie de facto Armutslöhne. Das Ziel einer europäischen Mindestlohnpolitik muss es daher sein, überall existenzsichernde Mindestlöhne durchzusetzen.

Dafür braucht man ein Maß. Pragmatisch könnte dies dadurch erreicht werden, dass alle Mindestlöhne in der EU auf 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianlohns angehoben werden – wie dies vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) auch gefordert wird. In vielen Ländern der EU würde dies zu kräftigen Lohnerhöhungen führen. Das soziale Europa würde hingegen endlich einmal konkrete Gestalt annehmen. Auch in Deutschland müsste der Mindestlohn perspektivisch auf zwölf Euro steigen. Denn selbst Vollzeitbeschäftigte kommen mit einem Stundenlohn von 9,19 Euro ohne zusätzliche staatliche Unterstützung kaum über die Runden. ■

TORSTEN SCHULTEN leitet das Referat „Arbeits- und Tarifpolitik in Europa“ des WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.



Foto: BDA/Chaperon

NEIN.

Das soziale Europa bezieht seine Stärke auch daraus, dass unterschiedliche Traditionen und Wege bestehen und gelebt werden. Das Motto der EU, „In Vielfalt geeint“, könnte da nicht besser sein. Dies gilt besonders für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Sie ist bei den Mitgliedstaaten historisch höchst unterschiedlich. Das Ziel starker Arbeitsmärkte eint Europa – die Wege dorthin dürfen aber nicht zentral vorgegeben werden. Die Sozialpolitik liegt ausdrücklich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Es besteht kein Bedarf an zusätzlicher EU-Regulierung. Unterschiedlich starke Sozialsysteme innerhalb Europas sind nicht auf einen Mangel an Regeln zurückzuführen, sondern auf wirtschaftliche Unterschiede.

Ein sozial starkes Europa können wir nur auf Grundlage wirtschaftlichen Erfolgs finanzieren. EU-weite verbindliche Blaupausen kann und darf es in diesen Bereichen nicht geben. Deshalb muss jeder Mitgliedstaat seine Sozialsysteme weiter eigenverantwortlich gestalten dürfen. Die nationale Mindestlohnregelung gründet auf Tarifautonomie in Deutschland, ist Ausdruck konkreter Sozialpartnerschaft und kein staatlicher Gnadenakt. Allein aus dem Fehlen kollektiver Lohnfindung auf supranationaler Ebene ergibt sich die mangelnde Erfüllungsgrundlage einer konkreten Vorgabe für die EU. Daher lautet mein dringender Appell: Finger weg von einem europäischen Mindestlohn! ■

STEFFEN KAMPETER ist Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de

EIN GANZ BESONDERER SPIRIT

MITBESTIMMUNG Mitte der 1990er Jahre wurden Europäische Betriebsräte dank einer EU-Richtlinie Realität – nachdem viele Jahre zuvor die länderübergreifende Zusammenarbeit schon intensiviert worden war. Zwei Beispiele, bei denen der Mehrwert dieser Kooperation schnell klar wird, sind BASF und Bosch.

Von **Andreas Kraft**, Journalist in Bamberg

Den Brexit wird es zumindest im BASF-Europabetriebsrat (EBR) nicht geben. „Wenn Großbritannien die EU verlässt, werden die Kollegen von dort im Europäischen Betriebsrat bleiben“, sagt Sinischa Horvat, der Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats von BASF. „Zumindest da können wir den Brexit verhindern. Was das Ganze für BASF insgesamt bedeutet, ist aber noch gar nicht abzusehen.“ Zu viel ist inzwischen auf EU-Ebene geregelt. Was bedeutet der Austritt für die Zölle? Was sind die wirtschaftlichen Folgen? Und was wird sich rechtlich verändern? Schließlich hat die sogenannte REACH-Verordnung (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) für die EU bislang das Chemikalienrecht harmonisiert. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat das enorm vereinfacht. „Muss das künftig für Großbritannien alles neu gemacht werden?“, fragt Horvat.

Auch bei Bosch ist Europa zumindest im EBR größer als die EU. Dort gehört nicht nur die Schweiz dazu, sondern auch die Türkei. „Das ist

einfach ein wichtiger Produktionsstandort“, sagt Kerstin Mai, die EBR-Vorsitzende. „Deshalb hat man früh entschieden, die Türkei in den Europäischen Betriebsrat zu integrieren.“ Neben Türkisch und Deutsch werden, wenn bei den Sitzungen des EBR 38 Vertreter aus 23 Ländern zusammenkommen, je nach Anwesenheit der Delegierten bis zu 13 Sprachen gesprochen. „Bei unseren Sitzungen sind immer Dolmetscher dabei, die alles simultan übersetzen“, sagt Mai. Das sei auch nötig. Schließlich seien die Themen ziemlich komplex. „Da ist es schon gut, wenn man in seiner Muttersprache arbeiten kann.“

Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es dank einer EU-Richtlinie die Europäischen Betriebsräte. Sie dürfen in Unternehmen mit mehr als 1000 Arbeitnehmern gegründet werden, wenn von den Beschäftigten mindestens 150 in zwei Ländern tätig sind. Inzwischen sind es europaweit mehr als 1000 Gremien. In etwa 1000 weiteren Unternehmen hätten die Beschäftigten das Recht, einen Europäischen Betriebsrat zu gründen. Doch ist vielen anscheinend unklar, was sie davon ►

Kerstin Mai ist Betriebsrätin am Bosch-Standort für Car-Multimedia in Hildesheim, seit 2017 ist sie KBR-Vorsitzende und seit April 2018 EBR-Vorsitzende.





Foto: Wolfgang Roloff

Sinischa Horvat ist seit über 25 Jahren bei BASF in Ludwigshafen. Seit 2017 ist er dort KBR-Vorsitzender, EBR-Vorsitzender und Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

► hätten – außer mehr Arbeit. Die Richtlinie selbst ist, was die Ausgestaltung angeht, ziemlich vage. Wirkliche Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten legt sie nicht fest. Es heißt nur: Die konkreten Rechte des EBR regelt eine firmeninterne Vereinbarung.

„Es kommt also darauf an, was die Arbeitnehmervertreter daraus machen“, sagt Norbert Kluge, Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmenspraxis (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung. „Wenn sie das Gremium mit Leben füllen, kann es wirklich Wirkung entfalten.“ So wie bei BASF oder Bosch. Die beiden Unternehmen zeigen, wie der EBR mehr Rechte für die Beschäftigten schaffen kann. „Wir tauschen uns im EBR natürlich über unsere jeweiligen Rechte auf der nationalen Ebene aus“, sagt Sinischa Horvat. „Da nehmen viele auch Anregungen für bessere Standards mit nach Hause, die sie früher wahrscheinlich gar nicht diskutiert hätten.“ Wie die EU an sich, trägt also auch der EBR zu einer Harmonisierung bei und wird zu einem Vehikel, die Standards nach oben anzugleichen.

Im Kern geht es um Information

Im Zentrum der EBR-Arbeit steht aber meist die Information durch das BASF-Management. Der EBR wird so zum direkten Draht zwischen Konzernspitze und Beschäftigten. „Für uns in Deutschland hat der EBR klar den Vorteil, dass wir früher über anstehende Veränderungen informiert werden, als es vorher der Fall war“, sagt Horvat. Viel größer sei der Unterschied aber noch für die Kollegen aus anderen Ländern, in denen es keine Informationspflichten für die Unternehmensführung gibt wie im deutschen Betriebsverfassungsgesetz. Die Arbeitnehmervertretungsstruktur in den Ländern ist sehr unterschiedlich. In Spanien etwa gibt es Arbeitnehmervertretungen nur auf der Ebene der Standorte. Ein Gremium auf nationaler Ebene wie Gesamt- oder Konzernbetriebsrat, in dem sich die Beschäftigten austauschen könnten, fehlt dagegen. „Durch den EBR haben sie jetzt die Möglichkeit, sich auch auf nationaler Ebene auszutauschen und einen Überblick über die Situation von Bosch in ihrem Land zu bekommen“, sagt Kerstin Mai von ►



Fotos: BASF SE, Albert Olive/EPA

Die Citral-Anlage der BASF in Ludwigshafen ist Teil des riesigen BASF-Stammwerks, einem der größten chemischen Produktionskomplexe der Welt.

”

„Konflikte können angegangen werden, bevor sie explodieren. Das Management profitiert da auch von dem Wissen der Arbeitnehmervertreter.“

SINISCHA HORVAT, EBR-Vorsitzender der BASF



Brennende Barrikaden beim Generalstreik 2010 in Spanien. Die Proteste waren von Spaniens Gewerkschaften CC00 und UGT organisiert worden.

Europäische Betriebsräte – ein Rückblick

Europäische Betriebsräte waren die ersten Gremien zur grenzübergreifenden Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern in multinationalen Unternehmen und sind derzeit die am weitesten verbreitete Form der Arbeitnehmervertretung.

1983

Erster informeller EBR

Der französische Konzernbetriebsrat von Saint-Gobain lädt ausländische Arbeitnehmervertreter ein
49 EBRs werden gegründet

1994

Verabschiedung der 1. EBR-Richtlinie

Zwei Jahre für die Umsetzung und Verhandlung freiwilliger Vereinbarungen

491 freiwillige EBR-Vereinbarungen werden geschlossen

1996

EBR-Richtlinie tritt in Kraft

Unternehmensleitung multinationaler Konzerne muss Arbeitnehmervertreter zu allen grenzübergreifenden Fragen unterrichten und anhören

1999

Erweiterung der EBRs um das Vereinigte Königreich

Die Arbeitnehmer in weiteren britischen Unternehmen kommen in den Genuss der Rechte

2001

Verabschiedung weiterer Richtlinien zur Unterrichtung und Anhörung

EBR dient als Vorbild für Arbeitnehmerbeteiligung in SE (2001), SCE (2003) und Rahmenrichtlinie über nationale Betriebsräte (2002)

2004

EU-Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten

Aufnahme von Arbeitnehmervertretern aus neuen Mitgliedstaaten in bestehenden EBRs

2009

Neufassung der EBR-Richtlinie

Überarbeitung und einige Verbesserungen: bessere Definitionen, Recht auf Fortbildung, Anerkennung der Gewerkschaften, aber keine Durchsetzung

2019

Stand der Dinge

Aktuell existieren 1146 aktive EBR und SE-BR.
Seit 2009 kamen 326 dazu. 1113 multinationale Unternehmen haben einen EBR oder SE-BR;
> 20 000 Betriebsräte (geschätzt) vertreten;
> 17 Millionen Arbeitnehmer (geschätzt)

Quelle: ETUI & www.ewcdeb.eu

► Bosch, „und auch die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden und Probleme anzusprechen.“

Die reinen Werkstandorte seien oft nicht gut in die übergeordnete Strategie eingebunden. Für den Arbeitgeber habe daher der EBR auch Vorteile. „Durch den Austausch und die persönliche Begegnung besteht überhaupt die Chance, sich gegenseitig besser zu verstehen. Die Arbeitnehmervertreter können durch die Informationen Abhängigkeiten viel besser durchschauen.“

Die Auseinandersetzung habe das durchaus befriedet. In Ländern wie Frankreich oder Spanien werden Konflikte schnell viel weiter eskaliert als in Deutschland. Bei einer Mobilisierung wird dann demonstriert, und es brennen auch mal Barrikaden. „Die Konflikte sind jetzt nicht weg“, sagt Mai. „Aber sie können ganz anders diskutiert werden. Die Kultur hat sich da wirklich verändert.“ Und das kann für beide Seiten viel zielführender sein. Im letzten Jahr habe sich der Delegierte aus Spanien im EBR beim Vorstand darüber beschwert, dass die neue regionale Leitung die etablierte Dialogkultur nicht fortsetzt. Das habe sich schnell wieder gelegt, sagt Mai.

Auch bei BASF schätzt die Unternehmensführung die Vorteile einer transparenten Kommunikation. „Konflikte können angegangen werden, bevor sie explodieren“, sagt Horvat. „Durch die Diskussion im Vorfeld kann eine Strategie verbessert werden. Das Management profitiert da auch von dem Wissen der Arbeitnehmervertreter.“ Aber auch die Beschäftigten profitieren von der Transparenz. „Die Kollegen haben so vor Ort oft einen Wissensvorsprung und können kritische Entscheidungen des lokalen Managements viel besser infrage stellen“, sagt Horvat. Im Fall eines Falles verschaffe es den Betriebsräten in Frankreich oder Italien aber auch mehr Zeit, ihre Protestaktionen besser vorzubereiten.

Doch bisweilen stößt die EBR-Arbeit auch an ihre Grenzen – einfach weil die Arbeitnehmervertreter bei einem Konzern wie Bosch, der 410 000 Menschen in 440 Regional- und Tochtergesellschaften in rund 60 Ländern beschäftigt, nicht in allen Themen fit sein können. „Ein Betriebsrat, der aus einem Automobilstandort kommt und sich mit Dieselmotoren und Zündkerzen auskennt, ist nicht unbedingt ein Experte, wenn es um Smart Home, Waschmaschinen oder Akkuschauber geht“, sagt Kersin Mai. Der EBR



Fotos: Horst Wagner; imago/Belga

I.M.U.-Direktor Norbert Kluge bei der Tagung „Europa, wo bleibt die Mitbestimmung?“ in Brüssel (l.); der französische Konzernbetriebsrat von Saint-Gobain gilt als Wegbereiter des EBR, indem er 1983 ausländische Arbeitnehmervertreter einlud. Hier das Werk in Auvelais, Belgien.

muss sich dieser Herausforderung stellen. Eine Struktur entlang der Geschäftsbereiche kann da helfen. Im Bereich des Antriebsstrangs für Fahrzeuge ist das schon ziemlich gut gelungen. Mit drohenden Fahrverboten für Dieselmotoren und der E-Mobilität steht der Geschäftsbereich vor einem Umbruch. Seit Anfang 2018 treffen sich die Arbeitnehmervertreter zweimal im Jahr mit den Spitzenmanagern der Sparte. „Der Arbeitgeber war sehr schnell dazu bereit, das Gremium einzurichten“, sagt Mai. „Dahinter steht sicher auch die Hoffnung, die Veränderungsprozesse mit Anstand über die Bühne zu bringen.“

Motor der europäischen Einigung

Doch der Europäische Betriebsrat bringt nicht nur Konzerne und Beschäftigte voran, er vertieft auch die europäische Integration. „Das Friedensprojekt Europa ist mir ein Herzensanliegen“, sagt die EBR-Vorsitzende. „Dass Europa momentan so unter Druck ist, tut mir wirklich weh.“ Bei Bosch erlebt sie hautnah die Spannungen zwischen den alten Industriestandorten in Westeuropa und neuen Standorten in Osteuropa, wo die Löhne einfach niedriger sind. „Dort möchte man zwar aufholen, aber – so der Eindruck – auch eine gesunde Distanz wahren, um den Nimbus

als Niedriglohnland nicht zu verlieren.“ Doch auch dort spüre man inzwischen den Druck des zunehmenden Wettbewerbs. Der EBR helfe aber dabei, die Spannungen abzubauen, ist sich Mai sicher: „Wenn sich die Menschen kennenlernen und sich über ihre Lebenssituation austauschen, wächst auch das Verständnis, dass jeder Arbeitsplatz für den einzelnen Menschen einen Wert hat. Ganz egal, wo der jetzt ist.“ Nur so werde es auch möglich, einen fairen Ausgleich zwischen den Standorten hinzubekommen.

Bei BASF ist die Situation deutlich weniger kritisch. „Standorte gegeneinander auszuspielen ist eher schwierig“, sagt Sinischa Horvat. In der Chemieindustrie ist vor allem der Bau der Anlagen teuer, die Personalkosten fallen da nicht sonderlich ins Gewicht. Horvat beobachtet in seiner Arbeit, wie der EBR auch zur Verständigung beiträgt: „Wenn ich mich mit einem Kollegen aus Italien über die Arbeitsmarktreformen dort unterhalte, erfahre ich ganz andere Details und auch, was es für die Menschen konkret bedeutet, als wenn ich nur etwas darüber in der Zeitung lese.“ Damit entstehe auch Schritt für Schritt eine europäische Solidarität unter den Beschäftigten: „Wir haben da wirklich einen ganz besonderen Spirit.“ ■

Sinischa Horvat im Interview:
bit.ly/2UTBYrL

European Works Councils and SE Works Councils in 2015.
Facts and figures:
bit.ly/1hlG0sQ

Europäische Praktiker:
20 Jahre EBR-Richtlinie:
bit.ly/2HNReDE

Europäische Betriebsräte feiern Jubiläum Romuald Jagodziński
im Mitbestimmungsportal:
bit.ly/2TDHcXk



Positionen zur Europawahl

WAHLPROGRAMME Wir haben den Spitzenkandidaten von fünf Parteien drei Fragen zur Zukunft der EU gestellt. Hier sind ihre Antworten.

Von **Susanne Kailitz**, Journalistin in Dresden

Die Lebensbedingungen in der Union sind noch sehr unterschiedlich. Welche Vorschläge haben Sie, um die soziale Dimension der EU zu stärken?

**„ Katarina Barley,
SPD**

„Die Menschen müssen spüren, dass Europa für sie da ist – und nicht nur für Banken, Konzerne und Großunternehmen. Wenn sie Europa als Chance für sich und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen begreifen, wenn wir ihnen die Ängste vor Sozialdumping und Arbeitsplatzverlust nehmen, dann wird auch die europäische Einigung langfristig erfolgreich sein. Deshalb wollen wir die Rechte von Arbeitnehmern stärken. Dazu gehören gerechte Löhne: Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort! Und natürlich die gleiche Bezahlung für Männer und Frauen. Wir wollen einen Rechtsrahmen für einen europäischen Mindestlohn. Niemand, der Vollzeit arbeitet, darf unter der Armutsschwelle von 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen.“

**Manfred Weber,
CDU/CSU**

„Die Soziale Marktwirtschaft ist als Ordnungsprinzip in den Verträgen verankert. Sie ist eine europäische Idee, die ich weiterverfolgen will als Leitprinzip für

die EU, aber auch für unser globales Engagement. Dem muss im politischen Alltag eine größere Bedeutung eingeräumt werden. Denn heute gilt die EU als eine Union der Wirtschaft, der Banken, der Rettungsschirme. Dabei ist eines der Ziele der Union – und auch mein ganz persönliches Ziel – dass das Modell der sozialen Marktwirtschaft europaweit greift. In den letzten Jahren hat die EU mit der Europäischen Säule sozialer Rechte dabei große Fortschritte gemacht. Den eingeschlagenen Weg werde ich als Kommissionspräsident weitergehen. Dabei ist mir die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Herzensanliegen. Dafür haben wir in dieser Haushaltsperiode über 86 Milliarden Euro für den Europäischen Sozialfonds zur Verfügung gestellt. Ich möchte ein besonderes Augenmerk auf die Regionen Europas legen, zum Beispiel den Süden, wo die Situation nach wie vor sehr angespannt ist. Es darf keine verlorene Generation geben.“

**Sven Giegold,
Die Grünen**

„Wir brauchen ein solidarisch finanziertes Investitionsprogramm in europäische öffentliche Güter. ►

SOZIALES EUROPA: WURUM GEHT ES?

Die EU-Kommission will mit ihrem Vorschlag für eine Säule der sozialen Rechte die EU in sozialen Fragen auf Kurs bringen. Den Gewerkschaften geht es dabei um klare Schutz- und Gestaltungsrechte. Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit Arbeit und Leistung bestreiten, haben sich auskömmliche Einkommen, soziale Rechte, Sicherungen, Bildung und Chancengleichheit verdient. Sie wollen das Recht haben, sich demokratisch einzumischen – an ihrem Wohnort, an ihrem Arbeitsplatz, in ihrem Land, in Europa, in Wirtschaft und Unternehmen.

► Dazu wollen wir die Einnahmen aus einem europäischen Kampf gegen Steuerdumping und einen Teil der Einnahmen aus einer europäischen Unternehmenssteuer in ein Eurozonen-Budget stecken, das investiert und stabilisiert. Dies soll zumindest 1% des Bruttoinlandproduktes der Eurozone umfassen. Investitionen in gemeinsame digitale Netze, ein gemeinsames Strom- und Gasnetz, eine tatsächlich europäische Eisenbahn und „Erasmus für alle“ kann dazu beitragen, dass sich die Lebensverhältnisse in Europa schneller angleichen. Zudem wollen wir überall verbindliche Mindestniveaus für soziale Sicherung und Mindestlöhne. Ein Einheitssozialsystem wollen wir nicht, sondern Mindeststandards, die mit der Höhe der Wirtschaftsleistung pro Kopf steigen. Die Arbeitslosenversicherung muss durch eine echte Rückversicherung (ohne spätere Rückzahlung) abgesichert werden, um unterschiedliche konjunkturelle Entwicklungen besser abzufedern.“

Martin Schirdewan, Die Linke

„Wir müssen die Politik der Austerität beenden, die aus Deutschland in die EU exportiert worden ist. Wir wollen ein solidarisches, sozialistisches Europa. Die ärmeren Länder müssen beim Aufbau und Ausbau von Systemen der sozialen Mindestsicherung unterstützt werden. Die EU muss dazu erhebliche Mittel in den Strukturfonds zur Verfügung stellen. Wir wollen eine solidarische europäische Erwerbslosenversicherung und europäische Sozialversicherungsnummern. Wir unterstützen den Kampf der von Armut, Obdachlosigkeit und sozialer Ausgrenzung Betroffenen für die Durchsetzung ihrer Rechte. Wir unterstützen die Initiative des Europäischen Netzwerkes gegen Armut (EAPN) zur EU-weiten Einführung von armutsverhindernden Mindesteinkommen. Die EU-Staaten müssen mit einer Mindestrente garantieren, dass alle Menschen sicher vor Armut geschützt sind.“

Nicola Beer, FDP

„Wir wollen gleichberechtigte Chancen auf Arbeit und Wohlstand für alle Bürger der EU. Arbeits- und Sozialpolitik ist und bleibt jedoch Aufgabe der Mitgliedstaaten. Sozialpolitik muss so nah wie möglich an den Menschen gemacht werden. Das Ziel, die Lebensverhältnisse in der EU anzugleichen, kann letztlich nur durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den verschiedenen europäischen Regionen erreicht werden. Dazu braucht es eine Stärkung des Binnenmarktes, solide Staatsfinanzen und kluge Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Das schafft Wachstum und damit mehr gute Arbeits- und Ausbildungsplätze, die jedem Menschen die Möglichkeit auf sozialen Aufstieg aus eigener Kraft sichern. Wir unterstützen nachdrücklich den zentralen Teil des Investitionsplanes für Europa, mit dem die EU verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt.“

Europäisches Recht bricht nationales Recht. Wie wollen Sie die deutsche Unternehmensmitbestimmung gegen Gefahren durch Unionsrecht schützen?

**„ Katarina Barley,
SPD**

„Wir dürfen es nicht zulassen, dass über europäisches Gesellschaftsrecht die Mitbestimmung ausgehebelt wird. Kein Unternehmen sollte europäisches Gesellschaftsrecht anwenden, ohne die zwingende Mitbestimmung seiner Beschäftigten nachzuweisen. Auf der europäischen Ebene müssen Schlupflöcher, wie sie etwa bei der Gründung einer Europäischen Aktiengesellschaft (SE) zur Vermeidung von Mitbestimmung genutzt werden können, geschlossen werden. Neue Möglichkeiten der Umgehung der deutschen Mitbestimmung dürfen nicht zugelassen werden. Arbeitgeber sollen mitbestimmungspflichtige Maßnahmen so lange nicht durchführen dürfen, bis die vorgeschriebene Beteiligung der Interessenvertretung erfolgt ist. Und wir müssen für mehr Beratungs- und Informationsangebote für alle sorgen, die in Europa von ihrem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen.“

**Manfred Weber,
CDU/CSU**

„Mit dem Company Law Package (Gesellschaftsrechtspaket) haben wir im letzten Jahr die deutsche Mitbestimmung gut vor Angriffen geschützt. Niederlassungsfreiheit von Unternehmen darf nicht dazu missbraucht werden, nationale Mitbestimmung auszuhebeln. Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat in dieser Richtung wichtige Urteile zur Stärkung der deutschen Mitbestimmung gefällt. Als Kommissionspräsident garantiere ich, dass die nationalen Mitbestimmungstraditionen nicht durch EU-Recht geschwächt, sondern geschützt werden. Unseren Wohlstand verdanken wir gerade auch

unserem Mitbestimmungsmodell in Deutschland. Also: Keine Experimente damit!“

**Sven Giegold,
Die Grünen**

„Die Freizügigkeit in Europa darf nicht dazu führen, dass Unternehmen dort ihren Firmensitz einrichten, wo die niedrigsten Standards in der Mitbestimmung von Arbeitnehmern gelten. Deshalb wollen wir die europäischen Betriebsräte und ihre Mitbestimmungsrechte stärken und beispielsweise eine Parität von Arbeitnehmern und Arbeitgebern an Entscheidungen in allen Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg nach dem Vorbild Sloweniens durchsetzen. In der Gesetzgebung haben wir uns für harte EU-Re- ►

MITBESTIMMUNG: WURUM GEHT ES?

Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert eine EU-Richtlinie zu Mindestbedingungen für Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen in der EU. Denn nationale Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats und im Aufsichtsrat enden an den Grenzen. Die SE und andere EU-Regelungen machen es Unternehmen leicht, ihre Zentralen über die Grenzen zu verlegen. Arbeitnehmer brauchen den EU-weiten gesetzlichen Schutz gegen Einfrieren oder Umgehen von Mitbestimmung. Die Rechte der Europäischen Betriebsräte müssen gestärkt werden.

► gegen Scheinverlagerungen von Unternehmenssitz in die EU-Staaten gekämpft.“

Martin Schirdewan, Die Linke

„In fast der Hälfte der EU-Staaten gibt es keine Mitbestimmung. Deshalb haben wir eine Initiative für mehr Mitbestimmung in den Unternehmen gestartet. Wir wollen, dass unionsweite Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten festgelegt werden. Schlupflöcher müssen geschlossen werden: Unternehmen dürfen sich nicht aus der deutschen Mitbestimmung schleichen, indem sie den Unternehmenssitz in ein mitbestimmungsfreies Land verlegen oder eine Europäische Aktiengesellschaft gründen. Wir wollen Eurobetriebsräte stärken. Beschäftigte müssen das Recht

haben, Vertreter zu wählen, die im Aufsichtsrat sitzen. Wir schlagen eine europäische Arbeiterkammer vor, die die sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Belange der Arbeitnehmer vertritt. Unternehmen, die Profite machen, dürfen keine Massenentlassungen organisieren. Bei Standortverlagerungen fordern wir ein Vetorecht für die Gewerkschaften.“

Nicola Beer, FDP

„Die Tarifautonomie und die Koalitionsfreiheit ist für uns ein hohes Gut. Wir wollen daher die Rechte der Sozialpartner wahren und sicherstellen, dass europäische Tarifverträge die nationalen nicht verdrängen, wenn ein nationaler Verband nicht zugestimmt hat.“

In einigen Ländern der Union – so in Ungarn – werden Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte massiv missachtet. Was tun Sie, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?

„ Katarina Barley, SPD

„Offensichtlich gehört der Druck auf die Löhne, die Arbeitszeiten und die Arbeitsbedingungen zum Geschäftsmodell der Regierung von Viktor Orbán. Gut ist, dass die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nun zunehmend dagegen protestieren. Gut ist auch die Zusammenarbeit und die Solidarität der deutschen mit den ungarischen Gewerkschaften. Für die Politik in Europa muss maßgeblich sein: Wir brauchen verbindliche Mindeststandards und klare Regeln bei den Löhnen sowie beim Arbeitsschutz in allen EU-Mitgliedstaaten. Und die müssen dann auch

durchgesetzt werden. Wir brauchen zudem eine europaweite Stärkung der Tarifbindung. Wichtig ist: Die wirtschaftlichen Grundfreiheiten dürfen künftig nicht mehr vorrangig gegenüber den sozialen Grundrechten sein.“

Manfred Weber, CDU/CSU

„Eine Marktwirtschaft ist nur sozial, wenn Tarifautonomie gewährleistet ist. Und Tarifautonomie, Verhandlungen also zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf Augenhöhe, geht nur mit freien

Gewerkschaften, die nicht in ihren Rechten beschnitten werden. Gewerkschaften in ihrer Arbeit zu behindern und in ihren Rechten zu beschneiden ist genauso ein Verstoß gegen das EU-Recht, wie das faktische Schließen von Universitäten oder die Einschränkung des Rechtsstaatsprinzips. Die EVP und ich haben dort sehr deutlich Position bezogen und werden dies auch in Zukunft tun.“

Sven Giegold, Die Grünen

„Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte sind Grundrechte. Wie auch bei Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Gewaltenteilung oder der Rechte von Universitäten muss gelten: Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit untergraben, muss dies Konsequenzen haben. Die EU untersucht die Wettbewerbsfähigkeit von Staaten jährlich und macht wirtschaftspolitische Empfehlungen. Wir brauchen eine jährliche Prüfung der Mitgliedsstaaten bei Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dieser Bericht muss von einer unabhängigen Kommission von Verfassungsexperten erarbeitet werden. Wer die Empfehlung systematisch ignoriert, muss finanzielle Konsequenzen spüren: Die Kontrolle über die EU-Gelder soll von den betroffenen Regierungen auf die europäischen Institutionen übergehen. Wir wollen jedoch nicht die Zivilgesellschaft, Kommunen und Unternehmen durch Entzug von EU-Fördergeldern bestrafen. Schon die Diskussion über den Entzug von Geldern hat in Polen vor zwei Jahren in demokratische, proeuropäische Zivilgesellschaft geschwächt. Deshalb wollen wir kein Geld wegnehmen, sondern den Regierungen die Kontrolle darüber entziehen.“

Martin Schirdewan, Die Linke

„In Österreich wurde von der konservativ-rechten Regierung der Zwölf-Stunden-Tag eingeführt. Auch in Deutschland – und in ganz Europa – arbeiten viele Menschen immer länger, um über die Runden zu kommen. Dem setzen wir entgegen: Gute Arbeit muss für alle Beschäftigten normal werden. Es ist ein Erfolg der Gewerkschaften und der linken Parteien, dass die Entsenderichtlinie ausgeweitet wurde. Jetzt

AUTORITÄRE REGIME: WORUM GEHT ES?

Unterrichtung und Anhörung sowie Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit sind in Europa Grundrechte. Die EU-Grundrechte-Charta ist Bestandteil der Europäischen Verträge. Das ist Konsens und eine große gemeinsame Errungenschaft Europas. Regierungen sind darauf verpflichtet und können und müssen zur Verantwortung gezogen werden, wenn Gewerkschafts- oder Arbeitnehmerrechte wo auch immer in den EU-Mitgliedstaaten infrage gestellt werden. Sonst wird das Fundament Europas zerstört.

müssen die letzten Ausnahmen fallen. Wir wollen die Mitgliedstaaten verpflichten, flächendeckende Tarifverträge statt Tariffucht zu fördern. Wir fordern, dass Tariftreue keine Kannbestimmung bleibt, sondern die Einhaltung von Tarifverträgen in den EU-Vergabe- und -Konzessionsrichtlinien verbindlich festgelegt wird. Wir wollen die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Solidarität und Kooperation der Belegschaften und Gewerkschaften verbessern.“

Nicola Beer, FDP

„Die Entwicklungen in Ungarn erfüllen uns mit großer Sorge. Seit Dezember letzten Jahres protestieren viele Bürger – nicht nur gegen das umstrittene Arbeitszeitgesetz, sondern auch gegen die Einschränkungen bei Presse und Justiz. Für uns ist klar: Toleranz, Pressefreiheit und eine unabhängige Justiz sind Voraussetzungen für Demokratie. Die EU muss wirksamer und schneller eingreifen können, wenn aufgrund eines rechtsstaatlichen Verfahrens die Verletzung dieser Grundwerte festgestellt wird. Deswegen wollen wir den Rechtsstaatsmechanismus weiter stärken. Wir schlagen vor, dass die Grundrechteagentur ein Mandat zur Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedstaaten der EU erhält. Dies soll nach dem Vorbild des UN Universal Periodic Review in regelmäßigen Abständen für jeden Mitgliedstaat erfolgen. Somit ist dem Vorwurf des politischen Missbrauchs der Boden entzogen.“



„Lohndrücker müssen ihr Geschäftsmodell verlieren“

INTERVIEW Rolf Schmachtenberg bereitet maßgeblich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 vor. Der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium erklärt, warum die Arbeitnehmerrechte dabei auf der Agenda stehen werden und was passieren muss, um diese Rechte schon jetzt besser zu sichern.

Das Gespräch führte **Ines Gollnick**, Journalistin in Bonn – Fotos **Karsten Schöne**

„Rolf Schmachtenberg, in der EU werden die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen teilweise missachtet. Beispielsweise spricht ver.di-Chef Frank Bsirske von zum Teil mafiösen Zuständen bei den Löhnen und Arbeitsbedingungen, die sich in der Paketzustellbranche etabliert haben. Wie konnte es überhaupt so weit kommen?“

Wir haben innerhalb der EU enorme ökonomische Unterschiede. Praktisch größer als zwischen den verschiedenen Bundesstaaten der USA. Dieses ökonomische Ungleichgewicht, verbunden mit Arbeitnehmerfreizügigkeit, führt natürlich zu größeren Wanderungen auf dem Arbeitsmarkt. Will heißen: Gut Qualifizierte verlassen die Länder mit relativ niedrigen Löhnen und strömen tendenziell in die Mitte und in die nord-westlichen Mitgliedstaaten. Ihnen folgen dann allerdings auch Arme. Viele von ihnen werden in verschiedensten Formen ausgenutzt, wie aktuell in der Paketbranche.

Wie wollen Sie den Schutz der Beschäftigten verbessern?

Wir haben bereits Regelungen bei den Arbeitsentgelten. Wir wollen nun bei der Haftung für Sozialversicherungsbeiträge nachlegen. Wir lassen prüfen, inwieweit wir die Erfahrungen der Unternehmen der Bauwirtschaft besser nutzen können. Dies soll mit einer Stärkung des Prüfdienstes der Rentenversicherung kombiniert werden. Bei den Berufsgenossenschaften kann man gut ansetzen, weil sie die Betriebe auch kontrollieren. Alles ergänzt durch Zollprüfungen. Ein paarmal systematisch zuzugreifen kann das Bewusstsein erhöhen, dass in der Branche anständig bezahlt werden muss.

Könnte denn die Generalunternehmerhaftung, die Sie hier ansprechen, das Problem wenigstens zum Teil lösen?

Nicht für sich allein. Sie muss auch durchgesetzt werden. Dafür sind bestimmte Anforderungen an Dokumentationspflichten erforderlich, die bei Betriebsprüfungen erfüllt sein müssen. Wenn die Dokumente nicht vorliegen, ist das bereits eine Ordnungswidrigkeit. Und wenn sie vorliegen,

müssen sie mit Kontrollunterlagen abgleichbar sein. Kombiniert wieder mit verstärkten Prüfkapazitäten, sprich mehr Personal. Ich gehe davon aus, dass rigoroses Handeln die Branche zu Veränderungen bringen kann. Und wir dürfen nicht vergessen: Es gibt viele gute Betriebe, die sich an die Regeln halten. Es geht also immer darum, Wettbewerbsverzerrungen abzubauen. Insofern ist das, was wir machen, im Sinne der Wirtschaft. Wir müssen schnell dafür sorgen, dass Lohn- und Sozialdumper ihr Geschäftsmodell verlieren.

Desaströse Zustände gibt es ja nicht nur bei den Paketzustellern, sondern zum Beispiel auch im Baugewerbe, bei den Transportunternehmen oder auch in der Gastronomie. Wo sehen Sie auf EU-Ebene den dringendsten Handlungsbedarf?

Sicherlich bei der Entsendung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – die Regeln gibt es, aber die Bekämpfung von Missbrauch ist ganz wichtig. Da ist es gut, dass es die Europäische Arbeitsbehörde (ELA) geben wird.

Die ELA wird aber erst noch aufgebaut. Bis dahin müssen Kontrollen von Missständen nach bisheriger Standards erfolgen. Wie steht es um die europaweite Zusammenarbeit beim Arbeitsschutz, gerade wenn dubiose Geschäftsbetriebe untersucht werden sollen?

Die Kontrolle der Unternehmen soll weiterhin auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen. In Deutschland kontrollieren der Zoll, die Betriebsprüfer der Rentenversicherungen oder auch die Prüfer der Krankenversicherungen. Die ELA soll eine bessere Koordination und einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellen. Erkenntnisse, die in anderen Ländern vorliegen, sollen übermittelt werden. Die amtierende Kommission beginnt noch mit der Errichtung, damit die ELA auch schnell kommt. Ich möchte eines aber betonen: Nicht jeder EU-Ausländer, der hier ist, steht in einem betrügerischen Kontext. Vielmehr sind die betroffenen Arbeitnehmer oft Opfer dieser Systeme des Lohn- und Sozialdumpings. Der Großteil der EU-Zuwanderung ist nicht nur legal, sondern auch noch gut für unseren Arbeitsmarkt. ►

► **Was können EU-Arbeitnehmer und -Arbeitnehmerinnen selber tun, um sich vor miserablen Arbeitsbedingungen zu schützen?**

Der erste Schritt ist, seine Rechte zu kennen. Wir beobachten, dass die Betroffenen Hilfe brauchen, um diese Rechte durchzusetzen. Dafür haben wir bereits 2011 ein gutes Projekt gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen, das Projekt „Faire Mobilität“ mit insgesamt acht Standorten. Der Bund stellt ab diesem Jahr noch einmal deutlich mehr Mittel bereit. Damit sollen an weiteren Standorten Beratungs-

geht: Welche Rolle kommt Ihrer Ansicht nach Deutschland zu, damit der Beschäftigtenschutz auf EU-Ebene weiter verbessert werden kann?

Ich will zwei Schwerpunkte für die deutsche EU-Präsidentschaft nennen, die sich unmittelbar um die Einkommen der Arbeitnehmer und ihre Rechte drehen. Ein wesentlicher Baustein wird sein, die Europäische Säule sozialer Rechte, die 2017 in Göteborg unterzeichnet wurde, mit Leben zu füllen. Wir wollen daran arbeiten, einen EU-Rahmen zu schaffen, um angemessene Grundsicherungssysteme zu gestalten und faire Mindestlöhne durchzusetzen. Das soll vor allem unteren Einkommensgruppen zugutekommen. Es soll keinen Grund mehr geben, allein wegen des niedrigen Einkommens sein Land verlassen zu müssen. Selbstverständlich müssen Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme der jeweiligen wirtschaftlichen Lage der Länder entsprechen, zugleich aber ausreichenden sozialen Schutz bieten. Dazu haben wir unsere Überlegungen konkretisiert. Wir setzen darauf, dass die EU-Kommission den Ball aufnimmt und wir im Idealfall über sie eine entsprechende Initiative während der deutschen Präsidentschaft voranbringen können.

Welche Rolle werden die Arbeitsbedingungen spielen?

Das ist der zweite Punkt. Wir wollen uns auch um faire Wettbewerbsbedingungen und Arbeitsbedingungen im globalen Wirtschaften kümmern, Stichwort globale Lieferketten. Dazu haben wir in Deutschland inzwischen einen nationalen Aktionsplan. Einige andere EU-Mitgliedstaaten haben das auch, aber viele nicht. Auch die EU selbst noch nicht. Wir würden sie gerne dazu bringen. Es geht einerseits – wie bei dem anderen Thema auch – um anständige Arbeitsbedingungen für die Menschen, aber auch um fairen Wettbewerb. Wichtig ist, dass nicht die Unternehmen, die zu fairen Bedingungen arbeiten lassen, vom Markt verschwinden, weil sie mit den Niedrigpreisen der Schmutzkonkurrenz nicht mithalten können. Sie sehen, bei allen Themen, die auf unserer Agenda für die Ratspräsidentschaft 2020 stehen, geht es um gute



„Es soll keinen Grund mehr geben, allein wegen des niedrigen Einkommens sein Land verlassen zu müssen.“

stellen finanziert werden. Häufig arbeiten dort EU-Bürger, die schon länger in Deutschland sind. Sie bringen nicht nur ihre Erfahrungen mit, die sie teilen, sondern sprechen die Sprache der Betroffenen. Bei Besuchen von Betrieben oder Baustellen machen diese Mitarbeiter häufig die Erfahrung, dass das Wissen um die Rechte allein nicht reicht. Die Menschen haben Angst, ihre Rechte einzufordern, weil sie Angst haben, ihre Arbeit zu verlieren. Die Not ist oft sehr groß.

Sie sind maßgeblich in die Vorbereitungen für die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 eingebunden. Wenn es um die Agenda der Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen



ROLF SCHMACHTENBERG, Jahrgang 1959, ist seit März 2018 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der studierte Mathematiker und promovierte Volkswirt arbeitete auch für die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Indien und war Hochschullehrer. Schmachtenberg ist unter anderem Mitglied bei ver.di, der Arbeiterwohlfahrt und dem Deutschen Arbeitsgerichtsverband. Das Interview fand im ehemaligen Büro von Norbert Blüm statt, im Hintergrund ist das Gemälde „Kopf“ des deutsch-syrischen Künstlers Marwan Kassab-Bachi zu sehen.

Arbeit, um gute Löhne, Arbeitnehmerrechte und um das Verhindern von Schmutzkonkurrenz.

Wenn Sie dies alles in Angriff nehmen wollen, ist die Vorbereitung der EU-Ratspräsidentschaft bestimmt ein absoluter Kraftakt?

Ein riesiger Kraftakt! Für das halbe Jahr der deutschen Präsidentschaft heißt das, dass wir in allen entsprechenden EU-Gremien den Vorsitz haben. Darauf muss man sich sehr gut vorbereiten. Man muss nicht nur die Vorschläge anderer lesen, sondern auch eigene, neue Vorschläge entwickeln. Von Vorsitzenden wird auch erwartet, die Verhandlungen zu den dann anstehenden Rechtsakten voranzutreiben. Das heißt auch, mit allen anderen EU-Ländern zu sprechen, ihre Positionen aufzunehmen und über das hinaus, was die Kommission vielleicht selbst erarbeitet hat, nochmals neue Vorschläge einzubringen. Man muss alle 27 Positionen gut kennen und vermittelnd agieren. Deutschland arbeitet mit Slowenien und Portugal für den EU-Ratsvorsitz zusammen und muss auch ein gemeinsames Leitbild formulieren. Das bringt ganz andere Perspektiven hinein. Wir stimmen uns gerade mit den Ländern ab, ob sie diese Schwerpunkte mit uns teilen wollen.

Empfinden Sie das kraftraubende Managen der EU-Ratspräsidentschaft eigentlich auch als ein Privileg?

Natürlich, und das bedeutet mir sehr viel. Ich bin ein großer Anhänger der Idee der Europäischen Union und der europäischen Einigung. Geboren in Aachen, da, wo eine der ersten „Euregios“ gut funktionierte. Gerade in diesen Grenzregionen waren die Narben und die Erinnerungen an die Konflikte der Vergangenheit immer sichtbar. Dies zu überwinden ist die zentrale Aufgabe in Europa. Die EU ist ganz wichtig als Friedensprojekt und steht für mich für ein ganz spezifisches gesellschaftliches Modell, in Deutschland nennen wir es soziale Marktwirtschaft. Wir versuchen, eine Gesellschaft zu organisieren, in der man relativ effizient wirtschaftet. Dafür steht der Markt. Dies aber solidarisch, mitbestimmt und mit solidarischem Ausgleich. Dafür steht das Soziale. Es ist ein hohes Gut, diese soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln mit all ihren Möglichkeiten, auch für den Einzelnen, Freiheit zu leben, in relativ hoher Sicherheit, sozialer wie innerer. Wir werden das nicht auf der Basis von einzelnen kleinen Nationalstaaten aufrechterhalten können, sondern nur als eine relativ geschlossene, tatkräftige EU. ■

Fokus Europa



HENNING MEYER, 40, analysiert künftig in jeder Ausgabe die Entwicklungen der EU im Wahljahr.

Eine neue letzte Chance

KOLUMNE Die europäische Einigung bleibt weiterhin die richtige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Nur müssen den Absichtserklärungen auch politische Taten folgen, die damit in Einklang stehen.

Von Henning Meyer

Die Europäische Union steht vor einer Schicksalswahl. Wieder einmal. 2014 war der Urnengang geprägt durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Stabilität und die Reform der Eurozone sowie die hohe Arbeitslosigkeit waren die dominanten Themen. Der Druck auf die europäischen Entscheidungsträger war so groß, dass der neue Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker von der „Kommission der letzten Chance“ sprach.

Fünf Jahre später sind viele der alten strukturellen Probleme nicht gelöst und eine Reihe von ernsthaften politi-

schen Herausforderungen hinzugekommen. Die Migrationskrise hat seit 2015 deutlich die Grenzen der europäischen Solidarität aufgezeigt. 2016 hat sich mit Großbritannien zum ersten Mal ein Mitgliedstaat für den Austritt aus der EU entschieden. Die Welle des Populismus, die auch in Deutschland zum ersten Mal eine rechtspopulistische Partei in alle Landesparlamente und in den Bundestag gebracht hat, droht die Europawahl zu überschatten.

Das Drohszenario einer noch deutlicheren Repräsentanz der Populisten im neuen Europäischen Parlament ist

real. Die großen Parteienfamilien versuchen bisher mit gemischtem Erfolg, sich dagegen in Stellung zu bringen. Für die Europäische Volkspartei EVP und ihren Spitzenkandidaten Manfred Weber von der CSU wurde die Assoziation mit Ungarns autoritärem Machthaber Viktor Orbán eine ernste Belastung. Und um den Rechtspopulisten, deren Antwort auf alle Probleme die Rückkehr zum Nationalstaat zu sein scheint, eine klare Alternative entgegenzusetzen, versuchen die Sozialdemokraten es mit dem Slogan „Europa ist die Antwort“. Auch wenn völlig richtig darauf hingewiesen wird, dass fast alle akuten politischen Probleme eine internationale Lösung brauchen, sollte über der „Antwort“ die eigentliche Fragestellung nicht übersehen werden. Denn so richtig es auch ist, dass das europäische Modell als Gegenentwurf sowohl zu Trump und Putin als auch zum chinesischen Staatskapitalismus stilisiert wird, so wenig darf man die inneren Probleme der EU außer Acht lassen.

Die Art und Weise, wie in der EU Politik betrieben wird, hat erheblich zur Frustration mit dem europäischen Projekt beigetragen. Zum einen haben nationale Alleingänge und Konflikte unter verschiedenen EU-Mitgliedstaaten sehr am Zusammenhalt der politischen Union zweifeln lassen. Ein Grund, warum beispielsweise die Migrationskrise einige Länder unvorbereitet getroffen hat, war, dass die Frage auf der Agenda der EU weitestgehend ignoriert wurde, als lediglich die Anrainerstaaten am Mittelmeer Alarm geschlagen haben. Mit Verweis auf das Dubliner Übereinkommen

wurde die Sache als geklärt angesehen – bis die Realität andere politische Tatsachen geschaffen hat.

Und auch im Verhältnis zu den eigenen Bürgerinnen und Bürgern hat die EU in den letzten Monaten ein Trauerspiel abgeliefert. Der Prozess rund um die neue Urheberrechtsrichtlinie hat die schlechtesten Seiten der europäischen Politikfindung aufgezeigt. Der maßgeblich aus Deutschland getriebene Prozess hat sowohl auf der intergouvernementalen (zwischenstaatlichen) als auch auf der Ebene der supranationalen Politik deutlich negative Spuren hinterlassen. So wurde die Einführung sogenannter Uploadfilter im Koalitionsvertrag der Großen Koalition zwar ausgeschlossen, ihre De-facto-Einführung dennoch von der Bundesregierung gegen den Rat aller ihrer Fachpolitiker durchgesetzt. Als sich in der Folge Widerstand vor allem unter jungen und in der Regel sehr europafreundlichen Europäerinnen und Europäern breit machte, kam die Idee, die notwendige Abstimmung im Europaparlament einfach vorzuziehen. Auf Teufel komm raus sollte diese in der Sache völlig verfehlte Reform vor der Europawahl durchgepeitscht werden, was am 26. März dann auch geschehen ist.

Mit dieser Art und Weise, Politik zu machen, kann man niemanden für Europa begeistern. Wenn die politische Realität so aussieht, bringt es auch wenig, wenn alle fünf Jahre pünktlich zum Wahlkampf wieder dieselben Floskeln bemüht werden. Die europäische Einigung bleibt die richtige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Nur müssen den Absichtserklärungen auch politische Taten folgen, die damit in Einklang stehen. Ansonsten wird die EU es schwer haben, die Vertrauensbasis, die für viele Integrationsprojekte notwendig ist, herzustellen.

Um das Modell Europa als Vorbild in dieser so instabil gewordenen Welt zu etablieren, reicht es nicht, eine rhetorische Wagenburg aufzubauen. Wirkliche Stärke kommt nicht primär durch Abgrenzung nach außen, sondern durch solide Fundamente im Inneren. Neben den wichtigen Themen, mit denen sich die EU auseinandersetzen wird, sollte sie auch einen Moment innehalten und die eigenen politischen Prozesse unter die Lupe nehmen. Das betrifft sowohl die nationalen Regierungen, wenn sie als Teil der EU agieren, als auch die supranationalen Institutionen.

Die Juncker-Kommission war nicht die „Kommission der letzten Chance“. Aber es bleibt zu hoffen, dass wir nach der Wahl die „Kommission der neuen Chance“ erleben werden, die federführend das Politikverständnis der EU erneuert. Das wäre letztendlich auch das beste politische Mittel, den Populisten das Wasser abzugraben und ihren Vormarsch zu stoppen. ■



„Wirkliche Stärke kommt nicht durch Abgrenzung, sondern durch solide Fundamente.“

DER FRIEDEN NACH DEM SEIFENSTREIK

REPORTAGE Die Beschäftigten des Motorradherstellers Ducati, Teil des VW-Audi-Konzerns, proben mithilfe der IG Metall Mitbestimmung auf Italienisch – ein erfolgreiches Modell gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Europa.

Von Michaela Namuth – Fotos Gianfranco Gallucci

Wer in diese Fabrik eintritt, sieht rot. Rot lackierte Motorrادتanks stehen aufgereiht auf einer Plastikplane. Auch die Arbeitsanzüge und Polohemden der Arbeiterinnen und Arbeiter leuchten knallrot. Die Farbe ist ein Markenzeichen von Ducati, ebenso wie der röhrende Motor. Doch in der Halle, wo die Motoren mit dem charakteristischen Sound montiert werden, geht es eher leise zu. Nur ein regelmäßiges Klopfen ist zu hören und ab und zu ein Zischen. Auf den eingezeichneten Wegen fahren kleine Roboterwagen mit Montagesätzen. In den Ecken stehen Blumentöpfe mit Palmen.

In der Fabrik in Borgo Panigale, einem Vorort von Bologna, werden unter anderem die Motoren für die Modelle Monster, Scrambler, Hypermotard und XDiavel zusammengebaut – immer noch in Handarbeit. Wer diesen Job macht, verdient mehr als andere Metallarbeiter in Italien. Die Ducati-Beschäftigten erhalten 20 Prozent mehr als den tariflichen Durchschnittslohn, der

bei etwa 1300 Euro liegt. Dazu kommen verschiedene Prämien.

Ducati ist aber nicht nur deshalb etwas Besonderes in der Branche: Das Unternehmen ist auch das Laboratorium für ein italienisches Modell der Mitbestimmung und für eine neue Dialogkultur, die es kaum in einem anderen Betrieb jenseits der Alpen gibt. Seit 2012 gehört das Unternehmen zum deutschen VW-Audi-Konzern. Wie für alle Beschäftigten der Konzerntöchter garantiert dessen Charta der Arbeitsbeziehungen von 2009 der Belegschaft Beteiligungsrechte. Diese werden nun vom Ducati-Betriebsrat nach und nach bei dem italienischen Management eingefordert. Unterstützung bekommen sie dabei vom Europäischen Betriebsrat des Konzerns, dem Audi-Europa-Ausschuss – und der IG Metall.

„Es geht um eine einzigartige Form der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in Europa“, erklärt Volker Telljohann, Koordinator des Projekts in Bologna. 2014 unterschrieb die IG Metall Wolfsburg ein formales Abkommen mit den italienischen Metallern der Federazione Impiegati Operai Metallurgici (FIOM) in der Region Emilia-Romagna. Dieses formalisierte ein transnationales Gewerkschaftsprojekt, das die Arbeit der Eurobetriebsräte „von unten“ ergänzen soll. Im November 2018 verlängerten die Kooperationspartner das Abkommen anlässlich des Kongresses der FIOM bis 2022. In der Praxis probierten sie die Zusammenarbeit bereits bei dem Aufbau von Beteiligungsstrukturen bei Lamborghini aus (MB 7+8/2014). Der Sportwagenhersteller gehört seit 1998 zur VW-Gruppe.

Ducati, gegründet 1926, wurde vor sechs Jahren von VW-Audi übernommen. Seitdem laufen die Geschäfte gut. Der Umsatz ist im Bilanzjahr 2017 um 30 Prozent auf 736 Millionen Euro gestiegen. Während es 2012 noch rund 1000 Beschäftigte gab, sind es heute knapp 1600, inklusive Rennstall.

„Früher gab es dauernd Konflikte mit dem italienischen Management“, erzählt Salvatore Carotenuto, Arbeitnehmervertreter der FIOM und seit 36 Jahren bei Ducati beschäftigt. Zuletzt krachte es im Jahr 2010 bei dem sogenannten „Seifenstreik“, als die Arbeiterinnen und Arbeiter sich weigerten, auf zehn Minuten Pause ►





Bruna Rossetti, Vorsitzende des Betriebsrats, und Personalchef Luigi Torlai: Es gibt eine neue, demokratischere Unternehmenskultur beim Motorradhersteller Ducati.

► zum Händewaschen zu verzichten, „um die Rennfahrer zu finanzieren“, wie es damals in einem Flugblatt der FIOM hieß. Die Streichung der Pause hatte der damalige italienische Chef im Alleingang entschieden. Die Belegschaft und ihre Gewerkschaften wurden weder befragt noch informiert. „Das waren und sind eigentlich Methoden des Fiat-Konzerns“, so Carotenuto.

Bei Ducati sind solche Management-Alleingänge heute gar nicht mehr möglich. Die neueren Betriebsabkommen legen fest, dass alle Entscheidungen, die Arbeitszeiten betreffen, mit der betrieblichen Gewerkschaftsvertretung Rappresentanza Sindacale Unitaria (RSU) verhandelt werden müssen. „Konflikte wie den Seifenstreik gibt es nicht mehr“, sagt Carotenuto, einer der drei Vorsitzenden des Betriebsrats.

Seine Gewerkschaft, die FIOM, hat sich für das neue Beteiligungskonzept ins Zeug gelegt – zum Teil auch gegen den Widerstand der anderen beiden Metallgewerkschaften. Er hat so bei den letzten Betriebsratswahlen die absolute Mehrheit errungen. Gemäß der VW-Charta wurden paritätisch besetzte Arbeitsgruppen, Kommissionen genannt, gegründet. Mithilfe dieses neuen Instruments sollen Arbeiter, Techniker, Angestellte und Manager gemeinsam die Produk-

tivität, die Qualität der Arbeitsplätze und die Qualifizierung der Beschäftigten verbessern. Carotenuto vertritt die Belegschaft in der Kommission „Prämien“. Die Diskussion und Erstellung der Tabellen ist ein zeitaufwendiges und kompliziertes Geschäft. „Aber am Ende kommt etwas dabei heraus“, sagt er. Das Prämiensystem ist heute prozentual weniger leistungsgebunden und garantiert einen höheren Festbetrag.

„Die industriellen Beziehungen bei Ducati haben sich in den letzten Jahren vollständig geändert“, erklärt Bruno Papignani, Vorsitzender der FIOM Emilia-Romagna. Dabei haben die Erfahrungen bei Lamborghini eine wichtige Rolle gespielt. Allerdings gehe es um völlig unterschiedliche Produktionen. Bei Lamborghini sei man auf der Ebene 4.0 angekommen, bei Ducati werden Motoren noch per Hand zusammengebaut. „Daraus ergeben sich unterschiedliche Beteiligungsmodelle, die sich zwar an der deutschen Mitbestimmung orientieren, aber nicht zwangsweise mit ihr übereinstimmen“, so Papignani. Das liegt auch an den unterschiedlichen Strukturen der industriellen Beziehungen. Denn während die Mitbestimmung in Deutschland gesetzlich verankert ist, muss sie in Italien bei betrieblichen Tarifverhandlungen durchgesetzt werden.

Vor allem Papignanis Gewerkschaft, die kämpferische FIOM, setzt sich für das Dialogmodell ein. Das wundert viele in Italien. Der langjährige FIOM-Chef Maurizio Landini war von Anfang an ein Befürworter der deutsch-italienischen Kooperation. Seit Januar 2019 ist er Vorsitzender der mächtigen Dachgewerkschaft CGIL – ein gutes Vorzeichen für die Zukunft dieses Modells der praxisorientierten Zusammenarbeit von europäischen Gewerkschaften.

Bei Fiat war die FIOM unter der Ägide des inzwischen verstorbenen Konzernchefs Sergio Marchionne von den Tarifverhandlungen ausgeschlossen. Bei Ducati baut sie Mitbestimmung auf. Bruno Papignani erklärt den Unterschied der Unternehmenskulturen: Während der Fiat-Konzern und seine Töchter Maserati und Ferrari die Löhne niedrig halten, wird bei Lamborghini und Ducati die höhere Qualifizierung entlohnt. Die unterschiedlichen Taktzyklen mit mehr oder weniger anspruchsvollen Arbeitsvorgängen spiegeln dies wider. Während ein Zyklus bei Fiat eine Minute dauert, sind es bei Lamborghini 75 bis 90 und bei Ducati immerhin noch 15 Minuten. Hier entscheiden die Beschäftigten jetzt mit, wie viele Arbeitsschritte ein Zyklus umfasst.

Doch Beteiligungsinstrumente allein genügen nicht. „Die Leute müssen auch mit Kompetenzen ausgestattet werden, um damit umgehen zu können“, erklärt Volker Telljohann. Der Deutsche ist ein wichtiger Vermittler zwischen den unterschiedlichen Gewerkschaftskulturen. Er arbeitet als Sozialforscher beim gewerkschaftlichen IRES-Institut. Von Bologna aus koordiniert er auch das Kooperationsprojekt zwischen FIOM und IG Metall. Dieses ermöglicht gemeinsame Seminare, Personalaustausch und auch die gegenseitige Beobachtung von Tarifverhandlungen.

„Ohne das Kooperationsprojekt wären wir nie so weit gekommen“, bestätigt Bruna Rossetti. Wie Carotenuto ist sie eine der Vorsitzenden des Betriebsrats. Sie vertritt die FIOM als Angestellte und arbeitet seit über 30 Jahren bei Ducati. Einer der größten Erfolge ist für sie, dass der Betriebsrat eine Liste der Beschäftigten von Zulieferfirmen erstellen konnte, die auf dem Werksgelände beschäftigt sind. „Nur so haben wir eine Chance, an diese Leute heranzukommen“, sagt sie.

Denn ein erklärtes Ziel des Kooperationsprojekts, in dem sie sich seit Jahren engagiert, ist die Vertretung entlang der Zulieferkette. Die ersten

Fortschritte sind in den Betriebsräumen sichtbar. Früher mussten sich die Kolleginnen und Kollegen mit Werkverträgen mittags in einen abgetrennten Raum setzen, jetzt können auch sie in der feinen Ducati-Kantine essen. Dort trifft man sich und redet miteinander.

Die Stärke von Bruna Rossetti ist die Aufbauarbeit. Das hat sie auch in Thailand bewiesen. Dort wird im einzigen Auslandswerk von Ducati für den asiatischen Markt produziert. Die italienische Betriebsrätin hat praktische Hilfe geleistet, um mit den dortigen Gewerkschaften eine Belegschaftsvertretung aufzubauen. Unterstützt wurde sie dabei vor Ort auch von Personalchef Luigi Torlai. „Als Italiener bewegen wir uns heute bei Ducati in einer neuen Unternehmenskultur“, erklärt er. Und er ist überzeugt, dass im Betrieb beide Seiten davon profitieren.

Eine der wichtigsten neuen Vereinbarungen betrifft die saisonal begrenzte Teilzeitarbeit. Diese prekär Beschäftigten müssen nun nach spätestens drei Jahren fest übernommen werden. Das ist nicht nur für Italien eine sehr fortschrittliche Regelung. „Gerade bei Themen wie prekäre Beschäftigung und Werkverträge können Deutsche und Italiener voneinander lernen“, meint Stefan Lücking von der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.

Er begleitet das Kooperationsprojekt seit 2011. Die Stiftung organisiert jährlich Fachtagungen mit dem IRES Emilia-Romagna zum Erfahrungsaustausch. Die Mitbestimmung „all’italiana“ bei Lamborghini und Ducati hält er für eine einmalige Chance. „Gewerkschaft und Betriebsräte haben nicht einfach die deutsche Mitbestimmung übernommen, sondern die italienischen Vertretungsstrukturen weiterentwickelt und echte Verbesserungen für die Beschäftigten erreicht“, so Lücking.

Bei Ducati haben Bruna, Salvatore und die anderen derweil eine weitere wichtige Hürde genommen. Im März 2019 ist der betriebliche Tarifvertrag nach langen Verhandlungen erneuert worden. Die Arbeitnehmervertreter der FIOM haben weitgehende Forderungen durchgesetzt, vor allem die Einrichtung zweier neuer paritätischer Kommissionen für die Mitarbeiterbeteiligung. Diese Beteiligungsinstrumente sind ein Novum für italienische Unternehmen. Und die Ersten, die es in die Praxis umsetzen, sind die Beschäftigten mit den roten Hemden. ■

Fragestunde in Brüssel

Was wollen die Europarlamentarierinnen und -parlamentarier für ein soziales Europa tun? Was steht zum Thema Industriepolitik in ihren Programmen? Wie wichtig ist für sie die Rolle der Gewerkschaften? Diese Fragen wollen Gewerkschafter und Betriebsräte aus acht EU-Ländern mit Politikerinnen und Politikern aus fünf Fraktionen des Europarlaments diskutieren. Die Veranstaltung „Making Europe Work – Gewerkschaften für ein soziales Europa“ soll vom 15. bis 16. Mai im International Trade Union House in Brüssel, auch Sitz des EGB, stattfinden. Veranstalter ist das deutsch-italienische Gewerkschaftsnetzwerk – die IG Metall Geschäftsstellen Wolfsburg, Ingolstadt und Esslingen sowie die italienische Metallgewerkschaft FIOM Bologna und Emilia-Romagna.



Ein Chor aus vielen Solisten

MITBESTIMMUNG Wie kann die grenzüberschreitende Arbeitnehmerbeteiligung in Europa gestärkt werden, ohne dass dafür nationales Recht geopfert werden muss? Das Projekt „Workers’ Voice“ hat eine Lösung gefunden. Der Grundgedanke: Funktionen sind wichtiger als die Form.

Von **Joachim F. Tornau**, Journalist in Hamburg und Kassel

Ein Himmelfahrtskommando. Das war, woran Anke Hassel dachte, als sie im Oktober 2015 die Leitung der internationalen Expertengruppe „Workers’ Voice“ übernahm. „Als ich angefangen habe, war ich sehr skeptisch diesem Projekt gegenüber“, gibt die Soziologin freimütig zu.

Wie sollte es gelingen, beim Thema Arbeitnehmerbeteiligung in Europa zu mehr zu gelangen als zur Feststellung, dass es viele sehr unterschiedliche nationale Systeme und Blickwinkel gibt? Würde man nicht doch wieder in der Sackgasse eines Vergleichs der Institutionen landen? Die Ergebnisse der Expertengruppe strafften Hassels anfängliche Skepsis Lügen. „Wir haben einen Ansatz gefunden, mit dem man nicht gleich an der Hürde der Diversität scheitert“, sagt sie. „Das war ein großer Lerneffekt.“

Die Lösung verbirgt sich hinter der etwas sperrigen Formel der „funktionalen Äquivalente“. Statt auf die strukturellen und rechtlichen Unterschiede abzuheben, nahm die Kommission die Ziele und Wirkungen von Arbeitnehmerbeteiligung in den Blick. Und die lassen sich, bei allen Differenzen in der konkreten Ausgestaltung der Mittel und Wege, auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Workers' Voice bedeutet Vertretung der Anliegen der Beschäftigten, Schutz und Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten, Kommunikation von Arbeitnehmerinteressen an der Unternehmensspitze sowie die Überwachung von Managemententscheidungen.

Das kann, wie bei der deutschen Unternehmensmitbestimmung, durch Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat geschehen. Das könnte aber, wo es weder Betriebsräte noch Beschäftigtenvertreter an der Unternehmensspitze gibt, auch durch einen verpflichtenden Dialog zwischen Unternehmen und Gewerkschaften erreicht werden, der die Rechte der Arbeitnehmer auf Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung erfüllt. Denn entscheidend ist nicht die Form, sondern die Funktion.

Entsprechend weit gefasst ist, was nach diesem Verständnis unter Workers' Voice fällt. Neben Arbeitnehmervertretern in Aufsichts- oder Verwaltungsrat – wofür es in immerhin 18 der bei Redaktionsschluss noch 28 EU-Mitgliedstaaten gesetzliche Vorschriften gibt, also keineswegs, wie von Kritikern gerne behauptet, nur in Deutschland – können das beispielsweise auch nationale und Europäische Betriebsräte, Tarifverträge, europäische Betriebsvereinbarungen oder mit internationalen Gewerkschaftsföderationen abgeschlossene Globale Rahmenvereinbarungen sein, in denen sich multinationale Konzerne zur Einhaltung grundlegender Beschäftigtenrechte auch bei ihren Tochtergesellschaften, bei Zulieferern, Vertragspartnern und Subunternehmen verpflichten.

„Workers' Voice gewinnt seine Wirkung und Gestaltungsmacht aus dem Zusammenwirken verschiedener Elemente der Arbeitnehmerbeteiligung sowie durch die Einbettung in Tarifvertrag, Sozialpartnerschaft und gewerkschaftliche Unterstützung“, erklärt Norbert Kluge, Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung und Initiator der eingesetzten Expertengruppe.

Eine Erhebung durch das wissenschaftliche Sekretariat der Kommission ergab: In multinationalen

Konzernen mit Beschäftigtenvertretern im Aufsichts- oder Verwaltungsrat findet Interessenvertretung auch auf anderen Kanälen häufiger statt. Während hier fast überall Tarifverhandlungen geführt wurden, geschah das sonst nur in jedem Zweiten der untersuchten Unternehmen. Die Verbreitung von Europäischen Betriebsräten war mit 57 Prozent sogar fast dreimal so hoch. Mithin: Workers' Voice wirkt kumulativ. Und dass es wirkt, dafür lieferte die Auswertung ebenfalls klare Hinweise. Waren die Konzerne tarifgebunden oder auf Vorstandsebene mitbestimmt, kletterte die Vorstandsvergütung seltener ins Astronomische, wuchsen die Beschäftigtenzahlen stärker, traten die Unternehmen häufiger einem Nachhaltigkeitsindex bei.

Drei zentrale Handlungsfelder identifizierte die Expertengruppe, auf denen der positive Einfluss von Arbeitnehmerbeteiligung besonders zum Tragen kommt – ein Einfluss, der nicht nur dem Unternehmen und seinen Beschäftigten, sondern auch anderen Stakeholdern nützt: den Regionen, in denen ein Unternehmen ansässig ist, den Kunden, der Gesellschaft insgesamt. Bei einem Treffen in Paris nahm die Kommission die Bedeutung von Workers' Voice für Nachhaltigkeit und soziale Unternehmensverantwortung in den Blick. In Rom diskutierten die Experten die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der Corporate Governance – weg von einer kurzfristigen Orientierung auf die Interessen der Aktionäre, hin zu einem breiter und langfristiger angelegten Stakeholder-Ansatz. Und bereits zu Beginn hatten sie sich in Prag damit beschäftigt, wie Workers' Voice dazu beiträgt, Firmenumstrukturierungen sozial verantwortlich zu gestalten.

Der Ort war bewusst gewählt. „Tschechische Gewerkschaften“, sagt I.M.U.-Direktor und Kommissionsmitglied Kluge, „haben uns berichtet: Die Gefahr, zur bloßen verlängerten Werkbank zu werden, ist mit einem Europäischen Betriebsrat deutlich geringer.“ Fast ein Vierteljahrhundert nach ihrer Einführung gibt es derartige Gremien in 1100 der rund 3000 von der entsprechenden EU-Richtlinie erfassten transnationalen Unternehmen. Zwar sind viele von ihnen, wie es im wissenschaftlichen Abschlussbericht des Workers'-Voice-Projekts heißt, nach wie vor nur „symbolische Institutionen“. Doch in etlichen anderen Unternehmen haben sie sich zum wirkungsvollen Instrument einer länderübergreifenden Arbeitnehmervertretung entwickelt. ►



Die von der Hans-Böckler-Stiftung eingesetzte Expertengruppe „Workers’ Voice and Good Corporate Governance in Transnational Firms in Europe“ arbeitete von 2015 bis 2018. Ihr gehörten 19 Wissenschaftler, Gewerkschafter, Unternehmenspraktiker, EU-Mitarbeiter und zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen europäischen Ländern an. Download des wissenschaftlichen Abschlussberichts: bit.ly/2CvblbG

Über Globale Rahmenvereinbarungen informiert der im Februar 2019 erschienene I.M.U. Policy Brief Nr. 2: „Transnational companies – a concern for strong workers’ voice“. bit.ly/2Fshst1



► „Die alltägliche Praxis zeigt, dass Mitbestimmung nicht statisch ist, sondern selbst ‚lernt‘“, sagt Kluge. Dieses „institutionelle Lernen“ sollte politisch anerkannt werden – etwa indem die Rechte der Europäischen Betriebsräte ausgeweitet werden und nicht länger auf Unterrichtung und Anhörung beschränkt bleiben. Das allein würde nach Überzeugung der Expertengruppe jedoch nicht ausreichen, um Workers’ Voice in Europa den nötigen zusätzlichen Nachdruck zu verleihen. Aber was tun? Eine weitergehende Harmonisierung der Arbeitnehmerbeteiligung in der EU wäre angesichts der Vielfalt nationaler Systeme und Traditionen weder realistisch noch überhaupt sinnvoll – sie könnte nur auf eine Abwärtsintegration hinauslaufen, die in vielen Ländern einem Abbau bestehender Rechte gleichkäme.

Die Alternative folgt aus dem Ansatz der „funktionalen Äquivalente“. Die Kommission plädiert dafür, allgemeine Mindeststandards für Workers’ Voice in der EU zu definieren, die konkrete Ausgestaltung aber den Mitgliedstaaten zu überlassen. Vier Punkte hält die Expertengruppe dabei für unverzichtbar: Die Beteiligung der Beschäftigten auf Unternehmensebene müsse erstens verpflichtend und ihre Vermeidung oder Behinderung, zweitens, strafbar sein. Drittens müssten sowohl individuelle als auch kollektive Arbeitnehmerrechte gesetzlich geschützt sein. Und viertens müsse Workers’ Voice in multinationalen Unternehmen alle Ebenen vom lokalen Betrieb bis zum grenzüberschreitenden Konzern erfassen sowie das Zusammenwirken inner- und außerbetrieblicher Arbeitnehmervertreter ermöglichen.

Die Expertengruppe ist sich einig: Es braucht eine europäische Rahmenrichtlinie, die diese Regeln festschreibt. Aber das zu erreichen wird nicht leicht. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis zu erreichen, was Workers’ Voice jenseits der Unterschiedlichkeit der Institutionen ausmacht und was die Mitbestimmung leisten kann.

In den mehr als zehn gesellschaftsrechtlichen Richtlinien zur transnationalen Unternehmenstätigkeit, die die EU seit 1968 verabschiedet hat, spielten Fragen der Arbeitnehmerbeteiligung, wenn überhaupt, dann nur eine sehr untergeordnete Rolle. Im Mittelpunkt standen die Interessen von Management und Aktionären. Selbst die als positive Ausnahme geltende Richtlinie zur Europäischen Aktiengesellschaft (SE), die bei SE-Gründungen den Erhalt des bestehenden Beteiligungsniveaus garantiert, kann

zum Aushebeln von Mitbestimmungsrechten missbraucht werden: Ein Unternehmen muss nur rechtzeitig, bevor die Beschäftigtenzahlen die Schwellenwerte für einen mitbestimmten Aufsichtsrat erreichen, in eine SE umgewandelt werden, dann bleiben die Arbeitnehmervertreter für alle Zeit draußen.

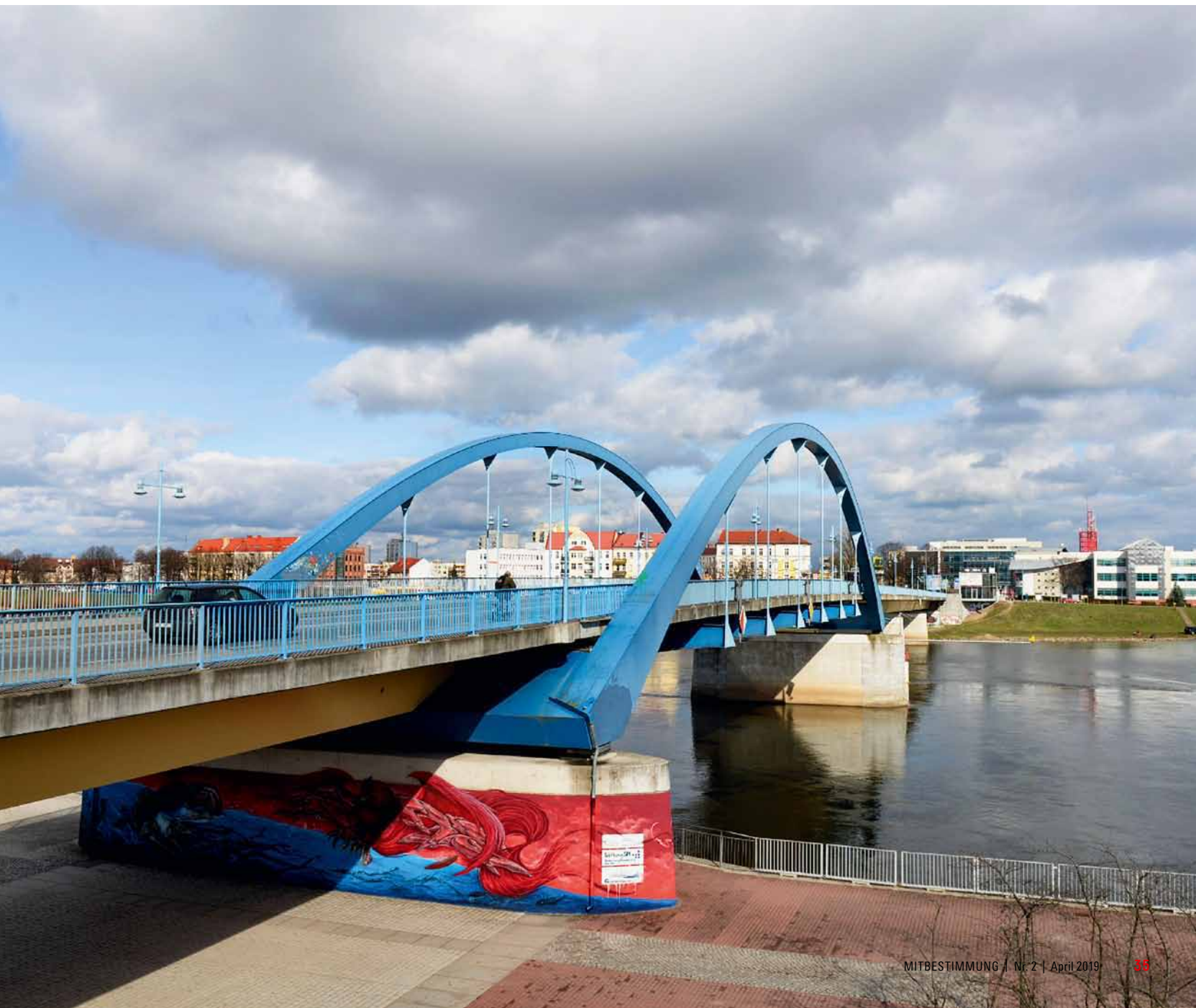
Mittlerweile propagiert die EU die Stärkung ihrer „sozialen Säule“. Doch auch die derzeit im EU-Parlament zur Abstimmung stehende Richtlinie zur grenzüberschreitenden Sitzverlegung und Online-registrierung von Unternehmen folgt weitgehend noch der alten Logik. Trotz einiger Verbesserungen, die das Parlament erreichte, wird das sogenannte Company Mobility Package die Gründung von Briefkastenfirmen oder das Umgehen von Mitbestimmungs- und Steuergesetzen nicht wirksam unterbinden. Unternehmen können – weiterhin – auf dem Papier einfach in den EU-Mitgliedstaat mit den laxesten Vorschriften umziehen. Immerhin: Einen dreijährigen Bestandsschutz für Mitbestimmungsrechte bei Sitzverlegungen hatte bereits die EU-Kommission in ihren Entwurf aufgenommen; das Parlament erhöhte das jetzt auf vier Jahre. Das reicht den Gewerkschaften zwar nicht. Aber es ist ein Indiz, dass ein Umdenken begonnen hat.

Dieser Prozess soll mit den Ergebnissen und Argumenten des Workers’ Voice-Projekts weiter vorangetrieben werden. So organisiert die Hans-Böckler-Stiftung verschiedene Veranstaltungen in Brüssel, bei denen Praktiker der Arbeitnehmerbeteiligung auf EU-Mitarbeiter treffen und aus ihrem Alltag berichten. „Zu sehen, wie Workers’ Voice in der Praxis funktioniert, eröffnet neue Denk- und Handlungsspielräume“, ist Norbert Kluge überzeugt. Nächstes großes Etappenziel sind die Anhörungen der designierten EU-Kommissare durch das neu gewählte Europaparlament: In diesen Hearings wolle man die Stärkung von Workers’ Voice auf die Agenda heben, auch mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaften der mitbestimmungsfreundlichen Mitgliedstaaten Deutschland (2020) und Frankreich (2021), sagt Kluge. Mit kurzfristigen Erfolgen, warnt er, sollte aber niemand rechnen. „Das ist eine Aufgabe für mehr als eine Generation.“ ■

STUDIEREN LINKS UND RECHTS DER ODER

HOCHSCHULEN Die Europa-Universität Viadrina im brandenburgischen Frankfurt galt lange als das wichtigste Eingangstor osteuropäischer Studierender in die EU. Dort sieht man den wachsenden Nationalismus in Polen und anderswo bisher eher gelassen. Ein Ortsbesuch.

Von **Gunnar Hinck**, Journalist in Berlin – Fotos **Anna Weise**



Auf der Brücke zwischen Frankfurt (Oder) und dem polnischen Słubice herrscht morgens in beiden Richtungen viel Verkehr. Neben den zwei viel befahrenen Autospuren gehen gemächlich ältere Leute über die Brücke, die bepackt mit Einkaufstaschen sind. Berufstätige hasten mit eiligen Schritten vorbei. Man sieht jüngere Leute mit geschultertem Rucksack auf ihrem Weg zum Universitätsgebäude in Frankfurt. In entgegengesetzter Richtung steuern sie das Collegium Polonicum an, die gemeinsame Einrichtung der Frankfurter Europa-Universität Viadrina und der Adam-Mickiewicz-Universität im westpolnischen Poznań. Das Gebäude liegt nicht weit vom Flussufer entfernt.

Die Doppelstadt Frankfurt-Słubice ist längst zusammengewachsen. Słubice bezieht Fernwärme aus Frankfurt, und seit einigen Jahren fährt ein Frankfurter Linienbus über die Oder. Die polnische Polizei darf bei Fahndungen nach Deutschland fahren, ebenso die deutsche Polizei in umgekehrte Richtung. In Frankfurt wird an den Schulen Polnisch unterrichtet und an den Słubicer Schulen Deutsch. Polnische und Frankfurter Kinder gehen auf der Westseite in einen gemeinsamen Kindergarten.

„Über die Brücke nach Słubice zu gehen ist Alltag für mich“, sagt Isabelle Blume, Jurastudentin an der Viadrina und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, beim Treffen an der Universität. Sahin Dogan, ebenfalls Stipendiat, sieht es genauso. Inzwischen könne man auf der Ostseite besser essen gehen, sagen die beiden Studenten. Isabelle Blume, die als Studentenvertreterin im Senat der Uni sitzt, schiebt aber hinterher: „Es ist jedoch nicht normal, bei all dem, was man in den Nachrichten hört. In meiner WG leben zwei Mexikaner. Für sie ist es immer noch etwas Besonderes, einfach so über eine Ländergrenze zu gehen.“

Der Name ist Programm

Dass die Viadrina „Europa-Universität“ heißt, ist kein Zufall, sondern Programm. In ihrer Satzung heißt es, dass sie die internationale Kooperation in Forschung und Lehre ausbauen und die Beziehung zu Osteuropa stärken will. Knapp 25 Prozent der 6500 Studenten kommen aus dem Ausland, mit sechs Prozent stammt der relativ größte Teil aus Polen. Die Universität profitiert von der EU: Das Collegium Polonicum wurde mit Mitteln des „Interreg-Programms“ der EU kofinan-

ziert, mit dem Grenzregionen gefördert werden. Im Nachbarland regiert seit vier Jahren die nationalkonservative PiS-Partei, die zwar die EU nicht direkt ablehnt, in ihrer Regierungspolitik aber einen betont nationalen Kurs fährt und sich gegen eine weitere Integration in die EU stellt. Isabelle Blume, die seit einer transnationalen Ausbildung bei der Deutschen Bahn Polnisch spricht, sagt: „Man merkt, dass die Dinge nicht mehr selbstverständlich sind. Vor drei Jahren habe ich gedacht, die Briten werden doch nicht so blöd sein, die EU zu verlassen. Sie haben dann doch dafür gestimmt. Und in polnischen Medien taucht viel mehr Europaskepsis als früher auf. Man sorgt sich, was für Auswirkungen die der-



Böckler-Stipendiaten an der Viadrina: Für Isabelle Blume und Sahin Dogan ist das zusammengewachsene Europa während ihres Studiums in der Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Słubice längst Alltag geworden. Die Grenze zwischen Polen und Deutschland nehmen sie kaum noch wahr.

zeitige Politik der polnischen Regierung hat.“ Sahin Dogan spürt noch keine Verschlechterung des politischen Klimas in Frankfurt und Slubice: „Ich bekomme das nur indirekt über die Medien mit“, sagt er. Er stammt aus Hessen und ist bewusst ins brandenburgische Frankfurt gezogen, um den Studiengang Wirtschaft und Recht zu belegen. „Ich liebe das Multikulti hier“, sagt er.

Wechselvolle Geschichte

Die Grenze an der Oder hat eine wechselvolle Geschichte. Slubice war bis 1945 der östliche Teil Frankfurts und wurde dann polnisch. Bis 1971 konnten DDR-Bürger und Polen nicht ohne Visum über die Grenze gehen. 1980 schloss die DDR wieder die Grenze für den visumfreien Verkehr, weil sie befürchtete, dass die Aufbruchstimmung durch die Streiks der polnischen Gewerkschaft Solidarność in die DDR schwappen könnte. Nach der Wiedervereinigung wurde die Grenze wieder geöffnet, aber bis zum Beitritt Polens in den Schengen-Raum 2007 war der Grenzverkehr mit Passkontrollen und langen Schlangen verbunden. Auf der Frankfurter Seite stand eine riesige, nachts grell erleuchtete Abfertigungsanlage, in der der damalige Bundesgrenzschutz zusammen mit dem polnischen Zoll Autos und Lastwagen durchsuchen konnte.

Das ist längst Vergangenheit. Ein schneller Gang über die Brücke, Besuch im Collegium Polonicum bei Antonina Balfanz, Corinna Kleinke und Astrid Kapler: Die drei Frauen sind für den Studiengang Interkulturelle Germanistik tätig. Neben dem Studiengang German and Polish Law gehört er zu den zwei Programmen, die die Viadrina und die Poznańer Universität zusammen anbieten.

„Die Entwicklung und die aktuelle Verrohung in Polen finde ich besorgniserregend. Sie zeigt, wie schnell das Erreichte zerstört werden kann“, sagt Antonina Balfanz, die Koordinatorin des Bachelorstudiengangs, in einem nüchternen Institutsraum mit Blick über die Oder. Sie spricht das Attentat auf den Danziger Bürgermeister im Januar an: „Die Ermordung von Paweł Adamowicz war ein erschütternder Tiefpunkt.“ Der 53-Jährige war während des Finales einer Spendenaktion auf offener Bühne von einem 27-jährigen vorbestraften Bankräuber erstochen worden. Kommentatoren und Politiker in Polen sehen in der aufgeheizten, polarisierten Stimmung im Land, die von der PiS-



„Hier ist bereits so viel zusammengewachsen. Die PiS hat es schwer, dagegen anzukommen.“

CORINNA KLEINKE, Collegium Polonicum

Partei und ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński geschürt wird, den Nährboden für die Tat.

Corinna Kleinke bemerkt keine Auswirkungen der polnischen Politik auf die Viadrina und gibt sich optimistischer: „Hier ist bereits so viel zusammengewachsen“, sagt sie. „Die PiS hat es jetzt schwerer, dagegen anzukommen.“ Sie stellt aber auch nüchtern fest, dass die Partei bei den Parlamentswahlen 37,6 Prozent errang und es wohl seine Gründe habe, dass sie diese Wählerbasis erreicht hat. „Welche Pläne hat die Bürgerplattform, um Wähler und damit Stimmen zurückzugewinnen?“, fragt sie.

Der Anteil der polnischen Studenten an der Viadrina ist immer noch der größte unter den ausländischen Studenten, aber er geht seit Jahren kontinuierlich zurück. Das Problem ist nicht politisch, sondern es ist die Sprache: „Das Interesse der Polen an der deutschen Sprache sinkt, und umgekehrt“, sagt Antonina Balfanz. Englisch hat in Polen Deutsch als beliebteste Fremdsprache abgelöst. Wer als polnischer Bürger im Ausland studieren will, kann dies durch die Erasmus-Programme problemlos in der gesamten EU umsetzen. Oft reichen Englischkenntnisse, um in einem beliebigen Land zu studieren.

Ein Rückschlag für das Collegium Polonicum ist, dass am Institut seit ein paar Jahren keine rein polnischen Studiengänge der Universität Poznań mehr angeboten werden. Eine Hochschulreform verbietet es seitdem Ablegern von polnischen Universitäten, eigenständige Studiengänge zu organisieren. Das hat allerdings nichts mit Europa zu tun, sondern hatte in Polen ►

„Je schwieriger die Verhältnisse, desto enger die Zusammenarbeit“

INTERVIEW Kann die grassierende Europaskepsis dem international geprägten Hochschulleben an der Viadrina etwas anhaben? Wir fragten die neue Präsidentin, Julia von Blumenthal.

Das Interview führte **Gunnar Hinck**.

„ Julia von Blumenthal, die Europawahl steht vor der Tür. Was für eine Bedeutung hat die Wahl für die Viadrina?

Das kann man gut an den vielen Aktionen und Veranstaltungen sehen. Gerade das studentische Engagement ist beeindruckend: Unsere Studierenden holen zum Beispiel den „Wahl-O-Mat on tour“ auf den Uni-Campus, organisieren eine Podiumsdiskussion mit EU-Politikerinnen und -Politikern und machen eine Diskussionsreihe, die sich auch an die Menschen außerhalb der Universität in Frankfurt richtet. Dabei geht es neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den EU-Wahlen und der EU darum, die Begeisterung der Viadrina für europäische Fragen in die Breite zu tragen und Menschen dazu zu ermutigen, zur Wahl zu gehen.

Seit Jahren geht die polnische Regierung auf Distanz zur EU und ihren Werten. Hat das Einfluss auf die Beziehungen der Viadrina zum Nachbarland?

Die Beziehungen mit unseren polnischen Partnern auf universitärer Ebene sind eher intensiver geworden: Mit der Gründung der European New School of Digital Studies (ENS) gemeinsam mit der Adam-Mickiewicz-Universität am Collegium Polonicum soll unsere europäische Zusammenarbeit eine neue Dimension erhalten. An der ENS werden sich Forschende und Studierende der

interdisziplinären Bearbeitung einer zentralen europäischen Zukunftsfrage widmen: den Herausforderungen und Chancen der digitalen europäischen Gesellschaft. Dabei beschreiten wir in enger deutsch-polnischer Partnerschaft sowohl wissenschaftlich als auch institutionell neue Pfade.

Ist das europaskeptische Klima eine Gefahr für das, was in den vergangenen Jahrzehnten im zusammengewachsenen Hochschul-europa und an Ihrer Universität erreicht worden ist?

Wir erleben vonseiten unserer europäischen Partneruniversitäten, dass das Interesse an der Zusammenarbeit größer wird. Mein Eindruck ist: Je schwieriger die Verhältnisse auf der größeren politischen Bühne, desto intensiver die Zusammenarbeit auf der universitären Ebene und der Wunsch, die Kooperationsbeziehungen weiterzuführen. Das ist das Verdienst des europäischen Hochschulraums, der grenzüberschreitendes Forschen und Studieren vereinfacht und so viele Kooperationsbeziehungen erst ermöglicht hat.

Gibt es Projekte oder neue Ansätze an Ihrer Universität, mit denen Sie als Präsidentin versuchen, der Europaskepsis etwas entgegenzuhalten – über das „Alltagsgeschäft“ der Viadrina hinaus?

Die Viadrina ist ein Ort der kritischen Reflexion europäischer Themen. Ein Ort, an dem sich junge Menschen intensiv mit Entwick-



Foto: Patrick Pleul/dpa

JULIA VON BLUMENTHAL, 48, trat ihr Amt als Präsidentin im Oktober 2018 an.

lungen und der Zukunft Europas beschäftigen. Das gehört zu unserem Universitätsalltag an den wissenschaftlichen Einrichtungen, wie dem Institut für Europa-Studien und dem Frankfurter Institut für das Recht der Europäischen Union, in unseren Studiengängen, wie dem interdisziplinären Master of European Studies, in vielzähligen studentischen Initiativen und in Projekten mit unseren lokalen, regionalen und internationalen Partnern. Als ein Ort der offenen europäischen Debatte tragen wir tagtäglich ein Stück zum europäischen Zusammenhalt bei. ■



Juraprofessorin Eva Kocher ist Böckler-Vertrauensdozentin an der Viadrina. Corinna Kleinke, Antonina Balfanz und Astrid Kapler (v. l.) arbeiten im Collegium Polonicum in Stubice für den Studiengang Interkulturelle Germanistik.

► hochschulpolitische Gründe. Einen neuen Schub verspricht sich das Collegium von einer gemeinsamen Fakultät der Viadrina und der Universität Poznań, die bald in Betrieb gehen und in Stubice ihren Sitz haben soll: „European New School of Digital Economics“ soll sie heißen.

Die Viadrina und das Collegium Polonicum werden zwar nicht durch die wachsende EU-Skepsis beeinträchtigt. Ironischerweise fordert sie aber ausgerechnet die Europäisierung der Hochschulbildung heraus, sagt Eva Kocher, Juraprofessorin an der Viadrina und Vertrauensdozentin der Hans-Böckler-Stiftung: „Die Viadrina hat heute andere Funktionen als zur Zeit ihrer Gründung. Früher waren wir das Eingangstor der osteuropäischen Studierenden in die damalige EG. Das ist jetzt vorbei, weil sie jetzt überall in Europa studieren können. Aber von den Studierenden werden wir weiterhin zu Recht als Ort wahrgenommen, an dem die Verbindung nach Osteuropa mit unseren Kontakten eine große Rolle spielt.“

„Keine Bedrohung, aber eine Beeinträchtigung“

Ralf Richter ist Abteilungsleiter der Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung und kennt die Situation der Hochschulen in Europa. Dass die politische Großwetterlage und ein möglicher Wahlerfolg EU-skeptischer und -feindlicher Parteien bei den Europawahlen im Mai eine Gefahr für das zusammengewachsene Hochschuleuropa sein könnten, glaubt er nicht: „Eine konkrete Bedrohung sehe ich noch nicht, wohl aber eine

spürbare Beeinträchtigung.“ Dazu zählt er die Hochschulpolitik rechtsnationaler Regierungen. „Das bekannteste Beispiel ist der Umgang der ungarischen Regierung mit der privat finanzierten Central European University in Budapest, die nun wohl nach Wien emigrieren wird“, sagt Ralf Richter. „Dabei machen Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei auch nicht vor altherwürdigen Institutionen wie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften Halt. Sie gilt als eine der letzten Bastionen freier, unabhängiger Forschung in Ungarn. All das macht große Sorgen, dennoch würde ich nicht ins Horn der Untergangsbeschwörer stoßen wollen.“ Unter den Böckler-Stipendiaten sind Universitäten osteuropäischer Staaten unverändert nachgefragt, allerdings spielen sie im Vergleich zu anderen Regionen traditionell eine geringere Rolle.

Die Stipendiaten Sahin Dogan und Isabelle Blume sehen die EU in der Verantwortung, um der Rückkehr zum Nationalismus eine Alternative entgegenzusetzen. „Die Politik sollte Europa mehr von einer europäischen Perspektive als von einer nationalen Perspektive her betrachten und entschiedener gegen das negative Bild von Europa argumentieren“, sagt Blume. Dogan sieht Nachholbedarf in Sachen Transparenz: „Viele Bürgerinnen und Bürger haben nicht den Zugang zu den Entscheidungsprozessen. Und man muss das Bewusstsein schaffen, was die Errungenschaften Europas sind, was für Freiheiten Europa bringt. Das dringt nicht richtig durch.“

In einer berühmten Grundsatzrede aus dem Jahr 2014 kündigte Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán an, der westliche Liberalismus habe ausgedient. An seine Stelle solle nun ein arbeitsbasiertes System der nationalen Kooperation treten. Dies gelte spätestens nach der Wirtschaftskrise 2008 nicht nur für das stolze Land der Magyaren, sondern darüber hinaus für ganz Europa. Mutige Anführer anderer europäischer Staaten müssten also dem ungarischen Beispiel folgen, den Finanzkapitalismus in die Schranken weisen, die Profitgier der multinationalen Konzerne eindämmen und die Belange des kleinen Mannes ernst nehmen.

Fünf Jahre und einen weiteren Fidesz-Wahlsieg später fragen sich viele Ungarinnen und Ungarn, ob dieses neue, „arbeitsbasierte System“ der Regierungspartei tatsächlich seine expliziten und impliziten Versprechen halten kann. Danach sieht es nämlich immer weniger aus. Zwar bot die Debatte über Flüchtlinge und Migration Orbán eine exzellente Gelegenheit, sich auf der europäischen Bühne weiter zu profilieren und 2018 erneut eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zu bekommen – doch das nur, weil die Opposition hoffnungslos zerstritten ist, das Wahlrecht sorgfältig umgebaut wurde und die Medien fast völlig unter direkte oder indirekte Regierungskontrolle geraten sind. Doch hinter dieser Kulisse der ständigen rechtsnationalen Propaganda deutet so gut wie nichts auf eine Verbesserung von Arbeitsbedingungen, Gehalt oder rechtlicher Stellung der Beschäftigten.

Im Gegenteil: Ende vergangenen Jahres wurde trotz heftiger Proteste ein neues Gesetz verabschiedet, das die Anzahl der erlaubten Überstunden von 250 auf 400 im Jahr erhöht. Das entspricht täglich fast zwei Überstunden, die die Arbeitgeber nunmehr verlangen und erst nach drei Jahren kompensieren oder bezahlen können. Zu Recht wird diese Novelle in regierungskritischen Kreisen „Sklavengesetz“ genannt. Wochenlang demonstrierten bei Minustemperaturen auf dem großen Platz vor dem Parlament in Budapest zehntausende Mitglieder diverser Gewerkschaften, Vertreter anderer Zivilgesellschaftsorganisationen und Oppositionsparteien sowie viele andere, vor allem junge Menschen. Für einen Augenblick schien diese große Mobilisierung endlich den lange erhofften Durchbruch mit sich gebracht zu haben und allen relevanten gesell-

schaftlichen und politischen Kräften dabei zu helfen, persönliche Konflikte und ideologische Unterschiede beiseitezulegen, um geschlossen gegen die Regierung auftreten zu können.

Doch Viktor Orbán und seine Männer blieben hart. Das Gesetz sei notwendig, um die Auswirkungen des akuten Fachkräftemangels zu beseitigen, hieß es zur Begründung. Tatsächlich sieht sich Ungarn in den letzten Jahren mit einer Knappheit an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern konfrontiert, die vor allem in der exportorientierten Industrie Stellen besetzen könnten. Diese Krise fällt noch viel drastischer aus als etwa in Deutschland, und es gibt dafür zwei Hauptgründe: Zum einen weigert sich die rechtspopulistische Regierung bekanntlich, auch nur im Ansatz eine kontrollierte Einwanderung „aus fremden Kulturkreisen“ als Möglichkeit in Erwägung zu ziehen. Zum anderen sind seit der Wirtschaftskrise rund 600 000 oft gut ausgebildete Ungarinnen und Ungarn ins europäische Ausland ausgewandert. Das sind mehr als zehn Prozent der Staatsangehörigen im berufstätigen Alter.

Grund dafür ist wiederum die Tatsache, dass die Löhne und Gehälter nicht nur in absoluten Zahlen, sondern selbst kaufkraftbereinigt ►

Gebrochene Versprechen

RECHTSPOPULISMUS In Ungarn und in Polen gewannen rechtsnationale Parteien die Wahlen mit der Ansage, dem sprichwörtlichen „kleinen Mann“ ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken und mit der bisherigen neoliberalen Ideologie zu brechen. Doch Jahre später ist davon nichts zu spüren – ganz im Gegenteil.

Von **Silviu Mihai**, Osteuropa-Korrespondent

Zehntausende protestierten in Budapest gegen Orbán und sein neues Arbeitsgesetz, das als „Sklavengesetz“ bekannt wurde (o., r.u.).

Durch Streiks im Audi-Werk Győr erkämpfte die Belegschaft eine Lohnerhöhung von 18 Prozent (l.u.).



Fotos: Mudra László, Adam Molnar





„Wenn man Beschäftigte wie Sklaven hält, darf man sich nicht wundern, wenn sie auswandern.“

ZOLTÁN LÁZLÓ, Vorsitzender der Gewerkschaft Vasas

► bei Weitem nicht dem entsprechen, was man für ähnliche Jobs in Westeuropa verdienen kann. Einem Bericht der europäischen Statistikbehörde Eurostat zufolge kostete eine durchschnittliche ungarische Arbeitsstunde 2017 kaum zehn Euro. In Deutschland mussten die Arbeitgeber gut 34 Euro dafür ausgeben – bei Lebenshaltungskosten, die vielerorts durchaus vergleichbar mit denen in den Großstädten Ungarns sind. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass etwa VW Anfang des Jahres Gehaltserhöhungen von 18 Prozent akzeptieren musste, damit die Gewerkschaft AHFSZ ihre Protestaktion bei der Audi-Motorenfabrik in Győr beendete und die Produktion in Ingolstadt wieder aufgenommen werden konnte. „Selbst nach diesem Sieg verdienen die Mitarbeiter mehr als dreimal weniger als ihre deutschen Kollegen“, kommentiert Zoltán László, Vizepräsident der Gewerkschaft Vasas, die Arbeitnehmer in der Metall- und Autoindustrie vertritt.

Aus der Perspektive der Regierung stellen die günstigen Arbeitskräfte einen der wichtigsten Gründe dar, die den Standort Ungarn so attraktiv für Investoren aus Mittel- und Westeuropa machen. Zusammen mit sehr niedrigen Unternehmenssteuern und großzügigen Förderungen oder Vergünstigungen trugen diese seit dem EU-Beitritt 2004 dazu bei, dass zahlreiche Industriekonzerne, vor allem deutsche Autohersteller, ihre

Produktionsstätte hierher verlegt haben oder dies beabsichtigen. So gab etwa BMW Mitte letzten Jahres bekannt, voraussichtlich 2023 ein nagelneues Werk in Debrecen, nah an der rumänischen Grenze, eröffnen zu wollen. Dieses befindet sich jetzt in der Planungsphase, es soll mehr als 1000 Arbeitnehmer beschäftigen und jährlich rund 150 000 traditionelle und Elektroautos herstellen können. Die Investition beträgt eine Milliarde Euro, zusätzlich profitiert das Vorhaben von der Unterstützung durch den Staat und die Kommunalbehörden, die über 500 Millionen Euro für den dazu erforderlichen Ausbau der Straßeninfrastruktur und ähnliche Projekte ausgeben wollen. Die neue Fabrik wird nach dem Mercedes-Werk in Kecskemét, dem Audi-Werk in Győr und dem Opel-Betrieb in Szentgotthárd der vierte ungarische Hauptstandort der europäischen Automobilindustrie sein.

In den wenigen übrig gebliebenen Orbán-kritischen Medien wurde lange darüber spekuliert, ob das neue Überstundengesetz nicht etwa ein Teil des Deals zwischen der Regierung und BMW sei. Der Konzern bestreitet das kategorisch. Doch Außen- und Außenhandelsminister Péter Szijjártó sprach bei seinen Treffen mit deutschen Investoren in den vergangenen Monaten mehrmals über die Notwendigkeit der neuen Bestimmungen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Damit soll „die Lust der deutschen Firmen auf Investitionen in Ungarn aufrechterhalten werden“. Katalin Ámon, Politologin an der Central European University in Budapest, beurteilt den Kurs der Fidesz so: „Was wir hier erlebt haben, ist die Machtübernahme durch eine neofaschistische Regierung, die billige Arbeitskräfte ohne Arbeitsrechte zur Verfügung stellt. Weit von einem radikalen Bruch mit der neoliberalen Ideologie seiner Vorgänger entfernt setzt Orbán vielmehr diese Politik einfach mit viel zynischen Mitteln fort.“

Dies scheint übrigens auch für andere Länder zu gelten, wo rechtspopulistische Parteien an der Macht sind. In Polen etwa, wo Jarosław Kaczyńskis PiS (d.h. Recht und Gerechtigkeit) vor fast vier Jahren die Wahlen mit ähnlichen Versprechen wie die Fidesz gewonnen hatte, passierte seitdem so gut wie nichts, das auf einen Richtungswechsel hindeuten könnte. Die Gehälter im öffentlichen Sektor, die 2009 eingefroren wurden, bleiben es bis heute, was im vergangenen Jahr zu

Fotos: shutterstock, Lisi Niesner/REUTERS



Wie Jarosław Kaczyński die PiS-Partei das liberale Polen knebelt, thematisierte ein Karnevalswagen im Düsseldorfer Rosenmontagszug 2019.



Nationale Töne sind die Spezialität von Ungarns Premierminister Viktor Orbán. Am ungarischen Nationalfeiertag erinnerte er an die ungarische Revolution gegen die Habsburger Monarchie 1848.

heftigen Protesten der Bildungsgewerkschaften und sogar der Grenzbeamten und Polizisten führte. Letztere machten wochenlang nur Dienst nach Vorschrift und weigerten sich zum Teil, Strafzettel auszuhändigen. Und als das Kabinpersonal der nationalen Fluggesellschaft LOT gegen die schlechten Arbeitsbedingungen streiken wollte, wurde fast 70 Beteiligten kurzerhand gekündigt. Die PiS-Regierung, die sich ansonsten für sehr traditionalistisch ausgibt, scheint keine großen Probleme mit der wenig traditionellen Scheinselbstständigkeit zu haben. Diese ist in den letzten Jahren nämlich fast zu einem nationalen Sport geworden: „Immer mehr Unternehmen bedienen sich solcher Tricks, um die ganze Last der sozialen Absicherung auf die Schultern der Beschäftigten abzuwälzen und um den Kündigungsschutz zu umgehen“, heißt es in einem Bericht, den der Gesamtpolnische Gewerkschaftsverband OPZZ Anfang des Jahres herausgab.

Vasas-Vorsitzender Zoltán László prognostiziert, dass das ungarische Überstundengesetz höchstwahrscheinlich den Fachkräftemangel verschärft, anstatt ihn zu lindern: „Wenn man die Beschäftigten wie Sklaven hält, darf man sich nicht wundern, wenn diese auswandern.“ Und das sei nur die Spitze des Eisbergs, denn hinzu kämen zahlreiche strukturelle Probleme, die bereits 2011 durch die umfassenden Änderungen am Arbeitsgesetzbuch entstanden sind. Diese lockerten unter anderem den Kündigungsschutz, kürzten das Arbeitslosengeld drastisch und schränkten das Streikrecht so ein, dass es praktisch nur noch in sehr großen Betrieben mit starken Gewerkschaften möglich ist, die Arbeit niederzulegen.

Auch die IG Metall, die mit Vasas kooperiert, zeigt sich in mehreren Stellungnahmen solidarisch mit den ungarischen Kollegen: „Die Antwort auf den Fachkräftemangel kann nicht Arbeiten bis zum Umfallen heißen, sondern attraktive Arbeitsbedingungen, die es den Menschen auf Dauer ermöglichen, gesund und gern für die Unternehmen zu arbeiten.“ Ähnlich äußerte sich vor Kurzem auch Stefan Körzell, Vorstandsmitglied beim DGB, der sich Ende Februar in Budapest mit Vertretern ungarischer Verbände traf: „Nationalismus ist keine Lösung. Wir brauchen mehr solidarische Zusammenarbeit in Europa. Kein Vollzeitlohn in der EU darf unter der nationalen Armutsschwelle liegen.“ ■

Mein persönlicher Brexit

ESSAY Warum ich die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und eine Petition für die Aufhebung des Artikel-50-Verfahrens unterschrieben habe

Von **Andrew Watt**, Leiter der Referates Europäische Wirtschaftspolitik am IMK

„Ich wurde im Jahr 1963 in Großbritannien geboren, habe aber mein gesamtes Arbeitsleben auf dem Kontinent verbracht. Während ich diese Zeilen schreibe, verstreicht der 1000. Tag seit dem Referendum von 2016, das mein Geburtsland nach fast einem halben Jahrhundert der Mitgliedschaft aus der EU hinausführen wird. Eine Ewigkeit scheint seitdem vergangen. Es sind jetzt nur noch zehn Tage bis zum ursprünglich geplanten Brexit-Termin am 29. März. Noch immer herrscht Verwirrung über den Ausgang. Trotz jahrelanger Debatten stehen immer noch alle Optionen im Raum: ein harter Ausstieg ohne Abkommen, ein einvernehmliches Ausscheiden mit Abkommen oder doch der Verbleib in der EU.

Das Ergebnis des Referendums war ein Schock. Einige Tage danach schrieb ich einen Beitrag mit dem Titel „No good options for the UK“ (Keine guten Optionen für Großbritannien). Darin hieß es, dassritisches Rosinenpicken nicht funktionieren werde und man sich zwischen einem politisch unbefriedigenden Brexit, der „nur dem Namen nach einer ist“, und einem wirtschaftlich schädlichen harten Brexit entscheiden müsse. Nachdem sich diese Optionen klar herauskristallisiert haben werden, sollte das britische Volk ein Recht haben, noch einmal gefragt zu werden, ob es die EU verlassen möchte. Leider hat sich bisher alles bewahrheitet, nur die Frage nach der Marschrichtung ist noch immer unbeantwortet. Das verbindliche EU-Austrittsabkommen ist, ungeachtet des Gezeters, im Umfang sehr beschränkt und wurde noch nicht angenommen, während die politische Erklärung vage und unverbindlich ist.

In den Wochen nach dem Referendum habe ich zwei persönliche Entscheidungen getroffen: Ich habe

zusätzlich die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen – ein Schritt, der sich jahrzehntelang als Option bot, für den ich aber keine Notwendigkeit sah. Jetzt habe ich zwei Pässe. Das Verfahren erfüllte das Klischee der deutschen Effizienz, was hierzulande nicht immer der Fall ist. Was auch immer beim Brexit herauskommt, ich bleibe jetzt Bürger der EU. Wie viele meiner Landsleute habe ich die Aussicht, dass mir dies gegen meinen Willen durch ein mangelhaftes Referendum genommen wird, zutiefst übel genommen. Den meisten, die für den Verbleib gestimmt haben, bietet sich natürlich nicht die Option einer doppelten Staatsangehörigkeit. In gewisser Weise werden sie „ausgebürgert“, sollte der Brexit tatsächlich stattfinden.

Die zweite Entscheidung war, mich in zwei Bürgerinitiativen zu engagieren, die auf verschiedene Weise versuchen, sowohl den normalen Bürgern wie auch der Politik zu vermitteln, dass man die wesentlichen Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses nicht als selbstverständlich ansehen kann. Die Debatte über Europa kann man nicht lautstarken Gruppen überlassen, die vereinfachend echte oder erfundene Unzulänglichkeiten der EU beschreiben und nur billige Parolen („Die Kontrolle zurückerlangen“) und verantwortungslose Lösungen anzubieten haben – bis hin zur vollständigen Auflösung der EU. Wenn der Brexit – und ähnliche Entwicklungen wie die Wahl Trumps und der Aufstieg autoritärer Führerfiguren in anderen Ländern – überhaupt etwas Gutes hat, dann ist es die zunehmende Erkenntnis, dass europäische Werte und Errungenschaften aktiv beworben und entschlossen verteidigt werden müssen. Man muss Politikern und Kommentatoren widersprechen, wenn sie „Brüssel“ für Entscheidungen die

Schuld geben, die (stärker) nationalen politischen Versäumnissen anzulasten sind, oder sie unerwünschte Ergebnisse kritisieren, ohne gangbare Alternativen aufzuzeigen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass man die EU nicht kritisieren darf. Ganz im Gegenteil, es gibt sicherlich unzählige Gründe, es zu tun. Ich möchte hier nur drei davon nennen. Zum einen hat man noch immer nicht die Lehren aus der Eurokrise gezogen. Die wirtschaftspolitische Steuerung bleibt weiterhin eine wesentliche Schwäche. Zweitens die Unfähigkeit, sich auf eine menschliche und effektive Migrationspolitik zu verständigen. Sie ist aus ethischer Sicht ein Schandfleck auf der Weste des Kontinents und eine Quelle innenpolitischer Auseinandersetzungen. Drittens sind die Lösungsansätze zur Bekämpfung des Klimawandels, die so dringend erforderlich sind, nur punktuell und unkoordiniert.

Dabei muss man anerkennen, dass das „EU“ genannte Gebilde eine Staatsorganisation ist, in der unterschiedliche Regierungsebenen auf hochkomplexe Weise miteinander agieren und die sich stückchenweise in historischen Dimensionen entwickelt. Moderne Staaten wie Deutschland oder die Vereinigten Staaten entstanden ebenfalls über einen langen Zeitraum mit oft blutigen Konflikten. Es ist meist überhaupt nicht klar, wer der eigentliche Adressat ist, wenn die EU pauschal kritisiert wird. Es ist genauso unklar, wie die Alternative zu ihr aussähe; genau das hat die Brexit-Saga verdeutlicht.

Meine Einstellung lässt sich so auf den Punkt bringen: Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum für den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und auch Arbeitskräften und Kapital bietet viele Vorteile. Aber damit dieser Raum gut funktionieren kann, muss er angemessen reguliert werden. Einiges davon kann weiter auf lokaler und nationaler Ebene erfolgen. Aber in vielen Fällen muss die Regulierung auf der gleichen Ebene erfolgen wie die Marktintegration, also auf Ebene der EU, wenn sie effektiv sein soll. Und wo dies der Fall ist, sollte es auch so gemacht werden.

Seltsam ist, dass viele Liberale die EU als grundlegend sozialistisch ansehen, während viele im linken Lager Europa für unverbesserlich neoliberal halten. Tatsächlich ist sie eine Mehr-Ebenen-Struktur, in der politische Kräfte mobilisieren und sich organisieren können, um ihre unterschiedlichen Visionen zu verwirklichen. Das letztendliche Ergebnis entsteht durch eine dauerhafte Auseinandersetzung, die – und das ist

wichtig und historisch neu – mit friedfertigen Mitteln geführt wird. Sie unterliegt der ständigen Revision, wenn auch frühere Entscheidungen aktuelle Möglichkeiten beschneiden. Mit anderen Worten: Stoßrichtung und Umfang einer solchen Regulierung werden politisch festgelegt und hängen damit nicht zuletzt auch vom Ausgang kommunaler, nationaler und europäischer Wahlen ab.

Ende Mai wird das Europäische Parlament gewählt. Um die 370 Millionen Menschen sind aufgerufen, über den Kurs der EU in den nächsten fünf Jahren mitzuentcheiden. Es scheint nun, dass die Brexit-Frist verlängert wird, aber zunächst wohl nicht über den Tag der Europawahlen hinaus. Die britischen Bürger werden damit der Möglichkeit beraubt, den Weg mitzubestimmen, den Europa künftig einschlagen wird – ein Kontinent, mit dem Großbritannien unabhängig von der weiteren Entwicklung eng verbunden bleiben wird. Im Vereinigten Königreich auch wählen zu lassen, wo das Land halb in der EU und halb ausgetreten ist, ist keine verlockende Aussicht.

Die Brexit-Debatte hat bereits zu viel politische Energie beansprucht. Eine Option ist, das vorliegende Abkommen anzunehmen; in diesem Fall kann der Brexit vor den Europawahlen erfolgen. In der Übergangsphase finden die Verhandlungen über die wirklich wichtigen Fragen der künftigen Handels- und anderen Beziehungen statt. Andernfalls sollte Großbritannien aufgefordert werden, entweder das Verfahren nach Artikel 50 des Vertrages über die Europäische Union, das den Austritt eines Mitgliedstaates regelt, zu widerrufen – was es einseitig tun kann (In diesem Fall müsste die Europawahl abgehalten werden, womöglich mit Verzögerung.). Mit den Lehren aus den über 1000 Tagen kann das Land ohne Zeitdruck und mit vollen Rechten, aber auch Pflichten nachdenken.

Oder Großbritannien sollte die EU – zunächst – ohne Abkommen verlassen. Dies wird kurzfristig enormen wirtschaftlichen Schaden bedeuten, vor allem im Vereinigten Königreich. Die Verhandlungen müssten unverzüglich wieder aufgenommen werden. Aber sie würden dann mit der klaren Prämisse geführt, dass das Vereinigte Königreich kein Mitgliedstaat mehr ist. Es hätte dann keine Verpflichtungen, aber auch keine Rechte. Meiner Meinung nach würde es in diesem Fall schnell eine Annäherung suchen.

Meine persönliche Präferenz ist klar: Ich habe soeben eine Petition für die Aufhebung des Artikel-50-Verfahrens unterzeichnet. ■

Emotionen für Europa

TAGUNG Zum Schluss gab es Standing Ovationen für Gustav Horn. Das IMK-Forum im Berliner Französischen Dom war die letzte Veranstaltung, die er als Wissenschaftlicher Direktor des Instituts verantwortete. Als Horn seinem Nachfolger Sebastian Dullien auf der Bühne das Mikrofon überreichte, war er sichtlich gerührt, als sich die rund 250 Gäste erhoben.

Von Gunnar Hinck – Foto Peter Himself



Der scheidende IMK-Direktor Gustav Horn mit seinem Nachfolger Sebastian Dullien

Das diesjährige IMK-Forum zum Thema Europa war prominent besetzt: Neben dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann sprachen unter anderem die SPD-Europawahl-Spitzenkandidatin Katarina Barley, im Hauptberuf Bundesjustizministerin, und Bundesfinanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz. Das Motto der Tagung gab die Richtung vor: „Germany first? Wie geht es weiter mit der europäischen Integration?“

Die bohrenden Fragen des Tagesspiegel-Redakteurs und Investigativjournalisten Harald Schumann, der die Moderation übernahm, entlockten Olaf Scholz und den anderen Teilnehmern der Podiumsdiskussion Nachdenkliches: „Was läuft schief?“, fragte Schumann mit Blick auf den Widerspruch, dass die EU die Lebenssituation von Millionen Menschen zwar objektiv verbessert hat, aber dennoch in weiten Teil Europas nicht sehr beliebt ist. „Wir führen 28 Monologe über die EU. Wir verstehen uns noch zu national. Richtig spannend wäre Europa erst, wenn ein schwedischer Sozialdemokrat und ein spanischer Sozialdemokrat gemeinsame Positionen gegenüber den anderen Parteienfamilien vertreten würden“, sagte Scholz. Er kritisierte, dass in der Öffentlichkeit zu sehr „administrative Konflikte“ der EU-Institutionen dominieren. Sein eindringlicher Appell: „Wir Deutschen müssen verstehen, dass unser Interesse eine gelingende europäische Integration ist.“ Horn kritisierte den „Überlegenheitsgestus“ der damaligen Bundesregierung bei der griechischen Finanzkrise, der weiterhin nachwirke: „Eine andere Erzählung – dass wir gemeinsam Fehler gemacht haben – hätte bei der Bewältigung der Krise weniger wirtschaftliche und politische Opfer gefordert.“

Reiner Hoffmann sagte in seinem Eingangstatement, dass man die Kritik von rechts und von links an der EU ernst nehmen müsse: „Das Konvergenzversprechen der Währungsunion wurde nicht eingelöst.“ Er legte vier Forderungen vor, mit denen die EU reformiert und die „Webfehler der Währungsunion“ behoben werden könnten: Erstens müsse es eine „goldene Regel“ für öffentliche Investitionen beim Fiskalpakt geben. Durch den Pakt sind die Staaten verpflichtet,



„Wir lösen mit Zahlen allein nicht die nötige Begeisterung aus. Wir müssen Emotionen wecken.“

KATARINA BARLEY, Bundesjustizministerin

die Defizitkriterien einzuhalten und ihren Haushaltsplan der EU vorzulegen. Zweitens forderte er ein gemeinsames Eurozonen-Budget als Stabilisator, das Not leidenden Mitgliedstaaten als Investitionshilfe zugutekommen soll. Eine gemeinsame Arbeitslosenrückversicherung, die Defizite zwischen den Ländern ausgleicht, müsse diskutiert werden. Außerdem müssten die sozialen Mindeststandards breiter angelegt werden und die EZB dauerhaft Staatsanleihen kaufen und Eurobonds ausgeben können.

Katarina Barley betonte, ähnlich wie Hoffmann, die Bedeutung der sozialen Dimension der EU und sprach sich erneut für einen europäischen Mindestlohn aus. Richtschnur könne 60 Prozent des jeweiligen nationalen Median-Einkommens sein. Sie schränkte aber gleichzeitig ein: „Wir lösen mit Zahlen allein nicht die nötige Begeisterung aus. Wir müssen Emotionen für Europa wecken.“ ■

„Wichtigste Wahl in diesem Jahrzehnt“

EUROPA Arbeitnehmerthemen drohen bei der Europawahl unterzugehen. Darum wollen die Gewerkschaften mobilisieren, wie eine Tagung der IG BCE und der Hans-Böckler-Stiftung in Brüssel zeigte.

Ende Mai ist Europawahl – doch Arbeitnehmerrechte und Gewerkschaftsthemen spielen im Wahlkampf bisher keine große Rolle. Um das zu ändern und die Kollektivrechte in der EU voranzubringen, waren die IG BCE und die Hans-Böckler-Stiftung drei Monate vor der Wahl in Brüssel. „Europa, wo bleibt die Mitbestimmung?“, lautete das Thema der zweitägigen Tagung im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). Zu Beginn zog Stefan Soltmann, Abteilungsleiter Mitbestimmung der IG BCE, eine kritische Bilanz der letzten Jahre. Die EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker habe mit der neuen Säule sozialer Rechte wichtige Impulse gegeben. Allerdings habe sie den jahrelangen „Rückschritt für Arbeitnehmerrechte“ nicht stoppen können.

Immer mehr Unternehmen an der Schwelle zur Mitbestimmung würden in eine Europäische Aktiengesellschaft (SE) umgewandelt, so Soltmann. Die EU müsse diesem Trend einen Riegel vorschieben und Mindeststandards für die Mitbestimmung einführen.

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann unterstrich diese Forderung. Außerdem, so Hoffmann, müsse verhindert werden, dass Unternehmen kurzerhand ihren Sitz verlagern, um die Mitbestimmung auszuhebeln. Trotz der Probleme etwa mit dem neuen Company Law Package forderte der DGB-Vorsitzende die Gewerkschaften auf, für die Europawahl zu mobilisieren. „Das europäische Integrationsprojekt ist hochgradig gefährdet“, warnte er. Dies sei auch eine Gefahr für den sozialen Frieden.

„Es ist etwas ins Rutschen gekommen“, unterstrich Gabriele Bischoff, die die Arbeitnehmergruppe im EWSA leitet und auf der SPD-Liste in Berlin für das Europaparlament kandidiert. Angesichts des Vormarschs der Rechtspopulisten und EU-Gegner drohe ein „Rückbau auf den Binnenmarkt“ – unter Verzicht auf die sozialen Rechte. Im nächsten Europaparlament könne es sogar zu einer Blockade kommen, die eine positive Gesetzgebung im Sinne der Arbeitnehmer verhindern würde. „Die Europawahl ist die wichtigste Wahl in diesem Jahrzehnt“, schloss sie.

In einer Schlussrunde räumten die zwei Europaabgeordneten Birgit Sippel (SPD) und Dennis Radtke (CDU) ein, dass die Mitbestimmung der Arbeitnehmer für sie bisher noch „kein Topthema“ sei. Einig waren sich beide EU-Parlamentarier, dass es beim sozialen Europa noch viel Nachholbedarf gibt.

Norbert Kluge, selbst Mitglied des EWSA, ist jedoch überzeugt: „Die Mitbestimmung gehört ganz nach oben auf die EU-Agenda“, denn schließlich seien auch die Arbeitnehmer ein Teil des Binnenmarkts, und die Mitbestimmung sei ein Teil guter Unternehmensführung, so der I.M.U.-Direktor. Nun muss die Botschaft nur noch bei den EU-Politikern ankommen. Die Chancen dafür stehen – so die überwiegende Meinung der Tagungsteilnehmer – gar nicht einmal so schlecht. Denn gerade der Druck von rechts und die Angst vor einem Sieg der EU-Gegner machten Fortschritt möglich. „Wir brauchen eine hohe Wahlbeteiligung, das stärkt die demokratischen Kräfte“, betonte DGB-Chef Hoffmann. Die Hoffnung vieler Gewerkschafter fasste er mit dem DGB-Motto zum 1. Mai zusammen: „Europa. Jetzt aber richtig!“ ■

Von Eric Bonse



Stefan Soltmann (IG BCE): „Rückschritt für Arbeitnehmerrechte“

BUCHVORSTELLUNG

100 Jahre Frauenwahlrecht – und jetzt?

Auf den Tag genau 100 Jahre, nachdem die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau vor der Weimarer Nationalversammlung eine Rede gehalten hatte, stellte die Hans-Böckler-Stiftung in Berlin das Buch „Wir haben die Wahl!“ vor. In dem 250-Seiten-Werk resümieren Frauen, die die deutsche Gesellschaft in Kultur, Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften, Sport und Showbusiness prägen, darüber, wie es heute um die Gleichberechtigung bestellt ist.

Sie berichten, wie sie sich in langjährig männerdominierten Berufszweigen wie Polizei oder Astrophysik durchsetzten oder für bessere Arbeitsbedingungen in Branchen mit vielen weib-



Foto: Bettina Ausserhofer

Bei der Vorstellung des Buches „Wir haben die Wahl“ in Berlin.

lichen Beschäftigten kämpften. Und von den vielen kleineren und größeren Widerständen, die sie dabei überwinden müssen. Viele Frauen, die in dem Buch vorkommen, waren in Berlin – unter anderem die Ehefrau des Bundespräsidenten, die Juristin Elke Bündenbender, Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süssmuth und DGB-Vize Elke Hannack.

Zufrieden, das wurde deutlich, sind viele der Gäste nicht. „Würde Marie Juchacz uns heute sehen, würde sie vermutlich denken: So habe ich mir das nicht vorgestellt“, erklärte etwa die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süssmuth (CDU). Dort seien Frauen nach wie vor erheblich unterrepräsentiert, so Süssmuth. ■

Von Jeanette Goddar

VERWALTUNG

Neue Justiziarin

Leila Freiburg ist seit Dezember vergangenen Jahres Justiziarin der Hans-Böckler-Stiftung und damit für alle rechtlichen Fragestellungen im Haus wie Verträge, Kooperationen, arbeitsrechtliche Themen und die Koordination des Datenschutzes zuständig. Leila Freiburg hat viel Erfahrung, denn sie hat vorher in gleicher Funktion an der TU Dortmund und danach in der Uniklinik Köln gearbeitet, wo sie als stellvertretende Abteilungsleiterin das Justizariat mit aufbaute. Zuletzt war sie bei einem Krankenhauskonzern für die Diagnosen Psychosomatik und Sucht beschäftigt, dessen Düsseldorfer Zentrale jedoch aufgelöst und nach Berlin verlagert wurde. Für die gebürtige Berliner, die zwei Kinder hat, war Umzug keine Option. Umso mehr freut sie sich, nun für die Hans-Böckler-Stiftung zu arbeiten: „Mir ist es sehr wichtig, dass ich mich mit den Zielen meines Arbeitgebers weitestgehend identifizieren kann.“ ■



Foto: privat

FORSCHUNGSSTELLE

Arbeit der Zukunft bekommt neuen Leiter

Die Forschungsstelle Arbeit der Zukunft bekommt mit Konstantin Vössing zum 1. Mai einen neuen Leiter. Er folgt auf Christina Schildmann, die in den SPD-Parteivorstand als Leiterin der Abteilung Politik wechselte. „Ich freue mich sehr, bald an die bisher geleistete, tolle Arbeit anknüpfen zu können“, so der Politikwissenschaftler. Der gebürtige Höxteraner kommt von der Humboldt-Universität zu Berlin, bei der er als wissenschaftlicher Mitarbeiter angestellt war und zuletzt für zwei Jahre eine Gastprofessur innehatte. Zuvor

lebte und arbeitete Vössing in den USA, wo er auch promovierte. Der frühere freie Zeitungs- und Radio-Mitarbeiter freut sich jetzt auf die „spannende Aufgabe, Wege zu finden, das theoretische Wissen in den außerwissenschaftlichen Raum zu kommunizieren“. Eine Aufgabe, die ihm auch bei seiner bisherigen wissenschaftlichen Arbeit immer wichtig gewesen sei. ■

Foto: Uli Baatz



Zukunft Europas

STIFTUNG Welche Entwicklungen gefährden die Union? Welchen Beitrag zur Stabilität können Tarif- oder Finanzpolitik leisten? Wohin entwickelt sich das Europarecht? Überall in der Stiftung wird an diesen Fragen gearbeitet.

Von **Kay Meiners**, Redakteur des Magazins Mitbestimmung



DANIEL SEIKEL (WSI) ist Referatsleiter für Europapolitik und arbeitet zur politischen Ökonomie der europäischen Integration.



SARAH WINTER (STUFÖ) ist zuständig für die Böckler-Aktion Bildung (BAB). Sie organisiert zusammen mit Markus Schupp das Europaseminar.



MAXI LEUCHTERS (I.M.U.) befasst sich mit Corporate-Governance- und Mitbestimmungsthemen, auch aus europäischer Perspektive.



THORSTEN SCHULTEN (WSI) ist Experte für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.



MARKUS SCHUPP (STUFÖ) betreut die Stipendiaten der Fächer Psychologie, Politik- und Sozialwissenschaften. Jedes Jahr gibt es ein Seminar zum Projekt „Europa“.



SEBASTIAN SICK (I.M.U.) beschäftigt sich mit europäischem Gesellschaftsrecht und hat unter anderem bei Anhörungen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mitgewirkt.

Fotos: David Ausserhofer (7); Uli Baatz (3, 4); Matthias Huber (6); Andreas Kämper (8); Andreas Pleines (9); privat (1); Karsten Schöne (2, 5)



ANDREW WATT (IMK) leitet das Referat Europäische Wirtschaftspolitik. Er arbeitet zu Fragen der wirtschaftspolitischen Integration in Europa.



DANIEL HLAVA (HSI) ist Referent für Sozialrecht und Europäisches Arbeitsrecht und arbeitet unter anderem am Newsletter über europäisches Arbeitsrecht mit.



SEBASTIAN WATZKA (IMK) leitet das Referat Europäische Konjunkturanalyse und beschäftigt sich mit Fragen der Stabilisierung des Euro-raumes.

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnittshaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Mitarbeiter vor, die an einem Querschnittsthema arbeiten.

DURCHBLICK

Forschungsverbund zu Europa

Einen Verzeichnis laufender oder kürzlich abgeschlossener Projekte mit europäischen Themen bietet die Übersicht des Forschungsverbundes „Mitbestimmung in Europa“:

www.boeckler.de/112770_116041.htm

www.boeckler.de/themen_23184.htm



EU-Wissen

Um Belegschaftsinteressen wirksam zu vertreten, sind Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften darauf

angewiesen, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Doch wie funktionieren eigentlich Gewerkschaften, Betriebsräte oder Tarifverhandlungen in den europäischen Nachbarländern?

www.mitbestimmung.de/html/mitbestimmung-in-europa-166.html

Neue WSI-Forschung

Die Website des WSI-Forschungsbereichs „Europa und europäische Politik“ präsentiert aktuelle Forschung zu Europa – von Fragen der Ungleichheit über die Krise des Flächentarifvertrages bis zur Personenfreizügigkeit in der Union.

www.boeckler.de/wsi_43709.htm



Konjunkturpolitik

Hat die EZB mit ihrer Nullzinspolitik alles Pulver verschossen, um die abflauende Konjunktur zu stützen? IMK-Expertin Silke Tober sagt Nein. Sie plädiert dafür, die öffentlichen Investitionen stärker auszuweiten. Auch für Deutschland

wären die Finanzierungsbedingungen nie günstiger als heute.

www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_146_2019.pdf

Der Außenpolitiker

DIRK BUDA arbeitet im diplomatischen Dienst der EU. In Myanmar unterstützt er die Demokratisierung und versucht, für Gute Arbeit zu sorgen. Eine Herausforderung.

Text **Eric Bonse** – Foto **Horst Wagner**

Es ist gar nicht leicht, Dirk Buda an seinem Arbeitsplatz in Brüssel zu treffen. Der 56-Jährige sitzt eigentlich immer auf gepackten Koffern: Nach einer Dienstreise nach Myanmar bereitet sich der „Desk Officer“ im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), dem diplomatischen Dienst der EU, auf seine nächste Mission in Marokko vor. Der „External Service“ hält seine Mitarbeiter auf Trab, vor allem wenn man so ein leidenschaftlicher Außenpolitiker ist wie Buda. Afghanistan, Tunesien, Algerien – der Politikwissenschaftler aus Kassel hat einiges von der Welt gesehen. Dabei begann er seine berufliche Karriere mit einem ganz anderen Thema, der Beschäftigungspolitik. Nach einem Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung und einigen Jahren Arbeit als Forscher und Berater trat er 1993 in die EU-Kommission ein, um sich mit Arbeitsbeziehungen und der sozialen Dimension des Binnenmarktes zu befassen.

Sein erster Chef war Jacques Delors, der französische Kommissionspräsident, der den Binnenmarkt und, zumindest auf dem Papier, auch das soziale Europa auf den Weg brachte. Doch das Soziale wurde bald eher kleingeschrieben. „Seit Delors ging es mit der Kommission eher bergab“, sagt Buda. Delors Nachfolger hätten sich fast nur noch um Konvergenz gekümmert und die Harmonisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse vernachlässigt. „Das hat mich frustriert.“ Desillusioniert wechselte Dirk Buda 1996 in die neue Generaldirektion 1a,

die sich nach den Balkankriegen jetzt mit Außenpolitik beschäftigte. „Da kam ich eigentlich auch her, für mich war es ein „Back to the roots“, erinnert er sich. Zunächst ging es vor allem um die Stabilisierung des Balkans. Dann kam die EU-Erweiterung hinzu, auch die Nahostpolitik wurde immer wichtiger. Unter dem früheren Hohen Beauftrag-



Dirk Buda als Stipendiat

ten Javier Solana im Zusammenspiel mit der Kommission hat die EU eine Zeit lang sogar den Ton im Nahen Osten angegeben.

Doch ausgerechnet die Gründung des EAD 2011 brachte einen Rückschlag. Plötzlich gaben die Mitgliedstaaten sehr stark den Ton an. „Wir mussten fast wieder bei Null anfangen.“ Von der „Sekundarstufe“ der Außenpolitik unter Solana hatte man den Eindruck, wieder „zurück in die Grundschule“ zu gehen. Die jetzige Außenbeauftragte Federica Mogherini habe den EAD

zwar gut im Griff, so Buda. Doch auch ihr Aktionsradius wird nach wie vor vom Prinzip der Einstimmigkeit in der Außenpolitik eingeschränkt. Wenn nur ein Mitgliedstaat nicht will, gibt es oft Blockaden oder nur Formelkompromisse, die kein EU-Profil in der Außenpolitik erlauben.

Handlungsmöglichkeiten gibt es aber bei bilateralen Beziehungen. In Myanmar, dem Land, für das Buda zuständig ist, ist die EU ein gefragter und geschätzter Partner für Handel, Entwicklungshilfe und den schwierigen Demokratisierungsprozess. Die EU investiert massiv in den Friedensprozess, in Bildung und Wirtschaft und kümmert sich auch um humanitäre Fragen. Im Land herrsche „Apartheid plus“ gegenüber bestimmten Minderheiten, vor allem den Rohingya gegenüber, sagt Buda. Menschenrechtsverletzungen dürften nicht folgenlos bleiben. Man merkt, dass er sich mit ganzem Herzen engagiert.

Dabei kann der Vater von zwei Kindern, der in seiner Freizeit gerne schwimmt und wandert, auf seine Kenntnisse der Arbeits- und Beschäftigungspolitik zurückgreifen. Die EU bekämpft in Myanmar die Kinderarbeit und versucht, zusammen mit der ILO auf die Arbeitsstandards zu achten. „Dies ist eine relative Erfolgsgeschichte“, sagt Buda. In der Textilindustrie in Myanmar herrschten immerhin bessere Arbeitsbedingungen als in Bangladesch oder Kambodscha, dies ist wichtig für die etwa 500 000 meist weiblichen Beschäftigten: „Wir achten auf Soziales.“ Manchmal mit Erfolg. ■



Dirk Buda (in Brüssel): Ihn zu treffen, ist gar nicht so leicht. Denn viele Reisen gehören zum Job.



Ruhrfestspiele 2019

Es ist ein besonderes Jahr für die Ruhrfestspiele: Entstanden in der Umbruchzeit nach dem Ersten Weltkrieg aus der Solidarität der Ruhrgebietsbergarbeiter mit den Hamburger Bühnen, sind sie jetzt auch Teil der Veränderungen nach dem Ende des Steinkohlenbergbaus. Dem trägt der neue Intendant des Theaterfestivals Rechnung. Olaf Kröck hat das Programm „Poesie und Politik“ entwickelt, in dem sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft begegnen.

Die Festspielsaison 2019 berührt Themen wie das Zusammenleben verschiedener Kulturen, Abschottungsfantasien in Europa, romantische Sehnsüchte nach Lebendigkeit im Spätkapitalismus oder Strukturen des Populismus. 90 Produktionen mit rund 210 Veranstaltungen werden zu sehen sein. Bemerkenswert ist das Projekt „OWELA-Festival“ mit Künstlern aus Namibia und Deutschland, die gemeinsam über die Zukunft der Arbeit nachdenken. ■

Festspiele vom 1. Mai bis 9. Juni in Recklinghausen und Marl

Informationen und Reservierungen unter www.ruhrfestspiele.de.
Gewerkschaftsmitglieder bekommen Rabatt.



re:publica 2019

Das alljährliche „Klassentreffen“ der Onlineszene hat diesmal das Motto „tl;dr“ (too long, didn't read) und widmet sich unter anderem dem Kleingedruckten und den Fußnoten. Erwartet werden in Berlin Vertreter der Hacker-Communitys, Medien, Blogs und Social Media aus dem In- und Ausland. Die Hans-Böckler-Stiftung ist wieder mit einem Stand vertreten.

Vom 6. bis 8. Mai in Berlin

Lisa Schrepf, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-654

@ lisa-schrepf@boeckler.de

Foto: republica

Zukunft gestalten mit neuen Technologien

Im Mittelpunkt steht die Beteiligung der Beschäftigten und deren Interessenvertretungen beim Einzug neuer Technologien. Gefordert wird eine Mitberücksichtigung der Interessen Betroffener bereits bei der Entwicklung neuer Technik.

Am 8. Mai in Düsseldorf

Marc Schietinger, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-127

@ marc-schietinger@boeckler.de

Über das Gesundheitsrisiko Arbeitsverdichtung

Die Fachkonferenz in Kooperation mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin will sensibel machen für Phänomene der Arbeitsverdichtung. Empirische Befunde und Handlungsmöglichkeiten stehen zur Diskussion. Für Akteure des Arbeitsschutzes, Führungskräfte, Betriebs- und Personalräte.

Am 13. Mai in Dortmund

Eva Jacobs, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-118

@ eva-jacobs@boeckler.de

Digitalisierungskongress 2019

Wie kann sichergestellt werden, dass der Mensch die Kontrolle über die künstliche Intelligenz behält? Und wie können Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen die Einführung KI-basierter Technologien mitbestimmen? Es diskutieren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis.

Vom 21. bis 22. Mai in Berlin

Jennifer Büsen, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-111

@ jennifer-buesen@boeckler.de

Konferenz für Aufsichtsräte

Wie kann die Arbeitnehmerseite ihre Mitbestimmungsrechte offensiv als Hebel gegen die Übermacht von Investoren einsetzen? Die damit zusammenhängenden Fragen diskutieren unter anderem die prominenten Gäste Vizekanzenler Olaf Scholz, Franziska Augstein und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Vom 26. bis 27. Juni in Berlin

Eva Jacobs, Hans-Böckler-Stiftung
Telefon: 02 11/77 78-118

@ eva-jacobs@boeckler.de

ZUR SACHE DARÜBER SOLLTEN WIR REDEN

Foto: Karsten Schöne



”

„Die deutsche Mitbestimmung wird in der EU unzureichend geschützt.“

NORBERT KLUGE über Arbeitnehmerrechte in der EU

Kurz vor Toresschluss scheitert Europa an einem wegweisenden Gestaltungselement für den Binnenmarkt. Es scheitert daran, faire Regeln zu setzen für die Mobilität der Unternehmen, die sich durch Verschmelzung, Umwandlung oder Aufspaltung mit Sitzverlegung sowie durch Online-Neugründungen mühelos von einem in einen anderen EU-Mitgliedstaat bewegen. Statt bei diesem Projekt die soziale Dimension zu stärken, indem angestammte nationale Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer geschützt und europäische Mindeststandards für Unterrichtung, Anhörung und Mitbestimmung eingebaut werden, öffnet der Ministerrat der Umgehung und der Flucht aus der Mitbestimmung die Schleusen – gegen den Widerstand des Europäischen Parlaments, immerhin.

Nachdem die EU-Kommission unter dem Vorsitz von Jean-Claude Juncker im April 2018 ihre Richtlinienvorschläge vorgelegt hatte, hat sich der Rechtsausschuss im Europäischen Parlament für substantielle Verbesserungen wie etwa dynamische Schwellenwerte bei der Mitbestimmung sowie die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung eingesetzt. Nach den Verhandlungen im Trilog, dem Dreiertreffen von Kommission, Ministerrat und Parlament, den gesetzgebenden Institutionen, ist davon leider wenig geblieben.

Die Minister haben sich unnachgiebig gezeigt, sodass eine echte Verbesserung des Kommissionsvorschlags trotz des Engagements der Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Evelyn Regner, nicht möglich war. Jetzt steht die formelle Annahme des Kompromisses im Ministerrat sowie im Europäischen Parlament an. Die Zeit drängt, denn die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen ins Haus. Ob neue politische Mehrheiten im Europaparlament sowie die neue EU-Kommission mehr Mut haben werden, Mitbestimmung auf europäischer Ebene voranzubringen, ist ungewiss. Daher war bisher das Ziel, die Richtlinie noch vor der Wahl zu verabschieden. Danach werden die Mitgliedstaaten wahrscheinlich drei Jahre Zeit haben, die Richtlinien in nationales Recht umzusetzen.

Es wird viel von der Vorreiterrolle Europas und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen gesprochen. Aber beim Company Law Package wird ein Riesenvorteil der Zivilgesellschaft verspielt. Die nationalen Mitbestimmungsregeln werden unzureichend geschützt, die Vorteile einer europäischen Arbeitnehmerbeteiligung verschenkt. Die Mitbestimmung kann also weiter durch europäisches Recht unterwandert werden. Unternehmen können ihren Sitz aus Deutsch-

land heraus in einen anderen Mitgliedstaat verlegen, wobei die Mitbestimmung im Aufsichtsrat lediglich einen Bestandschutz von vier Jahren haben wird. Das traurige Phänomen, dass Unternehmen ihren Sitz kurz vor Erreichen nationaler Schwellenwerte zur Mitbestimmung verlegen, wird nicht angegangen. Die Konsequenzen werden aber erst deutlich werden, wenn Mitbestimmung als demokratisches Gestaltungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft nach und nach ausfällt.

In dieser Situation stimmt eines hoffnungsvoll: In den USA und in Großbritannien, angestammten Horden des Shareholder-Value-Kapitalismus, wird das Prinzip der Demokratisierung von Wirtschaft durch Mitbestimmung an der Spitze der Unternehmen gerade wiederentdeckt und fließt in politische Debatten. So schlägt etwa Elizabeth Warren, Mitglied im US-Senat, vor, dass mindestens 40 Prozent des Boards großer Unternehmen durch die Arbeitnehmer gewählt werden. Umso trauriger, dass in der EU und den Mitgliedstaaten die Mitbestimmung nicht als Standortvorteil anerkannt wird. ■

NORBERT KLUGE ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung.

Diskussionen mit Zündstoff

JURISTEN Rund 700 Fachleute aus Justiz, Gewerkschaften, Verbänden und Betrieben sprachen beim Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht über aktuelle Herausforderungen.

Foto: Stephan Pramme



Ingrid Schmidt, die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichtes, beim Grußwort

Die Einigkeit auf dem Podium endet schnell. Dass die Tarifautonomie gestärkt werden muss, darauf konnte sich der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann mit Roland Wolf vom Arbeitgeberverband BDA und den anderen Diskutanten noch gut verständigen. Doch wie kommt man dahin? Anette Kramme (SPD), Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, ließ Sympathien für die Idee erkennen, Tarifverträge durch steuerliche Vorteile attraktiver zu machen. Beate Müller-Gemmeke, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, plädierte für erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärungen und Tariftruegesetze in Bund und Ländern. Und auch Hoffmann betonte: „Wir brauchen gesetzliche Leitplanken.“

Der Vertreter des Arbeitgeberverbands aber wollte von alledem nichts wissen. Er forderte stattdessen Öffnungsklauseln und die Möglichkeit, dass sich Unternehmen aus einem Tarifvertrag einfach die für sie passenden

Teile herausuchen können. Der Widerspruch, der ihm entgegenschlug, war nur größer, als er später Leiharbeit und befristete Jobs kategorisch für „nicht prekär“ erklärte. „Das ist ein Schlag ins Gesicht für Beschäftigte, die für Niedriglöhne arbeiten oder wegen einer Befristung keinen Mietvertrag bekommen“, konterte die Vizevorsitzende der linken Bundestagsfraktion, Susanne Ferschl.

Die Podiumsdiskussion beim 12. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht, das das Hugo Sinzheimer Institut der Hans-Böckler-Stiftung am 28. Februar und 1. März in Berlin veranstaltete, machte im Schnelldurchlauf deutlich, was auf der Konferenz in sieben parallel laufenden Foren detailliert ausbuchstabiert wurde: Es mangelt nicht an aktuellen arbeits- und sozialrechtlichen Herausforderungen. Rund 700 Fachleute aus Justiz, Gewerkschaften, Verbänden und Betrieben waren gekommen, um über ein breites Spektrum an Themen zu diskutieren – von

den Auswirkungen der Digitalisierung auf die betriebliche Mitbestimmung über Arbeitszeitfragen bis zum Schutz sozialer Grundrechte in Europa. Welchen Stellenwert das Forum hat, ließ sich unter anderem daran ablesen, dass die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts und der Präsident des Bundessozialgerichts, Ingrid Schmidt und Rainer Schlegel, den ersten und den zweiten Kongresstag mit Grußworten eröffneten.

Auch ein Thema, das aus arbeitsrechtlicher Perspektive bislang kaum beleuchtet wurde, stand auf der Agenda: die unter dem Schlagwort Compliance gehandelten Bemühungen von Unternehmen, Rechtsverstöße im eigenen Haus abzustellen. Wie unklar die Rechtslage ist, zeigte die Gießener Juraprofessorin Lena Rudkowski: So steht weder fest, ob beschuldigte Beschäftigte bei einer internen Anhörung ein Aussageverweigerungsrecht wie im Strafverfahren haben, noch ob sie sich von einem Anwalt oder Betriebsratsmitglied begleiten lassen können.

Wie weit die Mitbestimmung von Betriebsräten in Compliance-Angelegenheiten reicht, ist Interpretationssache. Von einem „Flickenteppich aus einzelnen Mitbestimmungsrechten“ sprach der Präsident des Landesarbeitsgerichts München, Harald Wanhöfer. Hier seien Betriebsvereinbarungen „aus einem Guss“ der bessere Weg. Die Daimler AG hat diesen Weg beschritten. „Wir wollen Untersuchungen nach rechtsstaatlichen Maßstäben“, sagte Karl-Heinz Hoffmeister, Leiter der Stabsabteilung des Gesamtbetriebsrats. Bei jedem Schritt, sei es die Durchsuchung eines Computers oder das Gespräch mit einem Betroffenen, werde der Betriebsrat eingebunden. ■

Von Joachim F. Tornau,

HOCHSCHULEN

„Nach der Reform ist vor der Reform“

STUDIENFINANZIERUNG Unter dem Motto „Für mehr Lebensrealität: BAföG-Novelle 2019“ debattierte das Hochschulpolitische Forum darüber, wie man Vielfalt und Chancengleichheit fördern kann.

Mehr als 1,2 Milliarden Euro zusätzlich will die Bundesregierung in dieser Wahlperiode in BAföG investieren. So hat es das Kabinett Ende Januar beschlossen und in die parlamentarische Beratung überwiesen. Dass das Geld nicht reicht, wurde am 28. Februar und 1. März beim Hochschulpolitischen Forum der Hans-Böckler-Stiftung und des DGB in Berlin deutlich. Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks, Achim Meyer auf der Heyde, rechnete vor, dass „das einzige Instrument, das einen Rechtsanspruch auf Studienfinanzierung begründet“, weder in seiner Höhe noch in seiner Häufigkeit für Chancengerechtigkeit sorgt. Denn erstens ist die Quote der BAföG-Empfänger zwischen 2012 und 2016 von 24 auf 18 Prozent auf einen historischen Tiefstand zurückgegangen. Zweitens sind die Ausgaben von Studenten so massiv gestiegen – für Miete um bis zu 55, Gesundheit um bis zu 41 und Fahrtkosten um bis zu 38 Prozent –, dass auch,

wer BAföG bekommt, auf weitere Geldquellen angewiesen ist. Vor allem für Studenten aus ärmeren Familien bedeutet das: Sie müssen bis zu vier Tage in der Woche jobben. Das bringt die Gefahr mit sich, Leistungsnachweise nicht rechtzeitig erbringen zu können und aus der Förderung zu fallen. Meyer auf der Heyde: „Wir haben ein echtes Untere-Mittelschicht-Problem.“ Angesichts solcher Befunde fordert der DGB erhebliche Veränderungen: von der sofortigen BAföG-Erhöhung um 150 Euro über höhere Freibeträge, an denen sich die Berechtigung bemisst, bis zur Aufhebung der Altersgrenzen von 30 Jahren im Bachelor und 35 im Master und mehr Förderfähigkeit für ein berufsbegleitendes Studium.

Wie Sigrun Nickel, Leiterin des Bereichs Hochschulforschung im Centrum für Hochschulentwicklung, deutlich machte, entsteht hier ein großes Problem. Das BAföG-System sei auf eine neue Studienrealität nicht vorbereitet. Nahezu jeder Zweite, der auf nicht-

traditionellem Weg ein Studium aufnimmt, ist älter als 30 Jahre. Außerdem kann bisher, wer berufsbegleitend studiert, nur bei einem – unrealistischen – Vollzeitstudium eine Förderung erhalten, Teilzeitstudenten nur über einen Ausnahmeantrag. Nickel: „Die Vielfalt der Lebenssituationen ist weit größer als die Fördermöglichkeiten.“ Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter Bildungspolitik und Bildungsarbeit im DGB-Bundesvorstand, erklärte, es gehe um zweierlei: um angemessenes BAföG heute – und um neue Konzepte für morgen: „Nach der Reform ist vor der Reform.“

Mit Anbuhl debattierten ein Vertreter des Bildungsministeriums sowie zwei Bundestagsabgeordnete die Zukunft des BAföG. Kai Gehring, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärte, sich auf dem parlamentarischen Weg für eine sofortige zehnprozentige Erhöhung einsetzen zu wollen; Jens Brandenburg, Sprecher für Studium, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen der FDP-Fraktion, setzte sich für eine „strukturelle Reform hin zu einem elternunabhängigen BAföG“ ein. Peter Greisler, Unterabteilungsleiter Hochschulen im Bildungsministerium sagte, man müsse zwei Seiten sehen – die der sozialen Gerechtigkeit der Studienfinanzierung, aber auch, dass diese „von Steuerzahlern, die nicht alle ganz viel Geld haben, bezahlt werden muss“.

Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung, schlug zum Abschluss den Bogen zum Fachkräftemangel: Die „sozial-kulturelle Selektivität“ des deutschen Bildungssystems behindere Innovation – und damit Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit: „Wir müssen diese Selektivität reduzieren.“ ■

Von Jeannette Goddar



Achim Meyer auf der Heyde: „Historischer Tiefstand bei der BAföG-Quote“

Foto: David Ausserhofer

Europa, du hast es besser

ARBEIT Die US-Philosophin Elizabeth Anderson findet harte Worte dafür, wie amerikanische Unternehmen mit ihren Belegschaften umgehen. Stattdessen lobt sie Deutschland.



Die amerikanische Handelskette Walmart verbietet Beschäftigten, während der Arbeit flüchtige Bemerkungen auszutauschen. „Zeitdiebstahl“ heißt das Delikt. Der IT-Riese Apple durchsucht die persönlichen Gegenstände seiner Angestellten, und der Lebensmittelkonzern Tyson erlaubt den Mitarbeitern in seinen Geflügelfabriken nicht, während der Schicht die Toiletten aufzusuchen: drei Bei-

spiele für Gängelung in der US-Wirtschaft.

Die Sozialphilosophin Elizabeth Anderson, die an der Universität Ann Arbor in Michigan lehrt, hat trotz des sperrigen Titels ein anregendes Buch über Arbeitsbeziehungen vorgelegt. Mit „privater Regierung“ meint die Autorin, dass betriebliche Entscheidungsstrukturen von den Kapitaleignern dominiert werden – in Amerika noch stärker als in Europa. Die Entmachtung der Arbeitnehmer sei eine Gefahr für die Demokratie, warnt Anderson. Sie spricht von „Tyrannei“ und „Diktatur“. Unternehmen seien autoritärer organisiert als der öffentliche politische Raum mit seinen Möglichkeiten zur Partizipation.

Andersons Buch besteht aus zwei Vorlesungen, die sie im Rahmen der „Tanner Lectures on Human Values“ an der Universität Princeton gehalten hat. Auf die Vortragstexte folgen vier Kommentare von Fachkollegen aus Disziplinen wie Geschichte, Literatur, politischer Theorie und Wirtschaftswissenschaft, danach antwortet die Autorin ihren Kritikern.

Ihre Gedankenführung ist geprägt von den betrieblichen Verhältnissen in den Vereinigten Staaten, wo die Gewerkschaften schon lange geschwächt sind und ein großer Teil der Beschäftigten sich auf kaum regulierten Arbeitsmärkten verdingen muss. Im Vergleich dazu erscheinen die Verhältnisse in Europa geradezu paradiesisch. Für eine „großartige Idee“ hält Anderson deshalb, im Kontrast zum von ihr so genannten „Arbeitskräftemissbrauch“ in den USA, das deutsche System der

betrieblichen Mitbestimmung. Vehement widerspricht sie der Behauptung, die Existenz von Betriebsräten und die Einflussnahme der Arbeitnehmerseite in Aufsichtsräten mindere den ökonomischen Erfolg von Unternehmen.

Flucht aus Tarifverträgen, prekäre Beschäftigung und fehlende Mitsprache sind auch in deutschen Firmen nicht unbekannt. Dennoch, glaubt Anderson, seien die hiesigen Gewerkschaften immer noch ein bedeutsames Gegengewicht zu den Großkonzernen, ihre Lage sei „noch nicht so besorgniserregend“ wie in den Vereinigten Staaten. Leider importierten die Europäer „schlechte, neoliberale Ideen aus den USA – dabei sollte der Ideenaustausch eher andersherum laufen“.

Ein besonderes Anliegen der Autorin ist es, den Mythos vom freien Markt zu überwinden. Die Zeiten von Adam Smith seien vorbei, seine damals wegweisenden Gedanken das Relikt einer anderen Ära. „Wer heute noch sagt, dass freie Märkte die Freiheit der Arbeiter garantieren, übt sich in magischem Denken“, schreibt die Philosophin. Andersons Buch ist stark historisch orientiert. Es bietet kein konkretes Handlungswissen für Betriebs- und Personalräte und sagt wenig zu aktuellen Entwicklungen. Jenseits drastischer Beispiele aus den USA kommen moderne Formen der „privaten Regierung“ wie Entgrenzung oder Arbeitsverdichtung nur am Rande vor. Dennoch ist es anregend, um das Verhältnis von Bürger- und Arbeitnehmerrolle in den westlichen Gesellschaften zu reflektieren. ■

Von Thomas Gesterkamp

Elizabeth Anderson: **Private Regierung**. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden). Suhrkamp, Berlin 2019. 260 Seiten, 28 Euro

Fazit

HARTE KRITIK AN DER MACHT DER UNTERNEHMEN ÜBER DAS INDIVIDUUM

Wie über Mitbestimmung gedacht wird



Wie stehen die Deutschen zur Mitbestimmung? Die Autoren dieser Studie gehen nicht oberflächlich vor wie die Autoren anderer Einstellungsbefragungen, die ein gemeinsames Verständnis der Begriffe einfach voraussetzen. Nein, hier wird erst untersucht, was Menschen überhaupt unter Mitbestimmung verstehen. Wie richtig dieses Vorgehen ist, zeigt eine Zahl: Bei der Nennung des Wortes (ohne den Zusatz „der Arbeitnehmer“) denkt nur jeder

Vierte der Befragten an Sachverhalte, die mit der Arbeitswelt zu tun haben. Dafür ist Mitbestimmung als Wort sehr positiv konnotiert. Die Studie, die Einzige ihrer Art, ist ein Stück Alltagsforschung – und eine Fundgrube für alle, die für die Idee der Mitbestimmung werben. ■

Werner Nienhüser/Heiko Hoßfeld/Esther Glück/Lukas Gödde: **Was Menschen über Mitbestimmung denken.** Empirische Analysen. Study der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 408. Kostenloser Download unter www.boeckler.de

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?

 Besuchen Sie www.boeckler.de (Veröffentlichungen).

Wirtschaftspolitische Ausblick des IMK



Das Jahr 2019 ist nicht mehr ganz frisch, aber noch jung genug, um sich mit dem wirtschaftspolitischen Ausblick des IMK auf das Jahr 2019 zu beschäftigen. Der Untertitel des knappen, nur 17 Seiten langen Papiers zeigt, dass wir in keinem einfachen Jahr leben. Wovor bangt es den Wissenschaftlern, und worauf hoffen sie? Sie sprechen von „großen Risiken und Unsicherheiten“, etwa durch einen ungeordneten Brexit und die Abkehr vom

Multilateralismus. Zur Stabilisierung fordern sie niedrige Zölle, eine institutionelle Stärkung des Euroraumes und der Staatsanleihen der Euroländer sowie eine Stärkung der Binnennachfrage. ■

Gustav Horn/Alexander Herzog-Stein/Katja Rietzler/Ulrike Stein/Silke Tober/Andrew Watt: **Wirtschaftspolitische Herausforderungen 2019.** Zwischen Hoffen und Bangen. IMK Report, Nr. 145, Düsseldorf 2019

DREI FRAGEN AN BJÖRN HACKER



Foto: Elke Schäps



Der Autor ist Professor für europäische Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin.

Sie sagen, nur mit regulierten Märkten taue die EU als Schutzschild gegen die Globalisierung. Warum?

Wir vertrauen zu stark auf Automatismen der Marktintegration. Binnenmarktfreiheiten ohne starke soziale flankierung, gemeinsame Geldpolitik ohne ein wirtschaftspolitisches Zentrum – daraus sind in den letzten Jahren viele Krisen der EU erwachsen. Die politische Union entsteht nicht von allein.

Sie fordern gemeinsame Anleihen, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und eine EU-weite Finanztransaktionssteuer. Wollen Sie mehr Umverteilung?

Der Umbau der Währungsunion zu einer Fiskalunion erfordert einen automatischen Stabilisator. Dabei geht es um ein am Wirtschaftszyklus orientiertes Versicherungsmodell, von dem jeder Staat einmal profitiert. Die Finanzmärkte mit einer Transaktionssteuer zu regulieren und ihnen mit einer Gemeinschaftsanleihe zugleich das Zusammenstehen der Eurostaaten zu signalisieren würde Stabilität schaffen.

Migration ist ein Konfliktthema in der EU. Wie sieht Ihr Lösungsansatz aus?

Umverteilungsquoten sind heute nicht durchsetzbar, geschlossene Grenzen bieten keine Lösung. Das Gemeinschaftsinteresse am EU-Außengrenzschatz sollte genutzt werden, um die Annäherung der Asylstandards und legale Wege für Arbeitsmigranten nach Europa voranzubringen. Wichtiger noch ist die Konzentration auf eine gelingende Integration. Europäische Investitionsgelder für Infrastrukturprojekte einer inklusiven Integration könnten neue Anreize setzen.

Die Fragen stellte **Kay Meiners**.

NACHGEFRAGT

Foto: Cordula Kropke



SVEN WULFF ist Mitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und Betriebsrat der DB Cargo AG in Hamburg.

ICH KLINKE AUF ...

... das **Deutsche-Bahn-Intranet** für Mitarbeiter, **DB Planet**, und **Google**.

ABONNIERT HABE ICH ...

... den **ifb-Newsletter** für Betriebsräte, **Mitbestimmung aktuell** sowie alle möglichen **Sportkanäle**.

ICH LESE GERADE ...

... unseren neu abgeschlossenen **Tarifvertrag** sowie **Fische, die auf Bäume klettern** von Sebastian Fitzek.

ABSCHALTEN KANN ICH ...

... beim **Sport** und bei **Musik**.

STIFTUNG ONLINE

Monitor EU-Wirtschaftsrecht

Die EU verabschiedet Verordnungen und Richtlinien, die direkte Auswirkungen für die Mitgliedstaaten haben, aber oft kaum in den Medien wahrgenommen werden. Der „Monitor EU-Wirtschaftsrecht“ der Stiftung richtet sich an die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten und hilft ihnen, EU-Gesetze besser einschätzen zu können. Ein Beispiel ist die Aktionärsrechterichtlinie, die bis zum Sommer in nationales Recht umgesetzt werden muss. Die Richtlinie will die Rechte von Aktionären stärken, schwächt aber dadurch gleichzeitig die Aufsichtsräte und damit die unternehmerische Mitbestimmung. So ist nach deutschem Recht der Aufsichtsrat für die Vorstandsvergütung zuständig, nach der Richtlinie sollen dies künftig die Aktionäre sein. Die Einschätzung des Europarechtlers Martin Feldmann, der für den Monitor über die EU-Gesetzgebung berichtet und sie einordnet, bringt Klarheit: Der deutsche Gesetzentwurf nutzt den Spielraum der Richtlinie; das Votum der Aktionäre wird in Deutschland nur eine Empfehlung sein. Zu jedem Beitrag von Martin Feldmann gehören eine Kurzbeschreibung der jeweiligen gewerkschaftlichen Position und Fragen, die der Aufsichtsrat an den Vorstand richten kann. ■



www.mitbestimmung.de/html/werkzeug-119.html

APPS

Einfach erfasst

Die seit Kurzem abrufbare App des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) soll der Zeiterfassung dienen. Das BMAS will mit der einfach bedienbaren App unterstreichen, dass man die Einhaltung des Mindestlohns ernst meint – dieser wird vor allem durch falsche Arbeitszeiterrechnungen unterlaufen. Der Nutzer speichert die Arbeitszeit per Stoppuhr. Wenn nicht auf Pause gedrückt wird, zieht die App die gesetzlich vorgeschriebene Pausenzeit automatisch ab. ■



Kostenlos für Android und iOS

Schallmessung (Sound Meter)

Eine App, die nützlich und gleichzeitig praktisch für den Zeitvertreib ist: Wer wissen will, wie laut der Büronachbar oder der telefonierende Sitznachbar im Zug ist, liegt hier genau richtig. Über das Handymikrofon misst die App Geräusche in Dezibel und bildet ein Live-Diagramm wie bei einem professionellen Messgerät. Hilfreich wäre eine Definition von Dezibel gewesen. Die Einheit ist exponentiell: 10 dB mehr bedeuten zehnmal mehr Geräuschenergie. ■



Kostenlos für Android

TWITTER-TIPP

Sebastian Dullien

Der Volkswirt Sebastian Dullien, neuer wissenschaftlicher Direktor des IMK, ist ein Twitter-Profi. Oft mehrmals täglich setzt er Tweets ab. Dullien kommentiert, gern pointiert, die aktuelle Wirtschaftspolitik oder Einwurfe von Fachkollegen, verlinkt auf interessante Artikel und empfiehlt bei seinen Lesetipps schon mal die Bayerische Verfassung, etwa Artikel 161: „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“ Die Wohnungsfrage gehört zu den Themen, die Dullien mit am meisten beschäftigen. Der Nutzer bekommt durch Dullien einen Einblick in die aktuellen Debatten und Kontroversen, die unter Wirtschaftswissenschaftlern gerade laufen, etwa die neu aufgeflamten Diskussionen um die Schuldenbremse oder um den Handelskonflikt mit den USA. ■



[@SDullien](https://twitter.com/SDullien)

DAS POLITISCHE LIED



Bilderbuch: Europa 22 (2019)

Ein Leben ohne Grenzen.
Eine freedom zum Verschenken.
Eine Freiheit, nicht zu denken

DIE FREIHEIT DER AUTOBAHN

Im Frühjahr 1989 baut Ungarn die Zäune und Sicherungen an seiner Grenze zu Österreich ab. Tausende Menschen aus der DDR nutzen die Gelegenheit zur Flucht in den Westen, Monate bevor die Berliner Mauer fällt. Als die Außenminister Ungarns und Österreichs Ende Juni den Grenzzaun symbolisch durchschneiden wollen, ist es schon schwer geworden, noch ein geeignetes Stück zu finden.

Maurice Ernst, Sänger der österreichischen Indie-Pop-Band Bilderbuch, ist damals ein Jahr alt. Das Europa, in dem er aufwachsen wird, strotzt vor Optimismus und Freude über die neu gewonnene Freiheit. Mit Schwung schreitet die europäische Einigung voran. Die EU wächst Schritt für Schritt. 26 Staaten mit zusammen 400 Millionen Bewohnern schließen sich dem Schengener Abkommen an und bauen die Grenzen untereinander ab.

„Ich schließe meine Augen/Und fahr geradeaus/Ich rausche wie ein Wasser/Nichts hält mich mehr auf“ – In „Europa 22“ singt Ernst über dieses grenzenlose Europa. 2019, als die Band den Song veröffentlicht, ist die euphorische Welle der Öffnung längst verblasst. Das Denken wird nationalstaatlicher, Europas Optimismus hat Schrammen bekommen. Während der Flüchtlingskrise 2015 liegt

die Schengen-Idee plötzlich auf Eis. Deutschland führt Kontrollen an der Grenze zwischen Bayern und Österreich ein. Österreich, Dänemark, Schweden und Norwegen folgen. Die EU-Kommission genehmigt die Kontrollen vorübergehend, besteht aber darauf, den Schengen-Status bald wiederherzustellen.

In ganz Europa wittern Rechtspopulisten und EU-Kritiker Morgenluft. Ausgerechnet Ungarn, ein Vorreiter der europäischen Öffnung, hat mit Viktor Orbán einen Ministerpräsidenten, der sich explizit gegen die Flüchtlingspolitik der EU-Kommission stellt. Bei den österreichischen Präsidentschaftswahlen setzt sich Ende 2016 der grüne Kandidat Alexander Van der Bellen nur knapp gegen den Rechtspopulisten Norbert Hofer durch. Kurz zuvor haben die Bürger des Vereinigten Königreichs für einen EU-Austritt gestimmt.

Mit dem Song „Europa 22“ will die Band Bilderbuch ein Zeichen setzen. Sie beschwört die Freiheit, auf der Autobahn bei Tempo 120 von Land zu Land zu reisen und dabei auf die elektrisierend blauen Schilder zu schauen. Es ist eine Freiheit, über die wir lange gar nicht mehr nachgedacht haben.

Bei dem Soundtrack lässt die Band es nicht bewenden. „Wenn man so einen Song liegen hat, muss man sich überlegen: Verleiht

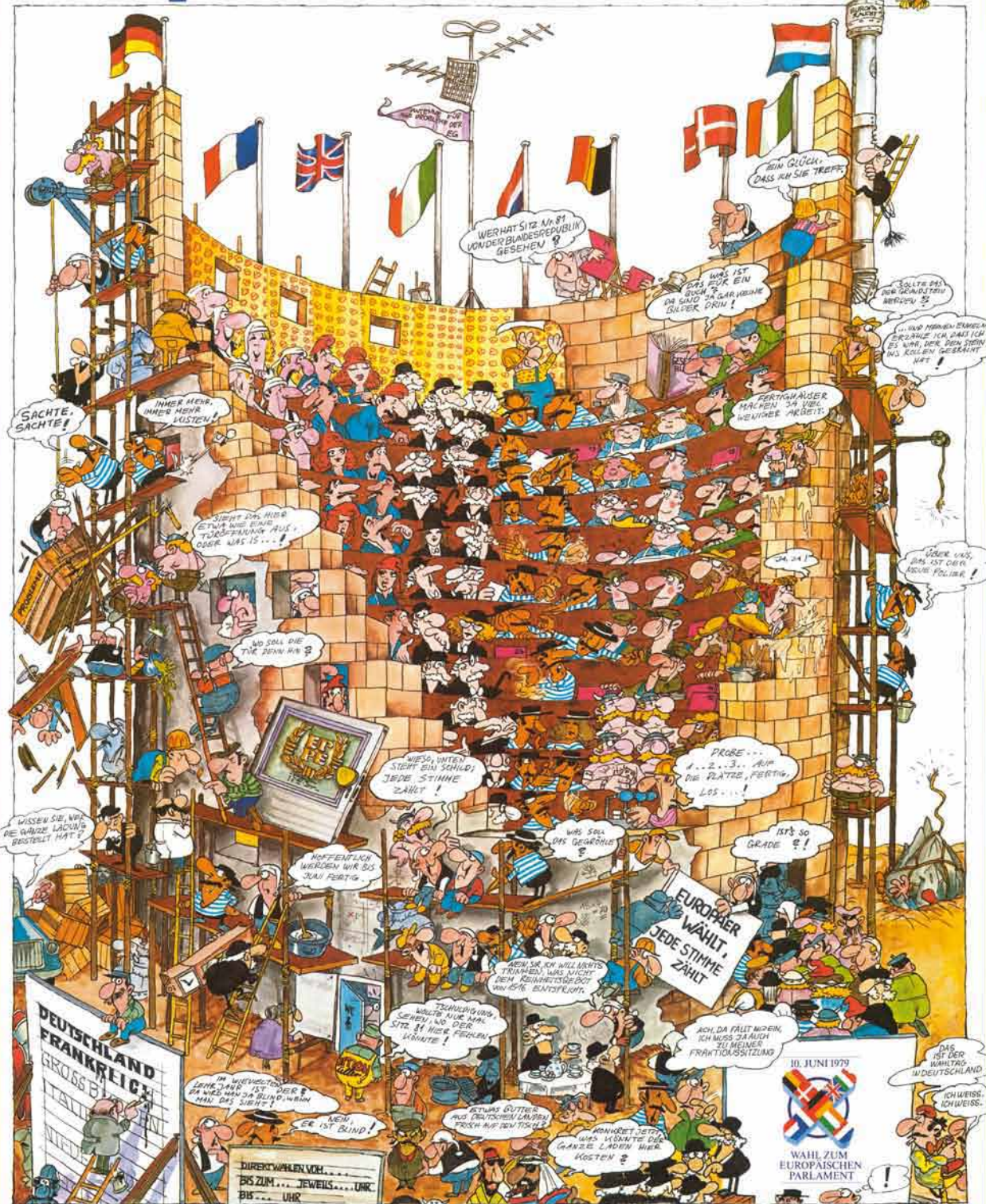
man dem etwas mehr Tiefgang mit einem Video, mit einer Aktion, mit einem Foto?“, sagt Maurice Ernst in einem Radiointerview. Die Idee, die Köpfe der Musiker für die Pressearbeit in EU-Pässe zu montieren, spinnen sie schnell weiter: „Hey, das könnte doch jeder machen! Jeder, der einen EU-Pass haben möchte, könnte da ein Selfie hochladen.“ Die EU-Pässe der Band sind online in weniger als einer Minute erstellt.

Die Idee kommt bei den Fans an, über 30 000 basteln sich den Pass, verbreiten ihn über die sozialen Medien. Ein paar Prominente tun es ihnen gleich: TV-Komiker Jan Böhmermann, Justizministerin Katarina Barley oder Außenminister Heiko Maas. „Es hat uns überrascht, dass sich Politiker so weit hinaus-trauen und sich mit unserer Agenda als Band identifizieren wollen“, sagt Ernst. „Da bekommt man es mit einem Kribbeln zu tun.“

Von **Martin Kaluza**

Das Lied hören/ansehen:
youtu.be/0-xWILN17uw
Zum EU-Pass der Band:
bilderbucheuropa.love

Europa baut sein Parlament.



Belgien 30.514 qkm, 9,8 Millionen Einwohner, 6,3 Millionen Wähler, 24 Abgeordnete für Europa.	Bundesrepublik Deutschland 358.639 qkm, 61,5 Millionen Einwohner, 42,0 Millionen Wähler, 91 Abgeordnete für Europa.	Dänemark 4.309 qkm, 5,1 Millionen Einwohner, 1,5 Millionen Wähler, 6 Abgeordnete für Europa.	Frankreich 544.041 qkm, 52,9 Millionen Einwohner, 35,5 Millionen Wähler, 91 Abgeordnete für Europa.	Griechenland 131.991 qkm, 10,9 Millionen Einwohner, 5,1 Millionen Wähler, 13 Abgeordnete für Europa.	Irland 70.273 qkm, 3,2 Millionen Einwohner, 2,1 Millionen Wähler, 13 Abgeordnete für Europa.	Italien 301.340 qkm, 56,2 Millionen Einwohner, 40,8 Millionen Wähler, 81 Abgeordnete für Europa.	Luxemburg 2.586 qkm, 0,4 Millionen Einwohner, 0,21 Millionen Wähler, 6 Abgeordnete für Europa.	Niederlande 41.543 qkm, 13,8 Millionen Einwohner, 9,2 Millionen Wähler, 25 Abgeordnete für Europa.	Europäische Gemeinschaft 1.526.091 qkm, 259 Millionen Einwohner, 180 Millionen Wähler, 433 Abgeordnete für Europa.
--	--	---	--	---	---	---	---	---	---

RÄTSEL Seit den Nachkriegsjahren gibt es ein europäisches Parlament. Doch bis die Abgeordneten direkt von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählt werden, dauert es bis 1979.

Von **Marc von Lüpke**, Journalist in Hamburg

Es ist viel los auf diesem Plakat. Waghalsig tummeln sich Handwerker aus vielen Ländern auf den Gerüsten, manches geht auch schief beim gemeinsamen Bau. Mit Humor wirbt die Kommission der Europäischen Gemeinschaften für ein großes Projekt: die Wahl des Europäischen Parlaments, die in Deutschland am 10. Juni 1979 stattfindet. Die Kölner Agentur acon, die das Motiv entwickelt hat, gehört zu den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften. Der Anlass der Werbeaktion: Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft (EG) dürfen die wahlberechtigten Bürger der neun Mitgliedstaaten direkt bestimmen, wer in diese Volksvertretung einziehen wird.

Ein europäisches Parlament existiert zu diesem Zeitpunkt aber schon seit Jahrzehnten. Im Jahr 1951 haben Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten und die junge Bundesrepublik mit dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) die Grundlage für die europäische Einigung geschaffen. Damit ist zugleich die Parlamentarische Versammlung geschaffen worden, ein weitgehend machtloses Beratungs- und Kontrollorgan der Hohen Behörde, der Exekutive. Und doch ist es der Nukleus des heutigen Europäischen Parlamentes. Die zunächst 78 Abgeordneten werden von den Parlamenten der Mitgliedstaaten bestimmt. Dabei hätte bereits der EGKS-Vertrag eine demokratische Wahl der Angehörigen der Parlamentarischen Versammlung ermöglicht. Mit dem weiteren Zusammenwachsen Europas erstarkt das

Selbstbewusstsein der Abgeordneten. 1962 wählen sie selbst die Bezeichnung „Europäisches Parlament“, um ihrer Institution mehr Gewicht zu verleihen. Widerstand gegen ein zu starkes Europaparlament kommt aus verschiedenen Richtungen. Nicht zuletzt fürchten die Parlamente der auf neun Mitgliedstaaten angewachsenen EG einen Machtverlust. Schließlich kann ein demokratisch gewähltes Europäisches Parlament mehr Rechte einfordern. Viele Jahre streiten die Abgeordneten um die förmliche Anerkennung.

Erst 1979 kommt es zur Direktwahl. Neben den sechs Gründungsstaaten der EGKS gehören nun auch Dänemark, Irland und Großbritannien der EG an. 180 Millionen Menschen sind zur Wahl aufgerufen, die Beteiligung liegt bei 63 Prozent. Bereits zum neunten Mal wird nun am 26. Mai 2019 das Europäische Parlament gewählt. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund bezieht dazu Stellung und fordert unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ zur Wahl auf. ■

Rätselfragen

Wie lautet seit 2000 das Europamotto in deutscher Sprache?

Welcher französische Staatsmann regte 1950 an, die deutsche und die französische Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Aufsicht zu unterstellen?

In welchem Jahr trat der Vertrag von Maastricht in Kraft, der die Europäische Union begründete?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 15. Juni 2019** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung

Redaktion Mitbestimmung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de
Fax: 02 11/77 78-120

Auflösung der Rätselfragen 1/2019

Gensfleisch
1878
Frankfurt am Main

Den 1. Preis hat Ralf Schikorr aus Berlin gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Thomas Wörner aus Stuttgart, Klaus Gülden aus Frankfurt/Main und Birgit Lattermann aus Riedstadt.



BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



TITELTHEMA FINANZ- INVESTOREN

Freue mich über jede Ausgabe

Günther Schmid, emeritierter Professor für Ökonomische Theorie der Politik an der Freien Universität Berlin, schreibt:

„Liebe Redaktion der Mitbestimmung, zunächst bedanke ich mich, dass ich die Mitbestimmung immer noch beziehen darf, obwohl ich mittlerweile seit zehn

Jahren am WZB Emeritus-Direktor bin. Ich freue mich immer über jede Ausgabe, um mich auf dem Laufenden zu halten. Die Nummer 1/2019 hat mir besonders gut gefallen, vor allem die Beiträge zum Titelthema Finanzinvestoren. Weiter so.“ ■

EIN FAN VON GERECHTIGKEIT

Geschätzter Kollege auf dem Cover

Renate Theisen aus Koblenz, Betriebsratsvorsitzende bei der Deutschen Post AG, schreibt uns: „Wie immer ist es ein spannendes, lesenswertes Magazin, und es hat mich besonders gefreut, auf dem Titelbild diesmal einen Kollegen zu sehen, den ich von regelmäßigen Arbeitskreisen kenne und schätze.“ ■

ÖKONOMISCH BILDEN

Ein Gewinn für unsere Schulen

Manfred Schweres aus Duisburg, Professor für Arbeitswissenschaft, schreibt:

„Die Gewerkschaften sollten sich für eine sozioökonomische Bildung in der Schule einsetzen. Wir brauchen eine problemorientierte Bildung im Sinne einer pluralen Ökonomie – multiperspektivisch und interdisziplinär orientiert. Was es nicht geben darf, ist eine Verengung der Perspektive auf den Homo oeconomicus. Aber eine sozioökonomische Bildung, die wissenschaftsorientiert ist statt kapitalorientiert, eine Bildung, die nicht nur unternehmensgesteuert ist und in der die Maximierung der Gewinne und der Rentabilität nicht als einziges Ziel vermittelt wird, ist in jedem Fall ein Gewinn für unsere Schulen. Sie sollte vermitteln, wie man in einer demokratischen, freien Gesellschaft knappe Ressourcen, einschließlich eigener Arbeitskraft, klug und verantwortlich einsetzt. Das könnte viel mehr umfassen als die Fächer BWL und VWL, die sich an den Hochschulen und in der Lehrerbildung wissenschaftlich verengt und interessengesteuert darstellen.“ ■

WEBRESONANZ

„WER BESTELLT, BEZAHLT“
bit.ly/vassiliadis-interview

Der Vorsitzende der IG BCE, **Michael Vassiliadis**, teilt das mit ihm geführte Interview im Magazin auf Twitter mit den Worten: „Transformation des Industriestandorts über gezielte #Innovati-

on gestalten, #Deutschland wieder in den #Erfindermodus versetzen, statt ständig übers Abschalten zu fabulieren: mein Interview mit dem Magazin #Mitbestimmung.“

Und der ehemalige Wirtschaftsminister der SPD in Brandenburg, **Albrecht Gerber**, lobt: „Sehr differenziert und lesenswert. Michael #Vassiliadis zu #Energie- und #Industrie-Politik, #Speichern und #Netzen.“

ÖKONOMISCH BILDEN

bit.ly/oekonomisch-bilden

@EconomicEthics twittert: „Das Magazin ‚Mitbestimmung‘ @boeckler_de über ‚Schulbildung: Ökonomisch bilden‘. SEHR lesenswert! Auch wegen der dort erwähnten Studien (z. B. Gökbudak/Hedtke 2018 <https://pub.uni-bielefeld.de/publication/2932554> ...).“

DIE ABGEORDNETE

bit.ly/die-abgeordnete

Wiebke Esdar schreibt bei Facebook über ihr Porträt im Magazin Mitbestimmung: „Seit fast 15 Jahren bekomme ich das Magazin Mitbestimmung nach Hause geschickt, so einige spannende Artikel hab ich darin schon gelesen. In der aktuellen Ausgabe werde ich als Altstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung vorgestellt. Die gesamte Sonntagslektüre findet ihr auch online.“ ■

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!



redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-,
Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB,
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf

Verantwortlicher Geschäftsführer:
Michael Guggemos

Redaktion:
Andreas Bullik, Telefon: 0211/77 78-196
Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139
Carmen Molitor (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titelthemas: Carmen Molitor
Redaktion dieser Ausgabe: Andreas Bullik, Kay Meiners, Carmen Molitor
Redaktionsassistent: Astrid Grunewald
Telefon: 0211/77 78-147
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Layout/Produktion/Artdirection:
Signum communication GmbH, Mannheim,
Nicole Ellmann, Roger Münzenmayer

Titelfotos: Frank Schinski/OSTKREUZ; Gianfranco Gallucci;
Anna Weise

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:
foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:
Über das Intranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:
Bund-Verlag GmbH
Telefon: 069/79 50 10-96
E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz
Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



printed by
OFFSET COMPANY
SCC-13

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 3 | Juni 2019

Zukunftsfähig durch Weiterbildung

Die einen können dafür auf finanzielle Unterstützung aus dem Betrieb zählen, die anderen zahlen es aus eigener Tasche. Die einen wollen so mit der Digitalisierung in ihrem Berufsalltag Schritt halten, die anderen ein neues Berufsfeld entdecken. Die einen wollen mehr Geld verdienen, die anderen ihren persönlichen Horizont erweitern.

Eines ist sicher: Motivation und Umstände einer Weiterbildung sind so unterschiedlich wie die Beschäftigten selbst. Doch selten war die Bereitschaft, sich fachlich und persönlich weiterzuentwickeln, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer so wichtig wie in den derzeitigen Transformationsprozessen, die uns zur Arbeit der Zukunft führen. Und auch die Betriebe sind angewiesen auf bildungshungrige Beschäftigte, die mit ihnen die nächsten Schritte in eine von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz geprägte Berufswelt gehen.

Im nächsten Heft stellen wir deshalb die Weiterbildung in den Mittelpunkt. Wir sprechen mit Menschen über ihre ganz persönlichen Lernbiografien, erkundigen uns in der Automobilbranche über den Stellenwert der Weiterbildung angesichts der großen Umwälzungen in den Produktionsstätten und zeigen Best-Practice-Beispiele, wie Betriebe die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisieren. Außerdem blicken wir auf die gewerkschaftlichen Reformvorschläge zur Weiterbildung und die Idee des lebenslangen Lernens. Wie hat sich die Weiterbildung verändert? Wo gibt es Handlungsbedarf, und was kann Mitbestimmung bewirken? Welche Rollen spielen Betriebsräte und Gewerkschaften? Eine Sommerausgabe, in der man viel über das Lernen lernen kann.

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissen Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147
redaktion@boeckler.de
www.magazin-mitbestimmung.de



51069 KÖLN, DELLBRÜCKER HAUPTSTRASSE 45

FRANK STRESEMANN, 29, ist seit fünf Jahren bei Zweirad Prumbaum angestellt. Der alteingesessene Fahrradhändler beschäftigt gut 20 Mitarbeiter.

Text: **Andreas Schulte**
Foto: **Jürgen Seidel**

„Den ganzen Tag mit dem Schraubenschlüssel in der Hand – so ist dieser Job schon lange nicht mehr. Als ich 2007 als Auszubildender zum Zweiradmechaniker in der Berufsschule saß, wurden E-Bikes dort höchstens am Rande erwähnt. Inzwischen haben Elektromotoren und Digitalisierung meine Arbeit allerdings mächtig verändert.“

Bis zu 40 Prozent meiner Zeit in der Werkstatt verbringe ich mit dem Laptop. Warum? Wie beim Auto müssen Motoren mit ihren zugehörigen Sensoren ausgelesen werden. So findet man Fehler, die zum Beispiel dazu führen, dass man zu stark treten muss. Und leider benutzen die vielen verschiedenen Motorenhersteller verschiedene Standards und Programme. Bei Autos gibt es nur eine Handvoll Diagnosetools, wir müssen aber mindestens zwölf beherrschen. Das erschwert die Arbeit, zumal weitere Anbieter auf den Markt drängen. Alles wird sehr viel komplexer.

Deshalb bilden wir uns auf Schulungen regelmäßig weiter. Natürlich kann aber nicht jeder von uns elf Mechanikern alle Kurse der Hersteller besuchen. Fachwissen geben wir daher intern weiter. Würden wir das nicht tun, würden unsere Reparaturen deutlich länger dauern, was man den Kunden nicht zumuten kann.

Überhaupt ist der Umgang mit den Kunden das Schönste am Job – obwohl ich natürlich auch gerne repariere. Gerade hier in Köln kann man immer einen Witz machen. Das ist in meinem Wohnort Schwerte bei Dortmund anders. Bis dort sind es rund 80 Kilometer. Von montags bis donnerstags pendle ich, freitags und samstags habe ich frei.

Zu Hause habe ich vier Fahrräder, aber ein E-Bike ist nicht dabei. Denn E-Bikes sind mir zu langsam. Ab einer gewissen Geschwindigkeit unterstützen die Motoren die Muskelkraft nicht mehr. Von da an ist es sehr mühsam, ein E-Bike mit seinem hohen Gewicht allein mit Treten weiter zu beschleunigen.“



SAVE THE DATE
26.-27.6.2019, BERLIN

seite offensiv ihre Mitbestimmungsrechte als Hebel gegen die Übermacht von Investoren einsetzen? Dies bildet den Schwerpunkt der diesjährigen Konferenz. Gäste sind Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz, die Journalistin Dr. Franziska Augstein und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

VIEL ERREICHT, NOCH MEHR ERHOFFT



Am 19. Januar 1919 konnten im gesamten Deutschen Reich zum ersten Mal Frauen an der Wahl für eine neue verfassungsgebende Nationalversammlung teilnehmen und selbst kandidieren. Ein langer Kampf war diesem Erfolg vorausgegangen – auch, weil die Mitte des 19. Jahrhunderts entstandene Frauenbewegung keineswegs homogen war.

Wie sehen Frauen heute ihre Position und Aufgabe in Politik und Gesellschaft? Was sind ihre Ziele und Hoffnungen?

Dieser Sammelband gibt die Antwort aus Sicht von 100 Frauen, die in Wirtschaft, Politik, Showbusiness und Gesellschaft eine beeindruckende Rolle spielen.

Erhältlich für 20 Euro unter der Bestellnummer 18239 bei www.setzkasten.de.